

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Der große Raubzug

„So stehen die Unternehmensführer unter einem gehörigen Druck. Aus den wilden Tagen der New Economy stammen die wahnwitzigen Vorgaben, wonach Investitionen 15 bis 20 Prozent Rendite auf das Eigenkapital abwerfen sollen, teilweise sogar 25 Prozent - sie gelten noch heute. Bevor die Konzernlenker die Erwartungen der mächtigen Fondsmanager enttäuschen, lassen sie die Finger von Projekten, die sich erst in Jahren auszahlen.“

Der Spiegel, 48/2004, S. 90

Das Kapital ist auf den Geschmack gekommen. Unter dem Banner des Neoliberalismus wird die Umverteilung von unten nach oben immer umfassender und schneller fortgesetzt.

Die Verschärfung der regionalen und internationalen Konkurrenz (vulgo: Globalisierung) dient sowohl als materieller Hebel gegen alle, die tarifliche und soziale Standards der Arbeiterklasse und der ärmeren Bevölkerungsschichten verteidigen wollen, als auch als ideologische Keule gegen Kritiker des ungehemmten Marktadikalismus. Das Say'sche Theorem*, nach dem jedes Angebot sich über den Preis als Regulator (ohne Grenze nach unten) seine Nachfrage schaffe, hat fast schon den Rang eines religiösen Dogmas erreicht. Ketzer dagegen werden zwar (noch?) nicht verbrannt, aber aus der öffentlichen Diskussion in den Medien ausgeschlossen.

Das Kapital, vor allem der in der Produktion fungierende Teil, steht unter dem Druck des international agierenden Finanzkapitals vor dem

Fortsetzung Seite 3



Inhalt

- Der große Raubzug Seite 1
- In eigener Sache Seite 2
- Wetzels Innovation der Tarifpolitik Seite 7
- Unsere Jahreskonferenz 2004 Seite 8
- Zur Lage der Gruppe Seite 9
- Generalangriff des Kapitals und keine Antwort Seite 11
- Eine neue Partei – aber keine „Linkspartei“ – oder doch? Seite 17
- Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag Seite 21
- Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer Seite 30
- Zum Tod von Heinz Drab Seite 32
- Wohin Steuert Venezuela? Seite 35

Rezensionen

- Zum neuen Biographienlexikon Seite 38
- Als der zweite deutsche Staat zugrunde ging Seite 40

In eigener Sache

Unsere Zeitschrift erscheint zum ersten Mal im Offsetdruck. Wir hoffen, daß sie dadurch optisch ansprechender wird. Diese Nummer wird weitgehend von der Innenpolitik bestimmt. In den letzten Monaten mußten wir uns auf die Jahreskonferenz Ende Oktober konzentrieren. Auf die Kommentierung der weltpolitischen Ereignisse, wie die bedeutsame Wiederwahl von Bush, den Irakkrieg, den Richtungskampf in der Ukraine usw. konnten wir deshalb nicht mehr eingehen.

Wir berichten von unserer Jahreskonferenz und drucken die dort gehaltenen Referate ab. Im Mittelpunkt steht der Generalangriff von Kapital und Kabinett auf die Arbeiterklasse, der große Raubzug der Konzerne und die schwache Abwehr der Gewerkschaften und der Kolleginnen und Kollegen.

Die Rechtsentwicklung der New-SPD gibt auf der Linken einen Raum frei. Wir diskutieren deshalb weiter über die Gründungsabsichten jener Kräfte, die eine neue Partei schaffen. Breiten Raum nimmt auch die fortlaufende Anpassung der PDS an das herrschende neoliberale Gesellschaftsmodell ein und die Zustimmung dafür auf dem Potsdamer Parteitag.

Das Hauptgewicht bei den Rezensionen liegt auf Büchern, die notwendigerweise gegen Ge-

schichtsbetrachtungen über die DDR, SED und KPD Stellung beziehen, um Verdrehungen und Fälschungen zu widerlegen.

Infolge einer kürzlich erfolgten Reise von Genossinnen und Genossen nach Venezuela konnten wir ihren Bericht auf der Jahreskonferenz entgegennehmen und diskutieren. Es gelang ihrem Kollektiv, die „Innenansichten des bolivarianischen Prozesses“ in Buchform vorzulegen: „Venezuela. Welcome to our Revolution“, 169 Seiten, 10 €. Bestellungen über unsere Redaktionsadresse oder direkt vom Verlag „Gegen den Strom“, 80339 München, Schwanthaler Str. 139.

Mit einem Nachdruck aus der UZ über die grundsätzliche Frage „Wohin steuert Venezuela?“ wollen wir zur Debatte darüber einen Beitrag leisten.

Im letzten Heft (Nr. 145) ist uns ein Fehler unterlaufen. Die Zweitüberschrift unseres Artikels „Kuba in Gefahr“ wurde versehentlich im nachfolgenden Artikel „Kritik des Elends oder Elend der Kritik?“ noch einmal verwendet. Die richtige Überschrift heißt vollständig: „Kritik des Elends oder Elend der Kritik? Kuba und die Linke.“

Beim Nachdruck des Artikels „Struktureller Wahnsinn“ – „Zu

Theorie und Praxis der Antideutschen“ haben wir die Verfasserin des Artikels nicht benannt. Es ist Margarethe Berger und die Adresse der Zeitschrift lautet: „bruchlinien“, A-1150 Wien, Meiselstr. 46/4.

In einigen Wochen stehen wir am Jahresanfang 2005. Damit wird das Jahresabo wieder fällig und wir bitten um baldige Überweisung. Wir bedanken uns bei allen Spendern und Zahlern, ohne deren Leistung das Erscheinen der „Arbeiterstimme“ nicht möglich wäre!

Wir gratulieren an dieser Stelle nachträglich Jakob Moneta zum 90. Geburtstag

und

Prof. Dr. Manfred Wekwerth zum 75. Geburtstag.

Fast alle Demonstrationenbilder (Anti-Agenda-Demo am 6. Nov. 04 in Nürnberg), die in dieser Ausgabe der *Arbeiterstimme* verwendet werden, wurden uns von einer Freundin und Kollegin zur Verfügung gestellt, wofür wir uns ganz herzlich bedanken möchten.

Mit Namen oder Initialen gezeichnete Artikel müssen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion entsprechen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Thomas Gradl, Bucherstraße 20,
90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl,
Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail:

redaktion@arbeiterstimme.org

Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung

Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit

anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Der große Raubzug

Hintergrund gesamtgesellschaftlich sinkender Profitraten. Hedgefonds, Pensionsfonds,

Investitionsgesellschaften und -banken setzen die Maßstäbe für als angemessen unterstellte Gewinnvorgaben. Selbst der linker Positionen unverdächtige Spiegel läßt sich zu der Qualifizierung „wahnwitzig“ hinreißen.

Akkumulationszurückhaltung bei Produktionsmitteln liefert stetige Zuflüsse an dieses Finanzkapital, weil Gewinne nicht in der Produktion sondern in Finanzanlagen investiert werden. Die Waren und Mehrwert produzierenden Firmen müssen um Kapital beim Finanzkapital konkurrieren, weil sie meist mit hohem Anteil an Fremdkapital (Verbindlichkeiten) wirtschaften. Einige internationale Konzerne, z. B. Siemens, weisen zwar steigende Profitmasse im gesamten Konzern aus; sie stehen aber trotzdem unter dem Druck des Finanzkapitals, weil einige Geschäftsgebiete Verluste bringen und nach Meinung der großen Anleger verkauft oder liquidiert werden sollten.

Nur wenige Konzerne mit hoher Eigenkapitalquote können sich heraus halten. Die meisten müssen die Vorgaben der Finanzmärkte erfüllen, oder sie werden mit Kapitalentzug bestraft.

Das „Ranking“, d. h. die Bewertung der Kreditwürdigkeit (die wesentlich von der Profiterwartung abhängt) durch meist international tätige Analysefirmen bestimmt weitgehend die Höhe der Kreditzinsen. Darüber hinaus führen unterdurchschnittliche Profitraten zu Kursverlusten an der Börse, also zur Vernichtung (fiktiven) Kapitals.

Nicht **allein** durch Lohnkürzungen bezahlen die Lohnabhängigen diesen hektischen Wettlauf nach immer höheren Profiten. Der Angriff betrifft die gesamte Gesellschaft nicht nur der industrialisierten Länder, ihre Sozial- und Steuersysteme, ihre Gesetzgebung, ihren Umweltschutz.

Es gibt zwar einige graduelle Unterschiede in der Umsetzung des Drucks des Finanzkapitals zwischen den Nationalstaaten; doch sind diese nicht sehr bedeutend.

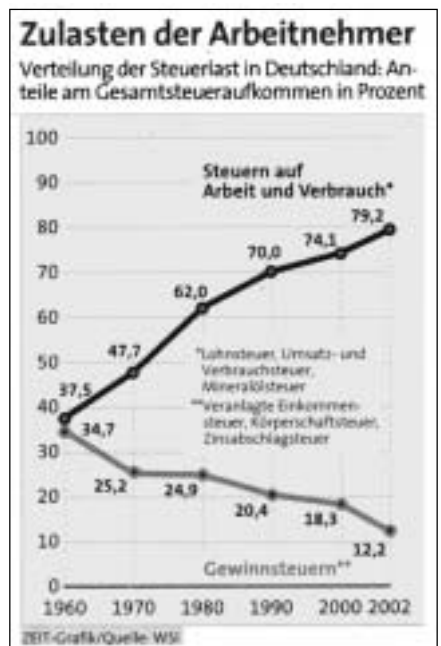
Die Anfälligkeit des kapitalistischen Systems für Krisen wird dadurch nicht verringert sondern verstärkt. Das Streben nach hohen Profiten zu Lasten der Existenzbedingungen der Lohnarbeiter und der armen Bevölkerungsschichten gefährdet die Realisierung dieser Profite durch Stagnation oder Abnahme kaufkräftiger Massennachfrage. Diese „selbstgeschaffene Schranke“ des Kapitalismus ist systemimmanent.

Steuern und Zölle

Die Finanzierungsquellen der Staaten werden umorganisiert. Noch 1960 machten in der BRD Steuern auf Arbeit und Verbrauch (vor allem Lohn-, Umsatz-, Mineralölsteuer), die überwiegend von Lohnabhängigen, Rentnern, kleinen Selbständigen bezahlt werden, 37,5% des Gesamtaufkommens aus. Fast gleichauf mit 34,7% lagen die Steuern auf Gewinne. 2002 nach diversen Gesetzesänderungen - zuletzt der Steuerreform der SPD/Grünen-Regierung machten die Steuern auf Arbeit und Verbrauch 79,2% und die Gewinnsteuern 12,2% des Gesamtaufkommens aus (siehe Graphik). Einfuhrzölle wurden im Laufe der letzten Jahrzehnte bis auf geringe Reste (vor allem auf Genußmittel wie Tabak) abgebaut bzw. auf die EU übertragen. (Die Zollgesetzgebung der USA allerdings folgt anderen Zielen, auf



Voller Stolz über die erfüllten „Aufgaben“ schaltet die Bundesregierung in den Tageszeitungen z. Z. große Anzeigen. (vergrößerter Ausschnitt unten)



die hier nicht näher eingegangen werden kann.) Zölle stören den freien Welthandel, d. h. die freien Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals auf den Weltmärkten.

Die Staaten verteilten die Steuern um. An erster Stelle stehen dabei die USA seit der Reagan-Administration. Die Bush-Regierung treibt die-



se Entwicklung weiter. Die geringer gewordenen Steuern auf das Kapital bzw. Kapitalerträge werden durch Flucht in „Steueroasen“ oder kunstreiche Tricks der Steuerumgehung noch zusätzlich vermindert. Auch die zaghaftesten Versuche dem entgegenzuwirken, werden von den Medien und den liberalen Wirtschafts-„wissenschaftlern“ als übermäßige Bürokratisierung bzw. als Eingriffe in Freiheitsrechte denunziert.

Die Lohnabhängigen werden nicht nur direkt durch höhere Steuern (vor allem Verbrauchssteuern) geschröpft, die sinkenden Einnahmen der Gemeinden aus der Gewerbesteuer zwingen diese zu Einsparungen zu Lasten der „kleinen Leute“: Büchereien, Kindergärten und -tagesstätten, Schwimmbäder usw. werden geschlossen, an der Sozialhilfe wird gespart, sozialpädagogische Betreuung besonders für Jugendliche wird gekürzt u. v. a. m.

Versucht die EU Umweltschutz-Verordnungen durchzusetzen, was besonders in den kleineren Mitgliedsstaaten noch mehrheitsfähig ist, so machen sich die von den Kapital-Lobbies der am stärksten betroffenen Staaten munitionierten Regierungschefs gehorsam auf den Weg, um diese „beschäftigungsfeindlichen“ Machwerke zu stoppen oder wenigstens zu entschärfen. Schröders Kreuzzug gegen die Altautoverordnung oder die Chemie-Verordnung sind nur zwei Beispiele für viele.

Privatisierungen

(Auch auf dieses Thema sind wir in dieser Zeitschrift schon detailliert eingegangen. Wir versuchen, die wichtigsten Punkte zusammen zu fassen.)

Zur Akkumulation braucht das Kapital beständig neue Verwertungsgebiete. Das können abhängige Gebiete bzw. deren Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte (Kolonien) sein. Diese allein genügen nicht mehr wie am Anfang der imperialistischen Epoche für das Kapital. Daß Kolonialpolitik, wenn auch unter anderen Bezeichnungen, keineswegs der Vergangenheit angehört, beweist u. a. die Besetzung des

Irak, wo es um die beträchtlichen Ölreserven dieses Landes geht.

Eine wichtige Rolle spielen heute Gebiete des „öffentlichen Bereichs“, die bisher nicht oder nicht vollständig der kapitalistischen Verwertung unterlagen - also Eisenbahn, Schul- und Bildungswesen, Wasser- und Energieversorgung, Gesundheitswesen (um nur die wichtigsten zu nennen). Nicht zufällig sind dies Gebiete mit geringer Elastizität der Nachfrage und (so weit überhaupt vorhanden) geringer Konkurrenz. Die Monopole (besser: Oligopole) haben weder ausbleibende Nachfrage noch mächtige Konkurrenten zu fürchten.



Die Nutzer - also die Bevölkerung - bezahlen nicht nur über steigende Preise sondern auch über schlechteren Service (z. B. Post, Bahn) und in einigen Bereichen auch über die Versorgungssicherheit.

Zwar wurden und werden Privatisierungen mit dem Versprechen der Entbürokratisierung und daher billigerer und besserer Versorgung der Bevölkerung angepriesen, doch mit einer Ausnahme wurden die Dienste teurer und schlechter. Die Ausnahme sind Telefon- und Internet-Dienste. Hier kamen und kommen bedeutende technische Innovationen zum Einsatz, die neue Konkurrenten auf den Plan riefen, was Preis konkurrenz zumindest vorläufig ermöglicht.

Sozialsysteme

Die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen in Deutschland gehören schon weitgehend der Vergangenheit an. Die „Arbeitgeber“beiträge sind Lohnkosten, die Unternehmer drängen auf deren Kürzung oder Beseitigung. Was von der Arbeiterklasse einst erkämpft bzw. ihr aus Angst vor Radikalisierung und Bereitschaft zu einer sozialistischen Umwälzung zugestanden wurde, steht heute zur Disposition. Eine Systemkonkurrenz, die dem Kapital Zurückhaltung auferlegen würde, existiert ja nicht mehr. Wir sind in der Arbeiterstimme mehrmals auf die Einzelheiten der Renten- und Gesundheits„reform“ eingegangen und ersparen unseren Lesern Wiederholungen. Gemeinsam ist all diesen „Reformen“ der Agenda 2010, daß größere Belastungen durch Arbeitslosigkeit, höhere Lebenserwartung bzw. überteuerte Kosten für Medikamente und Medizintechnik **allein** auf die Versicherten, d. h. überwiegend auf die Lohnarbeiter, abgewälzt werden. Der Zuwachs durch höhere Produktivität wird nicht, auch nicht teilweise zur Finanzierung höherer Sozialausgaben herangezogen; er kommt allein dem Kapital zugute. Ebenso werden Pharma- und Elektrokonzerne verschont.

Die Kürzung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes treibt angesichts des fehlenden Angebots an Arbeitsplätzen vor allem ältere Lohnarbeiter immer mehr in die Langzeitarbeitslosigkeit und damit in die Arbeitslosenhilfe bzw. künftig ins Arbeitslosengeld II. Sie erhalten wie die bisherigen Sozialhilfeempfänger nicht nur weniger Unterstützung (in den weitaus meisten Fällen); sie werden auch zur billigen und weitgehend schutzlosen Manövriermasse für das Kapital. Die Schutzrechte (Zumutbarkeit), mit denen die „industrielle Reservearmee“ (Marx) vor den größten Übergriffen der Unternehmer geschützt werden sollten, zeitweise auch wurden, sind mit Hartz IV abgeräumt.

Kündigungsschutz soll verringert, am besten gleich ganz abgeschafft werden. Die „Mitbestimmung“ wird als Investitionshindernis vor allem für ausländische Investo-



ren hingestellt. Bisher hat dies ausländische Firmen zwar noch nie gehindert in Deutschland zu investieren bzw. deutsche Konzerne auf-

zukaufen (z. B. Mannesmann durch Vodafone), aber z. Zt. ist kein Argument zu blöde, als daß es nicht durch die Arbeit"geber", ihre Medien und „Wissenschaftler“ als Grund für den Niedergang der deutschen Wirtschaft verkauft würde. Wir wollen nicht die sogenannte Mitbestimmung durch Sitze in den Aufsichtsräten verteidigen - um die wäre es nicht schade. Die Mitbestimmungsrechte in den Betrieben sind zwar unzureichend, aber sie können Kolleginnen und Kollegen durchaus helfen, wenn sie durch engagierte Betriebsräte gestützt auf selbstbewußte Belegschaften wahrgenommen werden.

Zur Umverteilung gehören m. E. auch die ungeschmälernten Ausgaben für Rüstung. Diese dienen nicht der Verteidigung eines von Freunden umzingelten Landes sondern der Sicherung von Rohstoff-Ressourcen und Transportwegen - also letztlich den Interessen der Kapitalisten. Natürlich auch durch profitträchtige Rüstungsaufträge.

Verschärfung der Polizeibefugnisse, Ausspähung der Bevölkerung (insbesondere der „üblichen Verdächtigen“ - also der Linken) und Aufstellung von Exempeln gegen Demonstranten (z. B. bei den jährlichen Aktionen gegen die „Nato-Sicherheitskonferenz“ in München runden das Bild einer Ausbeutungs- und Unterdrückungsgesellschaft ab.

Löhne und Tarife

Unter dem Druck der Lohnkonkurrenz, der Drohung mit Werkschließungen, Betriebsverlagerungen in andere in- und ausländische Standorte werden die Lohnarbeiter und ihre Gewerkschaften zu Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen erpreßt - siehe das Referat auf unserer Jahreskonferenz „Der Generalangriff...“ in dieser Ausgabe, S. 11.

Der Darstellung in o. g. Referat fügen wir noch einige Beispiele hinzu, die sich nach unserer Jahreskonferenz abspielten. Vor allem ist die erfolgreiche Erpressung der Beleg-

schaft bei VW zu erwähnen. Gegen das Versprechen auf die Sicherheit der Arbeitsplätze bis 2012 wurden Einsparungen für das Kapital in Mil-



liardenhöhe durchgesetzt. Ein ungleicher Tausch: Der Vertrag über den Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen ist mit 3 Monaten Frist kündbar. Zwar verweist der IGM-Vorstand darauf, daß der Konzern Begründungen geben muß (eine Art Fortfall der Vertragsgrundlagen nachweisen) aber dergleichen ist geübten Konzernjuristen noch nie schwer gefallen.

Ein Ergebnis der Verhandlungen bei Opel lag uns bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Hier haben tausende von Kolleginnen und Kollegen gekämpft. IGM und Gesamtbetriebsrat stellten sie vor die (Schein)Alternative: Streiken oder verhandeln. Daß es auch die Möglich-

keit gäbe, Verhandlungen durch Streiks zu beeinflussen, liegt mittlerweile außerhalb des Horizonts mancher Oberkollegen.

Wenn angebliche oder auch wirkliche Einbrüche bei Absatz und/oder Ertrag eintreten, dann ist jede Vereinbarung über Arbeitsplatzsicherung nur noch ein Fetzen Papier.

Anfangs versuchte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, anlässlich des „Ergänzungstarifvertrags“ für die Handy-Werke des Siemens Konzerns in Bocholt und Kamp-Lintfort die Zugeständnisse (vgl. Arsti Nr. 145) noch als Einzelfall darzustellen. Es gäbe keine Präzedenzwirkung. Einzelfall Nummer 3, Siemens-Bruchsal (Lohnkürzung) und Nummer 4, Siemens Trafowerk Kirchheim a. d. Teck sind mittlerweile abgeschlossen. Es werden nicht die letzten Einzelfälle bleiben.

Die Bahngewerkschaft Transnet sieht sich Forderungen nach unbezahlter Mehrarbeit gegenüber. Ebenso ver.di im öffentlichen Dienst.

Die Hilflosigkeit der Gewerkschaften gegen die Strategie des Kapitals ist im o. g. Referat ausführlich dargestellt. Ohne Prüfung, ohne eine Idee von Gegenvorstellungen wird das Argument vom Hochlohnland, von der überlegenen Konkurrenz der Billiglohnländer übernommen. Daß es solche Gegenargumente durchaus gibt, müssen wir von Sprechern des Kapitals lernen: „Allerdings kämen gut die Hälfte der ausgelagerten Forschungs-Arbeitsplätze wieder zurück, unter anderem wegen Sprachproblemen. Fehlende Qualifikation der Arbeitnehmer und mangelhafte Qualität der Produkte seien weitere Gründe, warum Unternehmen wieder nach Bayern zurückkehrten.“ (Stephan Götzl, Hauptgeschäftsführer des Verbands der bayerischen Metall- und Elektroindustrie lt. Süddeutsche Zeitung v. 17. 11. 04)

„Von Siemens über Daimler bis Bosch und Kugelfischer: Stets wies die Gewerkschaft die Forderungen nach niedrigeren Arbeitskosten zunächst mit Protesten, Aktionstagen und Streikdrohungen zurück - um anschließend umso spektakulärer einzuknicken.“ So höhnt der Spiegel in Ausgabe 46/2004, S. 105. Wie gern würden wir dieser Häme widersprechen.



Widerstand?

Dem konzentrischen Angriff des Kapitals steht z. Zt. an einigen Fronten schwacher, an vielen gar kein Widerstand gegenüber.

So unzulänglich die Abwehr der Gewerkschaften gegen Lohnkürzungen und Verlängerung der Arbeitszeit, also die Vermehrung des absoluten Mehrwerts ist; im Vergleich zu den anderen Übergriffen des Kapitals ist die Lage noch relativ besser. Hier haben die Gewerkschaften



wenigstens potentiell die Möglichkeit der Gegenwehr durch Streiks - auch wenn sie diese Möglichkeit z. Zt. auch dann nicht wahrnehmen, wenn es das Kräfteverhältnis erlauben würde (z. B. Opel Bochum).

Gegen die Steuerpolitik, gegen Verschlechterungen der Sozialleistungen, des Kündigungsschutzes usw. (siehe oben) können und wollen Gewerkschaften nicht angehen. Der Verzicht auf politische Streiks lähmt jede Verteidigung gegen Angriffe auf der parlamentarischen Ebene. Eine faktische große Koalition im Bundestag (vielleicht ohne die beiden Abgeordneten der PDS solange sie keiner Koalition angehören) beschließt „Reformen“ gegen die Lohnarbeiter, Rentner, die Jugend, Kranke, Pflegebedürftige - gegen die „kleinen Leute“ - also gegen die Mehrheit. Gestritten wird zwischen Regierungsparteien und Opposition allenfalls um Details und m. E. oft nur

„for show“. Schon längst ist nicht mehr die Rede davon, daß durch diese „Reformen“ die Arbeitslosigkeit nennenswert vermindert werden könne. Sie wird aller Voraussicht nach weiter steigen.

Durch Umverteilung werden ja die systembedingten Ursachen - z. Zt. Ersatz lebendiger durch tote Arbeit wegen technischer Innovation und fehlender Massennachfrage nach Konsumgütern - nicht beseitigt; letztere sogar noch verschärft. Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus wird sich fortsetzen. Sie wird noch hektischer, noch rücksichtsloser werden. Die Konkurrenz zwischen Standorten oder Konzernen wird durch Zugeständnisse des Staates und/oder der Lohnabhängigen nicht geringer. Nachgeben und damit Kostenreduzierung bei einem Konkurrenten löst entsprechende Forderungen des anderen aus. Neues Nachgeben wird die Konkurrenzvorteile des Ersten tendenziell kompensieren und das Spiel kann von vorne beginnen. Die Schraube hat kein Ende nach unten.

Auf der parlamentarischen Bühne ist Widerstand nicht zu erwarten. Die Herrschaften Volksvertreter spielen dasselbe Spiel mit verteilten Rollen. Trotzdem bleibt die Mehrheit der Arbeiterklasse und die Masse der Bevölkerung noch in der parlamentarischen Illusion gefangen. Vielleicht kann die Wahlalternative für Arbeit & Soziale Gerechtigkeit nach der nächsten Bundestagswahl eine Oppositionsrolle übernehmen. Doch wird sie wohl kaum über eine Minderheit im Bundestag hinaus kommen und ihre sozialdemokratische Grundtendenz wird ihr ernsthafte außerparlamentarische, gegen das kapitalistische System gerichtete Aktivitäten unmöglich machen.

So bleiben uns nur Demonstrationen. Das hebt die Stimmung, kann also nicht verkehrt sein, es verhindert weitere Umverteilung zugunsten des Kapitals aber nicht. „Die demonstrieren, wir regieren“, sagte schon Helmut Kohl. Trotzdem: So eine schöne Massendemonstration zeigt uns wenigstens, daß wir doch eine ganze Menge Leute sind. Immerhin - jetzt ohne Galgenhumor - machen machtvolle Demonstrationen immerhin einen Gegenstandspunkt sichtbar.

Die gründlichen (also radikalen) Linken werden weiter, vielleicht

jetzt mit etwas mehr Erfolg, aus der größeren Offensichtlichkeit der Mängel des Kapitalismus die Notwendigkeit seiner Überwindung begründen. Sie werden weiter versuchen, mehr Anhänger zu gewinnen und Kader auszubilden. Die politische Isolation von der großen Mehrheit der Arbeiterklasse kann möglicherweise verringert werden.

Unsere größte Realistin, (die trotzdem optimistisch blieb) in der Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland, Rosa Luxemburg, hoffte: „Je gewalttätiger das Kapital draußen in der Welt wie bei sich daheim mit der Existenz nichtkapitalistischer Schichten aufräumt und die



Existenzbedingungen aller arbeitenden Schichten herabdrückt, um so mehr verwandelt sich die Tagesgeschichte der Kapitalakkumulation auf der Weltbühne in eine fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen in Gestalt der Krisen die Fortsetzung der Akkumulation zur Unmöglichkeit, die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen werden, selbst ehe sie noch ökonomisch auf ihre natürliche selbstgeschaffene Schranke gestoßen sein wird.“ (Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Kap. 32)

Hoffen wir mit ihr.

Stand: 26. 11. 2004

*Jean-Baptiste Say (1767-1832), französischer liberaler Ökonom

Wetzels Innovation der Tarifpolitik

Mitgliederbonus als Prinzip

In NRW gibt es in der IG Metall seit kurzem einen neuen Bezirksleiter. Sein Name ist Detlef Wetzels und er war bislang Bevollmächtigter in der Verwaltungsstelle Siegen. Wetzels hat seine Verwaltungsstelle durchaus erfolgreich geführt. Wobei man innerhalb der IG Metall unter einer „erfolgreichen Führung“, in erster Linie eine positive Mitgliederentwicklung versteht. Das ist aufgrund des desaströsen Mitgliederschwunds nachvollziehbar und muss auch kein Widerspruch sein. Mitglieder gewinnt man in der gewerkschaftlichen Alltagsarbeit durch eine solide und gute Betriebspolitik.

Wetzels versteht sich selbst als innovativer Mensch. Und ehrgeizig scheint er dazu noch zu sein. Deshalb möchte er die negative Mitgliederentwicklung umkehren. In einem IG Metall-Papier berichtet er von seinem eingeschlagenen „Königsweg“. Danach gibt es in NRW in der IG Metall eine Absprache, bei betrieblichen Tarifauseinandersetzungen einen besonderen Bonus für Mitglieder auszuhandeln. Wetzels schreibt: „Will also ein Unternehmen, vom Flächentarifvertrag abweichen, stimmt die IG Metall NRW nur zu, wenn ihren Mitgliedern im Betrieb exklusiv ein Vorteil eingeräumt wird“. Stolz berichtet er, dass bereits mehr als ein Dutzend solcher Bonusvereinbarungen ausgehandelt sei.

Der Bochumer Bevollmächtigte Ludger Hinse stimmt in den Lobgesang ein. In „direkt“, dem Info-Dienst der IG Metall, bemerkt er: „Die Resonanz bei den Mitgliedern ist großartig. Auch aus Betrieben, die nicht betroffen sind, haben wir sehr positive Rückmeldungen“.

Nun ist eines natürlich klar. Nicht wenige Mitglieder von Gewerkschaften ärgern sich ständig über die vielen „Trittbrettfahrer“, die ohne Mitgliedschaft und monatliche Beitragszahlungen, an den Tariferfolgen der Gewerkschaften partizipieren. Ein solcher „Mitgliederbonus“ kommt deshalb ihrer individuellen

Stimmungslage entgegen. Und ein entsprechender Bonus könnte durchaus attraktiv sein, gäbe es ihn nicht für eine gewerkschaftliche „Rolle rückwärts“. Weil, um nichts anderes handelt es sich. Im Wetzels-Papier ist zu lesen: „Einen Mitgliederbonus



fordert die IG Metall NRW..., wenn ein tarifgebundenes Unternehmen in einen so genannten OT-Verband (ohne Tarifbindung) geflüchtet ist und die IG Metall einen Anerkennungstarifvertrag durchsetzen will“.

Tarifforderungen sind Machtfragen

Damit ist die Katze aus dem Sack. Begeht ein Kapitalist Tariffucht, dann will er zukünftig seine Belegschaft zu schlechteren Bedingungen arbeiten lassen. Den Schritt in diese Richtung geht er allerdings erst dann, wenn er zu der Auffassung gekommen ist, dass sich die Belegschaft das gefallen lässt. Ist eine Belegschaft gewerkschaftlich gut organisiert und hat eine Führung, die sich als selbstbewusste und konsequente Interessenvertretung versteht, dann wird der Kapitalist durch Kampfmaßnahmen gezwungen im Verband, und damit in der Tarifbindung, zu bleiben. So einfach kann das sein. Leider ist es meist nicht (mehr) so einfach. Viele Belegschaften kapitulieren heute vor den Angriffen und der Erpressungspolitik des Kapitals. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust, sowie das Fehlen von Klassenbewusstsein

macht die Menschen anfällig für die neoliberale Demagogie und lähmt ihren Widerstandswillen. Die Erosion des Flächentarifvertrags ist deshalb schon weit fortgeschritten. Von den rund 7300 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie sind etwa 30

Prozent ohne Tarifbindung. Wetzels sieht deshalb, zu Recht, akuten Handlungsbedarf. Sein Rezept ist die Durchsetzung von Anerkennungstarifverträgen in diesen Betrieben.

Ein Anerkennungstarifvertrag ist ein Vertrag, in dem der einzelne Kapitalist, die Tarifverträge, die in der Fläche wirken auch in seinem Unternehmen verbindlich anerkennt. D. h. der Flächentarifvertrag ist auch nach dem Verbandsaustritt in unveränderter Form gültig.

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In der akt. Ausgabe (10-11/04) u.a.:

- ◆ »Das Kopfschütteln, der Charme der Bourgeoisie und ihr Preis«, S. Cubela verfolgt, wie Opel in die Presse kam
- ◆ »Tarifpolitik unter Revisionsvorbehalt«, R. Müller zum VW-Abschluss
- ◆ »Ausbruch aus der Normale - retour à la normale?«, ein Gespräch über Opel
- ◆ K. Huckenbeck: »Ausscheren aus dem Konkurrenztaigo«, Kommentar zum Opel-Streik
- ◆ A. Bachmann: »Alternativen zu Armutstarifen«, Mindestlöhne und Existenzsicherung
- ◆ H. Claus: »ver.di in der Klemme«, zur ÖD-Tarifrunde
- ◆ H. Storn: »(Berufliche) Schulen als Unternehmen«, Outputsteuerung in der Bildung
- ◆ »Gegen Zwei-Klassen-Tarifvertrag«, Krankenhausbeschäftigte erringen Teilerfolg

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62 - 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

Die Frage ist nur, warum sollte dieser Kapitalist, dem widerstandslos die Tariffucht gelungen ist, mit der IG Metall über einen Anerkennungstarifvertrag verhandeln, der den alten Tarifzustand wieder herstellen würde? Und warum sollte er darüber hinaus den Mitgliedern der IG Metall noch zusätzlich einen Bonus zugestehen, wo er doch weniger bezahlen will und nicht mehr?!

Um einen wirklichen Anerkennungstarifvertrag durchzusetzen, der identisch mit dem Tarifvertrag der Fläche ist, plus eines zusätzlichen Boni für die Mitglieder, bedarf es einer Kampfkraft, die höher sein muss als bei einer gewöhnlichen Tarifaus-einandersetzung in der Fläche. Diese Kampfkraft wird nicht da sein, wenn eine Belegschaft widerstandslos die Tariffucht des Kapitalisten zulässt! Auch Tarifforderungen sind Machtfragen.

Es geht deshalb bei Wetzels „Bonus-Innovation“ nicht um wirkliche Anerkennungstarifverträge, sondern um tarifliche Regelungen, die unter dem Flächentarifvertrag liegen. Wetzels schreibt, dass es in NRW mittlerweile 400 Unternehmen gäbe, „die auf die eine oder andere Weise vom Flächentarifvertrag abweichen“. Natürlich ist die Abweichung immer eine Verschlechterung des Flächentarifvertrages. Oftmals betreffen die Abweichungen die wöchentliche Arbeitszeit und Sonderzahlungen, also

die Kernbereiche in den Tarifverträgen, die sich im Fadenkreuz der Gewerkschaftsfeinde befinden. Unbegreiflich ist deshalb, dass ein Bezirksleiter aktiv an der Unterminierung der gewerkschaftlichen Existenzgrundlage arbeitet. Und noch weniger begreiflich ist es, dass ein IG Metall-Vorstand nicht energisch dagegen einschreitet.

Die Werktätigen brauchen zur Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen keine Gewerkschaften. Um sie von der Konsequenz zurückzuhalten, aus der IG Metall auszutreten hat Wetzels deshalb wohl die Bonusregelung erfunden. Sie wird, wenn überhaupt, die Mitgliederbindung an die Gewerkschaft nur vorübergehend erhalten. Mittelfristig würden mit einer solchen Politik, die tariflichen Errungenschaften Stück für Stück verscherbelt. Am Ende hätten die Kapitalisten dann das, was Rogowski und Hundt in Permanenz fordern; die drastische Senkung der Lohnkosten. Als Zugabe drauf, käme noch eine geschwächte und handlungsunfähige IG Metall.

Zum Glück ist der Vorstoß aus NRW innerhalb der IG Metall umstritten. So wettet ein VK-Leiter aus Hattingen in „direkt“: „Das kann doch nicht euer Ernst sein! Die große Masse der Kolleginnen und Kollegen ist in der IG Metall organisiert, weil sie sie als Kampforganisation wollen

und brauchen. Wir wollen eine konsequente Verteidigung unserer Erfolge – dann haben wir gute Argumente für die Werbung“. Auch die Tarifabteilung in der Vorstandsverwaltung in Frankfurt meldete sich zu Wort: „...damit klar ist, dass die IG Metall keinen `Ablasshandel` betreibt, das heißt, sich auf schlechte Tarifbedingungen einlässt, um Mitglieder zu gewinnen“.

Es wäre zu wünschen, dass das tatsächlich „klar ist“. Angebracht ist es skeptisch zu sein. Wetzels steht am Anfang seiner Laufbahn als Bezirksleiter. Wenn er solche „Innovationen“ an der Tarifpolitik heute als gangbaren Weg betrachtet, kann sich die Organisation noch auf einiges gefasst machen. Insbesondere dann, wenn die Verteilungsspielräume politisch weiter eingengt werden und der Mitgliederrückgang unvermindert anhält. Wetzels steht für einen Funktionärstyp, der in den Gewerkschaften häufig vorkommt. Er steht in einer Reihe mit einem Hubertus Schmoltdt, Walter Riester und Harald Schartau. Das sind rechte Sozialdemokraten und weltanschauungslose Pragmatiker. Sie machen alles mit. Gestern keynesianische Reformpolitik à la Willy Brandt, heute neoliberale Politik nach Schröder Art und morgen eventuell noch mehr. Ihren Einfluss gilt es von der Gewerkschaftslinken zurückzudrängen.

Unsere Jahreskonferenz 2004

Am 30./31. Oktober fand die 34. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme wie schon seit vielen Jahren in Nürnberg statt. Auf Grund von Mehrfachbelastungen und Terminüberschneidungen war einigen Genossen ein Kommen nicht möglich gewesen. Dennoch war der Kreis der Teilnehmer nahezu so groß wie in den letzten Jahren. Besonders erfreulich war, daß auch wieder drei Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik aus Berlin an unserer Jahreskonferenz teilnahmen. Die Gruppen International Landshut und Dorfen waren ebenfalls mit zwei Genossen vertreten.

Wir wollten uns an den beiden Tagen folgenden Themen widmen:

Zur Lage der Gruppe. Dieser Bericht wurde wie immer von einem langjährigen Mitglied der Gruppenleitung und Mitbegründer der Gruppe Arbeiterstimme gehalten.

Generalangriff des Kapitals und keine Antwort. Der Genosse, der dieses Referat ausgearbeitet hatte, ist aktiver Gewerkschafter und hat schon häufiger Artikel zu diversen gewerkschaftlichen Themen erstellt. Leider konnte er aber diesmal nicht an unserer Konferenz teilnehmen. Im Anschluß daran setzten wir unsere Diskussion über die WASG mit einem Vortrag fort, der überschrieben ist mit dem Titel: *Eine neue Partei – aber keine „Linkspartei“ – oder doch?*

Den Abschluß des Samstages bildete ein *Bericht zur aktuellen Lage*

in Venezuela. Zwei GenossInnen waren erst vor einigen Wochen in dem südamerikanischen Land gewesen. „Seit 1998 befindet sich Venezuela in einem politischen Umbruch. Im Rahmen dieses `bolivarianischen Prozesses` wird um neue Formen politischer Repräsentanz, alternativer Ökonomie und sozialer Rechte gerungen.“ Die GenossInnen verfügen über gute Kontakte zu den Basisbewegungen und führten zusammen mit ihren Mitreisenden viele Interviews. Interviewpartner waren dabei „Leute aus Basisorganisationen, sozialen und politischen Netzwerken, gewerkschaftlichen und bäuerlichen Strukturen, alternativen Medien- und Sozialprojekten. In der Zwischenzeit sind diese Interviews zu einem Buch unter dem

Titel: „Kollektiv p.i.s.o. 16 Welcome to our Revolution“ zusammengefaßt. Das Buch ist im Verlag „Gegen den Strom“ erschienen und zum Preis von 10,00€ über die Redaktion oder direkt beim Verlag (Gegen den Strom, 80339 München, Schwanthalerstr. 139) zu beziehen.

Der Sonntag war dem Thema *Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag* gewidmet. Unser Genosse aus Berlin belegte mit einigen Beispielen, wie sich auch die PDS immer mehr dem Neoliberalismus verschrieben hat und damit nun wirklich in der BRD angekommen ist. Jetzt müssen es sich auch die letzten, die ihre sozialistischen Hoffnungen auf die PDS gesetzt hatten, eingestehen, daß sie für sozialistische Inhalte und Ziele verloren ist.

Als letzter inhaltlicher Punkt stand der *Bericht aus Großbritannien* auf der Tagesordnung. Unser langjäh-

riger Freund und Genosse hatte wieder den weiten Weg auf sich genommen um an unserer Tagung teilnehmen zu können. Wie in den vergangenen Jahren hat die Linke in den Gewerkschaften weitere Führungspositionen erkämpft, kann dies aber noch nicht in entsprechender Weise umsetzen. Blair und seine New Labour gelten in England als das kleinere Übel. Eine Niederlage Blairs wird mit einer Niederlage von Labour gleichgesetzt und dieses Risiko wollen die Linken in Partei und Gewerkschaften anscheinend nicht auf sich nehmen. Folgender Spruch, der in England die Runde macht, dürfte die Situation am besten beschreiben. „Tony – we don't like him – but he's a winner!“ Eventuell erklärt so eine Haltung auch den leichten Aufschwung in der Gunst der Mitglieder und der Wähler, den Schröder und die SPD-Führung in Deutschland seit kurzer Zeit verspüren.

Die traditionelle Solidaritätssammlung am Ende der Jahreskonferenz wurde auch in diesem Jahr für Projekte in Kuba durchgeführt. Wir berichteten in der letzten Nummer ausführlich in zwei Artikeln, wie es um Kuba steht. Die Solidarität mit Kuba steht auch bei Linken in Deutschland auf moralinsauren äußerst wackligen Füßen. Zudem steht Kuba nach wie vor auf der Abschlußliste der USA und von Bush und seiner neuen Außenministerin haben die Kubaner bestimmt nichts Gutes zu erwarten. (vgl. dazu Arsti 145: „Kuba in Gefahr“ / „Kritik des Elends oder Elend der Kritik? Kuba und die Linke“).

Die Sammlung erbrachte 400 €.

Doch nun zu den Referaten, die wir wie immer in leicht überarbeiteter Form abdrucken.

Zur Lage der Gruppe

34. Jahreskonferenz 30./31. Oktober 2004 in Nürnberg

Es handelt sich diesmal um einen kürzeren Bericht. Wir hatten ja beschlossen, nur jedes zweite Jahr umfangreicher auf die Lage der Gruppe einzugehen und Neuwahlen vorzunehmen. So bleibt mehr Raum für das Politische.

Auch unsere kleine Gruppe ist eingebettet in die allgemeine politische Entwicklung und jedermann weiß, daß die Rechtskräfte national und international weiter im Vormarsch sind und dies mit einer Kette nicht enden wollender politischer und sozialer Offensiven rücksichtslos ausnutzen. Die Ohnmacht der systembejahenden Linken ist offensichtlich und findet ihren deutlichsten Ausdruck in der Abkehr der SPD von ihren alten Zielen. Doch auch die revolutionäre Linke kann aus dieser Selbstaufgabe keinen Nutzen ziehen; zu stark stehen die Menschen – auch die Lohnabhängigen – im Bann einer angeblichen Alternativlosigkeit im globalisierten Kapitalismus und andererseits haben zu viele noch zu viel zu verlieren. So geht der Niedergang der seit der konterrevolutionären Wende bis auf die Reste der dezimierten kommunistischen Gruppen weiter. Die DKP ringt gerade um das Weiterbeste-

hen ihrer Wochenzeitung, die KPÖ ist im Zerfall begriffen, kleinere Gruppen krebsten seit langem am Rande des Überlebens. Das Niveau ihres gewerkschaftlichen Umfeldes ist auf einem bisher nicht bekannten Tiefstand und die Gewerkschafter sind nicht einmal fähig, solidarisch zu handeln und einen defensiven Widerstand zu entfachen oder durchzuhalten. Die Gewerkschaften als Ganzes sind immer weniger als politisch bewußte Arbeiterbewegung einzustufen. Außerdem geht es ihnen personell wie den linken Gruppen: Nach dem Abtreten der alten Kader erfolgt kaum Ersatz durch politisch bewußte Jüngere. Der biologische Prozeß wird dadurch zum Schrumpfungsprozeß – auch in unserer Gruppe – der irgendwann im Nichts enden kann, es sei denn, große politische Brüche ermöglichen einen neuen Aufstieg der revolutionären Kräfte. Bis dahin durchzuhalten, marxistische Kerne zu bewahren, ist ein, wenn auch bescheidenes, Ziel unserer Gruppe. Dazu gehört, daß bis zu einem erhofften neuen Aufschwung Widerstand und soziale Bewegung nicht völlig erlöschen. Wir haben immer den Zusammenhang zwischen dem Wiederaufschwung des Klassenkampfes und dem Wiederauf-

stieg sozialistischer Kräfte mit dem Anschwellen gesellschaftlicher Bewegungen betont.

Keine Klassenbewußtsein schaffende Bewegungen

Nun hat es gerade im Berichtsjahr und zuvor Bewegungen gegeben, die man so und in diesem Umfang nicht erwartet hätte. Da war die sogenannte „Antiglobalisierungsbewegung“, die einen beachtlichen Aufschwung auch unter jungen Menschen verzeichnete. Sie hat inzwischen ihren Massencharakter verloren, konnte sich aber als Gruppennetzwerk unter der Führung von attac halten. Die Mehrzahl ihrer Anhänger waren jedoch Globalisierungskritiker, nicht Globalisierungsfeinde. Insofern war damit im Allgemeinen auch nicht der Schritt vorwärts zum Klassenbewußtsein verbunden.

Die Vorbereitung der USA zum Aggressionskrieg gegen den Irak hatte in Deutschland große Empörung ausgelöst. Sie mündete in einer breiten Protestbewegung mit großen Antikriegsdemonstrationen. Besonders die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern war bemerkenswert. Nach dem Beginn

des Krieges und bei der Ergebnislosigkeit des Protestes ist diese Massenbewegung wieder in sich zusammengefallen. Ihr Charakter war vor allem ein pazifistisch-moralischer, nicht ganz frei von nationalistischen Tendenzen. Klassenspezifische Einsichten entstanden daraus nicht. Das soziale Abbauprogramm und die Umschichtung von unten nach oben – und das gerade von einer sozialdemokratisch geführten Regierung – stieß mit der Durchführung der Agenda 2010 auf breiten Widerstand. Großdemonstrationen entstanden, mit und auch ohne Gewerkschaftsunterstützung. Die Schröder-Regierung ließ auch diese großen Kundgebungen ins Leere laufen. Die Gewerkschaftsführer hielten sich wegen ihrer SPD-Bindung zurück und in der Erkenntnis, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder für einen sich ausweitenden Kampf nicht zu mobilisieren war. Auf Grund ihrer Ergebnislosigkeit ist auch diese Bewegung als Massenbewegung wieder versackt. Das trifft sich auch mit dem Umwandlungsprozeß in der SPD nach rechts, der dort Resignation hervorrief, aber auf überraschend wenig Widerstand stieß. Die sozialen Proteste gehen weiter, auch in den Betrieben, doch enden sie in mehr oder weniger großen Niederlagen, wie z.B. Daimler-Chrysler und Opel zeigen.

Als es ernst wurde mit dem Hartz-IV-Gesetz, verdichtete sich die Wut und die Angst in den neuen Bundesländern mit der dort herrschenden Massenarbeitslosigkeit zu großen, spontanen Protesten. Die Montagsdemonstrationen weiteten sich aus. Doch der Funke konnte in relevanter Weise nicht auf die alte BRD überspringen. Einmal fehlte der historische Ansatz, der an die Wendebewegung in der DDR anknüpfte, zum anderen ist die Betroffenheit im Westen geringer. Da die Regierung und die für das niederträchtige Gesetz verantwortlichen Parteien die Proteste mit Hilfe minimaler Korrekturen einfach aussaßen, war das Scheitern der Massenproteste offensichtlich. Dies führte als Konsequenz zu ihrem Abflauen. Die Enttäuschung dort über diese Art von Demokratie ist groß. Wohin sie führt, bleibt abzuwarten. Nicht nur die PDS zog wahlmäßig daraus ihren Nutzen. Die Erfolge der Rechtsradikalen zeigen, daß leider die Gefahr besteht, daß sich viele Enttäuschte nach rechts wenden und sich endlich trauen, ihr rechtsextrêmes Ge-

sicht zu zeigen. Die ersten großen spontanen, nicht von den Gewerkschaften getragenen oder von Linken inszenierten Massendemonstrationen haben aber auch einige Einblicke gewährt in den heutigen Bewußtseinsstand der Masse der Lohnabhängigen. Sie zeigten, und das konnte eigentlich auch nicht anders sein, das beschränkte politische Niveau und weithin das Fehlen von Klassenbewußtsein. Indem viele Spontan-Protestierer die Rechtsradikalen duldeten, zeigt das auch, daß viele aus der deutschen Geschichte nichts gelernt haben oder nichts lernen wollten und wollen – ein Alarmzeichen!

Die Montagsdemonstrationen haben im allgemeinen nichts systemkritisches, antikapitalistisches und weiterführendes enthalten, was auch auf die anderen sog. Einpunktbewegungen zutrifft, die bereits benannt wurden. Im Einzelfall mag es neue Anknüpfungspunkte gegeben haben. So richtig es ist einerseits, daß es ohne Bewegung keine Veränderungen geben kann, so hat sich aber andererseits auch erwiesen, daß nur Klassenbewegungen, die zu neuen Klassenkämpfen führen, die Linken aus ihrer Isolation befreien könnten.

Insofern konnten für die revolutionären Gruppen aus den vorgenannten Bewegungen kaum neue Möglichkeiten entstehen. Der Zuwachs bleibt so weiter abgeschnitten. Das ist die Misere: Stagnation bedeutet naturgemäß weiterer Niedergang, personell und politisch. In dieser Situation sind wir weiterhin; das kennzeichnet auch die Mängel und Schwierigkeiten der Gruppe. Einige unvorhergesehene Ausfälle und alles steht auf der Kippe. Zudem, Überbelastungen haben nie zu sorgfältigen Arbeiten beigetragen.

Nun zu dem trotz allem Positiven in unserer Arbeit: Unserem kleinen Kreis gelang es weiterhin, die Zeitschrift regelmäßig und in gewohnter Art herauszugeben. Die Zahl der Autoren hat sich erhöht, manche beteiligten sich auch zum ersten Mal an unserem Blatt. Ich meine, wir müssen mehr darauf achten, unser Profil zu schärfen und Unterscheidungen zu anderen linken Ansichten herauszuarbeiten. Nur wer Profil hat, hinterläßt Spuren. Auch aus unseren eigenen Reihen kommen zu wenig inhaltliche Kritik und zu wenig Anregung.

Die Zahl der Abonnenten hat im Berichtsjahr weiter abgenommen. Da ist einmal der natürliche Abgang, doch auch die miese politische Lage....

An dieser Stelle sagen wir allen MitarbeiterInnen Dank, auch jenen Beitragszahlern und Spendern, die die finanzielle Absicherung möglich machen.

Wir haben vorhin über die immer schwieriger werdende Lage revolutionärer Gruppen gesprochen. Da drängt sich wie von selbst die Notwendigkeit zur besseren Zusammenarbeit unter linken Gruppen auf. Das gilt allgemein aber gerade auch dort, wo sich kommunistische Gruppen nahestehen. So hatten wir Anfang des Jahres ein Treffen der Marx-Engels-Stiftung in Leverkusen wahrgenommen mit Mitgliedern der DKP, von Trotzlisten, der PDS, der Arpo und der Arsti, also einem Kreis, der sich noch vor Jahren meist feindlich gegenüberstand. Auch beim Wochenendseminar in Landshut hieß es „Linke an einen Tisch“ mit den Gruppen International Dorfen und Landshut, mit Arpo und Arsti, mit DKP und PDS. Das Treffen wurde von allen Seiten positiv eingeschätzt und soll fortgeführt werden.

Eine engere Beziehung hat sich nun endlich zur Gruppe Arbeiterpolitik ergeben, besonders mit Berliner Genossen. So wollen wir weiter zusammen diskutieren und gemeinsam Broschüren neu auflegen. Wir haben gegenseitig Zeitungsartikel abgedruckt und hoffen, den inhaltlichen Meinungsaustausch und auch die praktische Zusammenarbeit zu verbessern.

Haben wir strategisch gegenwärtig auch keine Lichtblicke, so hoffen wir doch, daß sich das einmal ändern wird. Dafür werden die Widersprüche eines kapitalistischen Systems sorgen, das mit Kriegen und sozialen Verwüstungen die Menschheit heimsucht. Erst aber müssen wir durch die „Mühen der Ebenen“, wie Bert Brecht es einmal genannt hat. So bleibt uns nur, unermüdlich für unsere Ziele zu wirken; dem Wind, der uns gegenwärtig so unangenehm ins Gesicht bläst, standzuhalten und uns von Mißerfolgen nicht unterkriegen zu lassen.

Überlegen wir uns, wie wir uns noch verbessern können und vielleicht kann der Eine oder die Andere noch ein bißchen mehr machen als bisher. Das sind die bescheidenen Aufgaben für die nächste Zeit!

Generalangriff des Kapitals und keine Antwort

Wer von den Zusammenhängen der kapitalistischen Produktionsweise wenig weiß, steht zurzeit fassungslos vor den auf die Republik niederprasselnden Ereignissen. Die Meldungen, die die Medien derzeit verbreiten, scheinen aus einem schlechten Horrorfilm zu stammen. Der Kaufhauskonzern Karstadt trudelt und wird 5000 Arbeitsplätze vernichten. Opel plant mindestens 10000 Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit zu schicken, bei FAG Kugelfischer in Schweinfurt und beim Lebensmittelkonzern SPAR sind es 1000, bei der Lufthansa sind es bis Ende 2005 ebenfalls 2000. In allen Branchen, von der Chemieindustrie, über die Werften bis zu der Tourismus- und Bankenbranche gilt nur eines: Arbeitsplatzabbau und nochmals Arbeitsplatzabbau!

Wo noch nicht über Entlassungen gesprochen wird, spricht man zumindest von Kostenreduzierungsprogrammen. Ob bei Siemens, Daimler-Chrysler oder VW, von den vielen kleineren Unternehmen ganz zu schweigen. Überall wollen die Geschäftsführungen an die Löhne. Sie wollen diese entweder direkt senken, den Urlaub reduzieren und/oder die Wochenarbeitszeit verlängern. Fand bislang die Konfrontation meist direkt in den Betrieben, zwischen den Betriebsräten und der zuständigen Gewerkschaft einerseits und den Kapitaleignern andererseits, statt, wird sie zunehmend allgemeiner. So steht beispielsweise die Gewerkschaft Ver.di der Forderung der privaten Müllentsorgungsunternehmer nach einer Lohnkürzung um 20 Prozent und einer Kürzung des Jahresurlaubs auf 24 Tage gegenüber. Angriffe dieser Art sind aber nicht alleine auf den privatkapitalistischen Wirtschaftsbereich beschränkt. Auch der öffentliche Sektor verhält sich ähnlich. In der vor ihr liegenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst muß die Gewerkschaft mit einer Forderung nach Ver-

längerung der Wochenarbeitszeit rechnen. Die Bundesländer Bayern, Berlin, Baden-Württemberg und weitere, haben das angekündigt und die Verlängerung der Arbeitszeit bei Beamten bereits gesetzlich durchgesetzt.

Festzustellen ist auch eine zunehmende Aggressivität der Unternehmer. Während der laufenden Ta-



rifrunde des textilen Reinigungsgebietes antwortete der einschlägige Unternehmerverband auf Warnstreiks von Werkträgern erstmals mit Angriffsaussperrungen. Das ist vermutlich das erste Mal seit Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Was wir erleben, ist der Generalangriff des Kapitals auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften. Dabei scheinen die Kapitalvertreter jede Hemmung verloren zu haben. Ihnen geht es nicht um die Sicherung, oder gar um die „Schaffung“ neuer Arbeitsplätze, wie sie ideologisch verbrämt in Sonntagsreden ihre Politik beschreiben. Ihnen geht es um die Sicherung ihres Maximalprofits. Eine ihrer Hofschranzen, der Münchener Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, drückte das im Tagesspiegel vor Kurzem so aus: „Alles dient dem Ziel die Lohn-

kosten zu senken. Anders kommen wir auf keinen grünen Zweig“.

Die Kapitalisten wollen ihre Profitkrise in den Griff bekommen, indem sie die Ausbeutung der Werkträgern verschärfen. Und diese Profitkrise gibt es. In den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten hat sich die organische Zusammensetzung des Kapitals immer mehr zu Gunsten des konstanten Kapitals verschoben. Das heißt, in den Betrieben benötigt der Kapitalist zur Aufrechterhaltung der Produktion immer weniger lebendige Arbeit. Das ist es, was wir in den Betrieben auch in der Praxis erleben. Immer weniger Arbeitskräfte sind in der Lage immer mehr zu produzieren. Oder anders ausgedrückt: die menschliche Arbeit wird durch moderne Technik immer produktiver. Bei Strafe des eigenen Untergangs ist der Kapitalist gezwungen in die neueste Technik zu investieren, selbst wenn er den Absatz seiner Waren nicht ausweiten kann. Dadurch steigt sein konstantes Kapital stärker an als das variable. Da aber nur die menschliche Arbeitskraft in der

Lage ist Mehrwert zu erzeugen, fällt seine Profitrate in der Tendenz. In der *Arsti* Nr. 145 ist dazu zu lesen: „Der Fall der Profitrate...lässt sich zwar schwer in Zahlen fassen, doch ist er als Tendenz nicht zu leugnen“. Verdeutlicht wird das ebenfalls in der *Arsti* durch eine Tabelle auf Seite 6, in der die Entwicklung der Profitrate der zurückliegenden 35 Jahre dargestellt wird, die diese Tendenz eindeutig bestätigt.

„Schicksal Globalisierung“

Es wäre wünschenswert, wenn die Kapitalisten ihre Politik der Arbeiterklasse ohne Schnörkel erklären würden. Wenn sie sagen würden: Der Aufsichtsrat hat beschlossen unseren Profit dadurch zu steigern, daß wir euch länger arbeiten lassen und eure Löhne um 30 Prozent senken. Ferner steigt unser Profit, wenn wir uns

nicht mehr an der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, der Unfallversicherung und der Gesundheitsvorsorge beteiligen. Das werden wir in Zukunft auch tun“. Wenn sie sich so verhalten würden, wären die Fronten auch bei den Opfern der Kapitalpolitik geklärt. Und damit das nicht geschieht, machen sie das Gegenteil. Neben der realen Kapital-Offensive auf die Existenzbedingungen der Werktätigen erleben wir eine ideologische Offensive, die versucht in Wirtschaftsfragen möglichst viele Köpfe gleichzuschalten. Die Botschaft lautet: „es gibt keine Alternative“! Es gibt keine Alternative zu Lohnkürzungen, zu längerer

Wochenarbeitszeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen, dem Aufweichen von Arbeitsschutzgesetzen, zu Agenda 2010 und Hartz IV. Beantwortet wird die Frage der Alternativlosigkeit mit der gnadenlosen, weltumfassenden Globalisierung. Den Menschen wird weisgemacht, daß man der Globalisierung wie einer nicht beherrschbaren Naturgewalt ausgesetzt ist. Man interpretiert in sie und den kapitalistischen Markt etwas Schicksalhaftes. Das Schicksal kann man nicht ändern. Es bedarf keiner Erklärung und es braucht keine Rechtfertigung. Diese Ideologie fällt, auch bei den Werktätigen, auf fruchtbaren Boden.

Nur deshalb stoßen selbst die frechsten Lügen auf keinen empörten Widerspruch. So wird mit Berufung auf die Globalisierung, von Kapitalvertretern, „Wirtschaftswissenschaftlern“ und Politikern aller Parteien eine Politik gefordert, welche die „Wettbewerbsfähigkeit“ Deutschlands wieder herstellt. Deshalb müßten kräftige Lohnkürzungen durchgesetzt werden, länger gearbeitet werden und die Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes sowie der Sozialversicherungen „reformiert“ werden. Ohne solche einschneidenden Maßnahmen sei Deutschland nicht zu retten. Diese sogenannten Wirtschaftssachverständigen behaupten, daß die Konkurrenz aus Asien, Osteuropa und Amerika deut-

lich billiger produzieren würde und die deutsche Industrie dadurch vom Weltmarkt verdrängt würde. Die Realität sieht allerdings völlig anders aus.

Es gibt zwar deutliche Lohndifferenzen zu den Ländern Osteuropas und Asiens, doch wird dies zumindest teilweise durch geringere Produktivität der Arbeit oder andere Nachteile in diesen Ländern aufgewogen. Für die Kolleginnen und Kollegen und auch für ihre Betriebsräte und Gewerkschaften ist im Einzelfall allerdings oft schwer erkennbar, wo tatsächliche Lohnunterschiede in grö-



ßerem Umfang existieren und wo die Lügen anfangen.

Weil wohl zu dick aufgetragen wird, stellt die Financial Times Deutschland im Oktober 03 fest: „...so eingängig diese These klingt, sie hat ein Problem: Sie läßt sich schwer belegen. Die Daten aller wichtigen internationalen Organisationen zeigen, daß die Deutschen aktuell so viel exportieren wie kein anderes Land der Welt.“

Aber welcher Prolet liest schon die Financial Times? In den Massenblättern liest man diese Wahrheit nicht. Dort wird verschwiegen, daß die deutsche Industrie, im Gegensatz zu anderen Euro-Ländern, seit Mitte der 90er Jahre ihren Anteil am Weltmarkt gehalten und teilweise sogar ausgebaut hat. Das ist keine geringe Leistung in Anbetracht der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung von Ländern wie der VR China, die mit Vehemenz auf den Weltmarkt drängen.

Es gibt für die Kapitalisten hierzulande also kein allgemeines Wettbewerbsproblem durch alle

Branchen. Deshalb gibt es auch keine generell „überhöhten Lohnkosten“ und für die Werktätigen und ihre Gewerkschaften deshalb keinen Grund Löhne zu senken und auf Lohnerhöhungen zu verzichten!

Das Problem heißt Binnennachfrage

Trotz der steigenden Exporte hat die Ökonomie aber ein Problem. Die Konjunktur lahmt. Daß es trotzdem noch geringe Wirtschaftswachstumswerte gibt, ist nur auf die hohe Exportquote der Industrie zurückzuführen. Im genannten Artikel stellt

dazu die Financial Times fest: „... (es) drängt sich die Frage auf, ob nicht auch die angemessene Kur für Deutschlands Malaise eine andere ist, als sie derzeit in der Reformdebatte von den Vertretern der Wettbewerbsfähigkeitsdebatte vorgebracht wird. Vorschläge wie längere Arbeitszeiten oder Lohnkürzungen zielen oft auf eine

Lohnsenkung im Vergleich zum Ausland. Liegt aber das Problem gar nicht in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sondern vielmehr in zu schwacher Inlandsnachfrage, dann müssen andere Lösungen her“. Von der klügeren Kapitalvertreter-Fraktion wird das Problem also klar erkannt. Die Binnennachfrage ist zu schwach. Seit über 20 Jahren bleiben die Zuwächse bei den Löhnen hinter der Produktivitätsentwicklung und den Preissteigerungen zurück. Real sind die Löhne in diesem Zeitraum um 17 Prozent gesunken.

Weiteren negativen Einfluss auf die Massenkaukraft hat die andauernde und steigende Arbeitslosigkeit. Insgesamt fehlen in der BRD rund 7 Millionen Arbeitsplätze. Menschen, die nur vom Arbeitslosengeld und von Sozialhilfe leben, müssen sich einschränken und können nur eingeschränkt konsumieren. Auch die verschärfte neoliberale Politik der letzten Jahre, deren Hauptmerkmal die Umverteilung von Unten nach Oben ist, hat nachhaltig zur Schwächung

der Binnennachfrage beigetragen. Die Steuersenkungspolitik der Regierungen Kohl und Schröder hat bewirkt, daß heute die Reichen im Lande, sowie Unternehmen und Konzerne immer weniger oder teilweise gar keine Steuern mehr bezahlen. Die Wirkung dieser Steuerpolitik wird immer mehr sichtbar. Den Städten und Gemeinden droht bis Ende diesen Jahres ein Defizit von mehr als 10 Milliarden Euro. Manche Kommunen, besonders im Osten, stehen unmittelbar vor dem finanziellen Kollaps. Wichtige Infrastruktur-, Sozial-, und Kultureinrichtungen können vielerorts deshalb nicht mehr finanziert werden. Auch das führt zu einer Beschneidung von Nachfrage, die für regionale Wirtschaftskreisläufe von zentraler Bedeutung ist. Kein Wunder ist es deshalb, wenn kleine Unternehmer und Handwerker unter zu wenigen Aufträgen und schlechter Zahlungsmoral der Kommunen leiden. Sie geben immer häufiger ihren Kleinbetrieb auf oder den Druck an die Beschäftigten weiter. Eine fatale Entwicklung. Immerhin sind rund 80 Prozent der Arbeitsplätze von der Binnennachfrage abhängig. Es ergibt sich ein wahrer Teufelskreis, der von den politischen Akteuren hilflos beobachtet wird. Statt mit einer Politik der Nachfragestärkung zu reagieren, beschränken sie sich in fast religiöser Weise auf den Glauben, daß früher oder später ihre neoliberale Politik Wirkungen zeigt. Es ist zwar nicht direkt vergleichbar, doch erinnert die Gesamtsituation in fataler Weise an die Notverordnungspolitik der Regierung Brüning am Ende der Weimarer Republik.

Was machen die Gewerkschaften?

In der *Arsti* wird seit mehreren Jahren beschrieben, wie die Gewerkschaften von Jahr zu Jahr stärker in die Defensive geraten. Das geschieht zum einen durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die die Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften objektiv schwächt und ihnen wie Bleigewichte an den Beinen hängt. Von der Heftigkeit der neoliberalen Angriffe der Kapitalisten und ihrer Politiker überrascht, haben sie bislang

noch keine Antwort auf den Generalangriff des Kapitals gefunden. Andererseits liegt das aber auch zu einem beträchtlichen Teil an der inneren Verfasstheit der Gewerkschaften. Die historische Verbundenheit mit der Sozialdemokratie besteht bei den Gewerkschaftsspitzen, mehr oder weniger ausgeprägt, nach wie vor. Das, obwohl sich die Politik der Bundesregierung mit ihrer Agenda 2010 und den Hartzgesetzen gegen die eigene Mitgliedschaft richtet und die Zukunft der Gewerkschaften in der jetzigen Stärke in Frage stellt.

Gegen die Politik der Schröderregierung wird zwar von DGB und



den Einzelgewerkschaften protestiert, aber der Protest erscheint in der Öffentlichkeit halbherzig und zaudernd. Die Werk tätigen nehmen den Gewerkschaften die Opposition zur Regierung auch nicht ab, haben sie doch in den zurückliegenden Wahlkämpfen die Sozialdemokratie, auch finanziell, massiv unterstützt. So büßen die Gewerkschaften vermehrt an Glaubwürdigkeit in der Mitgliedschaft ein, die ihnen nicht mehr richtig zutraut, in Zukunft die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbindlich zu regeln. Von ihren Gegnern bekommen die Gewerkschaften mit System den Stempel des „Verlierers“ aufgedrückt, den sie durch ihr politisches Handeln auch nicht wieder entfernen können. Die Folge ist katastrophal. Trotz immenser Anstrengungen verlieren alle Gewerkschaften gleicher-

maßen an Mitgliedern. Auch das ist ein Teufelskreis. Weniger Mitglieder heißt weniger gewerkschaftliche Durchsetzungskraft. Wird weniger durchgesetzt, bedeutet das weniger Mitglieder.

Wirklichen Widerstand gegen die Politik von Kapital und Regierung ist man in den Gewerkschaftsvorständen nicht bereit zu entwickeln. Hierzu ein Beispiel: Bei der Großdemonstration gegen Sozialabbau am 3. April in Berlin geißelte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer heftig den Sozialabbau der Bundesregierung. Vollmundig kündigte er vor 250.000 Menschen an, daß, sollten die unsocialen Maßnahmen nicht zurückgenommen werden, es zu einem heißen Herbst kommen würde. Als jetzt am 2. Oktober von den Initiatoren der Montagsdemos zur Demo in Berlin aufgerufen wurde, hielt man sich beim DGB und den Einzelgewerkschaften vornehm zurück. Ihre Alternative ist ein sogenanntes Arbeitnehmerbegehren, in dem von Schröder und Co. eine alternative Politik gefordert wird. Die Beteiligung an dem Arbeitnehmerbegehren ist allerdings so niedrig, daß man bislang nicht bereit war, Zahlen über einen Zwischenstand der Aktion zu veröffentlichen. Das ist also der heiße Herbst!

Neben der traditionellen Bindung an die Sozialdemokratie verstehen die Gewerkschaftsführungen ihre Organisationen als staatstragend. Das wird gerade jetzt, wo die Kapitalisten den Sozialstaat sturmreif schießen, besonders deutlich. Während das Kapital rücksichtslos und konsequent die eigenen Interessen, und nichts anderes, durchsetzt, wägen DGB und die Gewerkschaftsvorstände ab, wie weit man mit der oppositionellen Haltung zur Schröderregierung gehen kann. Schön kommt das in dem Satz zum Ausdruck, daß man keine andere Regierung, sondern eine andere Politik wolle. Eine solche Haltung beeindruckt natürlich den Basta-Kanzler überhaupt nicht. Er macht keine andere Politik. Das würden alleine schon Rogowski, Hundt und wie sie sonst noch heißen, nicht zulassen.

Würde man aber wirklich eine andere Politik wollen, käme man an einem Regierungssturz nicht vorbei, dann müsste man genau darauf hin-

arbeiten. Das aber ist außerhalb der Vorstellungsmöglichkeit der Gewerkschaftsführungen. Dazu waren sie nicht bei der Regierung Kohl bereit. Noch weniger sind sie dazu bereit bei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

Die Konsequenzen eines solchen möglichen politischen Schrittes ist den Gewerkschaftsspitzen natürlich klar. Würden sie einen solchen Weg beschreiten, würde dies das Ende einer lang gepflegten Sozialpartnerschaft mit den Kapitalisten bedeuten. Das gälte für die Arbeit in den Betrieben und in der Zusammenarbeit im Staat. Daß das Kapital diese Sozialpartnerschaft schon lange aufgekündigt hat, will man nicht zur Kenntnis nehmen. Lieber ignoriert man die sichtbare kapitalistische Realität und hofft auf bessere Zeiten. Daß diese aber nicht kommen, liegt an der Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die bereits heute in den Auseinandersetzungen bei Daimler-Chrysler, Opel und bei VW und den vor uns liegenden Tarifrunden des öffentlichen Dienstes sichtbar werden.

Unten gärt es

Die laufende Kapitaloffensive hinterlässt natürlich auch Spuren bei den Werktätigen. Es vergeht schließlich kein Tag, an dem von den einzelnen Kapitalisten, von Verbandsvertretern und Politikern nicht Forderungen aufgemacht werden, die alleine zu Lasten der arbeitenden Menschen gehen. Das beginnt bei Hartz IV, geht über die „Gesundheitsreform“, bis zu Eingriffen in bestehende Tarifverträge.

Seit den Zugeständnissen der IG Metall bei Siemens in der Arbeitszeitfrage und dem Vorstoß bei Daimler-Chrysler, der dem Vorstandsvorsitzenden Schrempp in den nächsten Jahren Einsparungen in Höhe von 500 Mio Euro bringt, wittert man auch in anderen Vorstandsetagen Morgenluft. Der Karstadt-„Beschäftigungspakt“ mit Ver.di, weckt bei anderen Handelsketten ebenfalls Begehrlichkeiten. Immerhin kommt es dort, wie bei Daimler-Chrysler zu Einsparungen in Höhe von 500 Mio Euro. Das sind Einsparungen, welche alleine die

Beschäftigten durch die Verschlechterung ihrer Tarifverträge erbringen. Es darf deshalb nicht verwundern, wenn die Karstadt-Konkurrenz dieses Zugeständnis ebenfalls will.

Forderungen nach Verschlechterungen der Tarifverträge werden inzwischen in allen Branchen durch die Unternehmer auf die Tagesordnung gesetzt. So gibt es inzwischen keinen Gewerkschaftsbezirk, keine gewerkschaftliche Verwaltungsstelle mehr, in der es nicht mehrere Betrie-



be gibt, die die Arbeitszeit auf 40 oder mehr Wochenstunden heraufsetzen wollen. Es wird in den Betrieben zunehmend an der Leistungsschraube gedreht, d.h. Akkord- bzw. Prämiensätze werden verschlechtert, was einer Lohnsenkung gleichkommt. Es werden offen weniger Urlaubstage gefordert. In vielen Betrieben steht die Forderung nach der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. In vielen Fällen bleibt es nicht nur bei der Forderung. Betriebsräte und Belegschaften werden meist vor die Alternative gestellt: entweder ihr nehmt die Verschlechterung hin, oder wir verlagern die Produktion, schließen den Betrieb oder entlassen einen Teil der Belegschaft. Auch die Gewerkschaften beugen sich, wenn sich aus der Belegschaft kein Widerstand entwickeln lässt, der Erpressung des Kapitalisten. In einem sogenannten Härtefall werden dann die tariflichen Verschlechterungen festgehalten bei

gleichzeitiger Beschäftigungsgarantie für einen bestimmten Zeitraum. Was solche Garantien aber Wert sind, muss sich noch erweisen. Wenn tatsächlich tiefere Konjunkturerbrüche kommen, wird sich bei Daimler-Chrysler die hochgelobte Beschäftigungssicherung bis zum Jahr 2012 kaum halten lassen. Wenn gar nichts mehr geht, wird man sich erneut dem „Sachzwang“ beugen und zähneknirschend dem Personalabbau zustimmen, um den Betrieb zu „retten“.

Generell gilt, daß die Unternehmer bei jedem Angriff auf Belegschaften, mit Zugeständnissen seitens der Gewerkschaften, oder wenn Gewerkschaften nicht einbezogen werden, durch Betriebsräte und Belegschaften „belohnt“ werden.

Natürlich bleiben solche Erfahrungen nicht ohne Wirkung auf das Denken und Handeln der Werktätigen. Die Stimmung ist in den meisten Betrieben auf dem Nullpunkt, zumal der Umgangston ruppiger wird und Mobbing inzwischen zum betrieblichen Alltag gehört. Es ist unglaublich, wie in manchen Betrieben mit den Beschäftigten umgegangen wird. So werden zum Beispiel bei Infineon in Regensburg und Dresden Betriebsangehörige mit befristeten Arbeitsverträgen in Leiharbeitsfirmen gezwungen. Sie dürfen zwischen Nichtübernahme in ein festes Arbeitsverhältnis und der Beschäftigung bei einer Leiharbeitsfirma wählen. Der „Arbeitgeber Leihfirma“ setzt sie dann an dem alten Arbeitsplatz bei Infineon ein. Der Unterschied zwischen vorher und nachher liegt in der Lohnhöhe. Bei der Sklavenhalterfirma erhält der Werk tätige einen um 33 Prozent niedrigeren Lohn. Alleine in Dresden sind von dieser Politik rund 1000 Beschäftigte betroffen! Dabei sind solche Fälle wie Infineon nur die Spitze des Eisbergs. Ähnliche Vorfälle dieser Art ließen sich zur Genüge finden.

Es beginnt deshalb langsam zu gären. Allerdings noch nicht offen. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust und Existenzvernichtung überdecken noch den Wunsch nach offenem Aufbegehren. Doch manchmal bedarf es nur eines kleinen Anlasses, oder der eindeutigen Orientierung einer betrieblichen, bzw. gewerkschaftlichen

Interessenvertretung, daß dieser Wunsch nach Aufbegehren in offenen Widerstand umschlägt. Das hat die Kampfbereitschaft bei Daimler in Sindelfingen gezeigt und das zeigte sich bei dem Streik der Opel-Belegschaft in Bochum. Unabhängig vom Willen der betrieblichen und gewerkschaftlichen Führung hat dort die Belegschaft die Arbeit niedergelegt und kämpfte um ihre Arbeitsplätze in der einzigen Sprache die Kapitalisten wirklich verstehen.

Der Widerstand zeigt sich

Und das zeigte sich auch bei den Montagsdemonstrationen. Für viele kam der Widerstand auf den Straßen Ostdeutschlands völlig überraschend. Dazu noch Mitte August, also mitten in der Ferienzeit. Auslöser für die Bewegung, die zwischenzeitlich mehrere hunderttausend Menschen erfasste, war ein eigentlich belangloser Vorgang. Der Impuls, der den Protest auslöste, war das Verschicken der Fragebögen für das Alg II durch die Arbeitsagenturen.

Organisiert wurden und werden die Aktionen von einzelnen Betroffenen, örtlichen Bündnissen gegen Sozialabbau und/oder örtlichen Gewerkschaftsorganisationen aus dem Umfeld von Ver.di und IG Metall. Diese Initiativen hatten bereits Ende des Jahres 2003 versucht, mit dem Protest gegen den Sozialabbau an die Montagsdemonstrationen der Vorwende- und Wendezeit anzuknüpfen. Die Erfolge waren damals mehr als bescheiden. Offensichtlich war die soziale Bedrohung für viele Erwerbslose noch nicht genügend konkret. Mit dem Versand der Fragebögen änderte sich das schlagartig. Plötzlich war die Bereitschaft da, gegen Hartz IV auf die Straße zu gehen. Gefördert wurde die Bewegung durch die Medien. Offensichtlich wollte man der Schröderregierung schaden. Auch das anfängliche Verhalten von CDU und FDP entsprang diesem Motiv. Beide taten so, als hätten sie mit dem Sozialabbau nichts am Hut. Der sächsische Ministerpräsident Milbradt ließ sogar verkünden, daß er an der Montagsdemo in Zittau teilnehmen wolle. Die FDP klebte, Sachsen befand sich zu dem Zeitpunkt im Landtagswahlkampf, Pla-

kate mit der Aufschrift „Herz statt Hartz“. Die Taktik ging bei beiden Parteien nicht auf. Der anbietende Opportunismus wurde von den Menschen durchaus erkannt. Milbradt schickte zum Test seinen ehemaligen Innenminister Eggert auf die Montagsdemo nach Zittau. Für Eggert, der aus Zittau stammt, eigentlich ein Heimspiel. Doch dieses mal war es anders. Was er erntete war ein Pfeifkonzert und Eierwürfe. Entsprechend war das Presseecho. Also ließ Milbradt seine Gegnerschaft gegen Hartz IV fallen und reihte sich wieder in die Reihen der Befürworter der „Sozialreformen“ ein.

Die Demonstrationen entwickelten sich gut. In den ersten vier Wochen stiegen die Teilnehmerzahlen von Mal zu Mal. Sie zeigten auch politische Wirkung. Man konnte deutlich wahrnehmen, wie die Bundesregierung nervös wurde. Feststellbar war das an den minimalen Zugeständnissen, die sie zu Hartz IV machte.

Ab Mitte September gab es allerdings ein Stagnieren der Teilnehmerzahlen. In manchen Orten waren sie sogar rückläufig. Daß die Luft aus der Bewegung raus war, zeigte auch die bundesweite Demonstration in Berlin. Erhofft hatten sich die Organisatoren mehr als 100.000 Teilnehmer. Es kamen aber, nimmt man die Schätzung der Organisatoren, lediglich 70.000. Seither nimmt die Zahl weiter ab. In den größeren Städten Ostdeutschlands beschränken sich inzwischen die Teilnehmerzahlen auf einen harten Kern von rund 500 Demonstranten.

Die Montagsdemos setzten sich überwiegend aus Erwerbslosen zusammen. Es war das erste Mal seit Bestehen der Massenarbeitslosigkeit, daß Erwerbslose selbst in dieser Weise aktiv wurden und ihren Protest auf die Straße trugen. Darin lag aber zugleich auch die Schwäche der Bewegung. Sie konzentrierte sich lediglich auf einen Punkt. Nämlich auf die Forderung: Hartz IV muss weg. Dadurch reduzierte sie sich selbst auf eine Bewegung der Erwerbslosen, die andere, vom Sozialabbau und von neoliberalen Angriffen Betroffene, nicht einbezog.

Da die Aktionen an die Montagsdemos von 1989 anknüpften, verbanden viele Demonstranten ihre Er-

wartungen von heute mit den Erfahrungen von 1989. Es war damals so, daß im September und Oktober die Teilnehmerzahlen von Montag zu Montag gewaltig anstiegen. Da die SED aus dem Kessel Druck ablassen wollte, machte sie nach jeder Demo, zum Teil weitgehende, Zugeständnisse. Das bewirkte jedoch das Gegenteil. Die Demonstrationen wurden größer und umfassender und endeten in dem bekannten Ergebnis.

Viele Anti-Hartz IV-Demonstranten glaubten bei Beginn der Montagsdemos ernsthaft, daß es auch im

Anzeige

HINTERGRUND

Zeitschrift für kritische
Gesellschaftstheorie und Politik

Themenschwerpunkte:

Analyse des Gegenwartskapitalismus
Perspektiven der Linkskräfte in der
Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa
Entwicklungslinien kritischer Gesellschafts-
und Subjektwissenschaft

Inhalte der letzten Ausgaben:

Hartmut **KRAUSS**
„Herrschaft“ als zentraler Problemgegenstand
kritisch-emanzipatorischer Gesellschaftstheorie

Reinhard **JELLEN**
Jürgen Habermas -
Die postnationale Konstellation

Barbara **GALAKTIONOW**
Marx und die Frage der Gerechtigkeit

Willi R. **GETTÉL**
Sozialreformistischer Wiederbelebungsversuch

REDAKTION
Der „Kopftuchstreit“ als diskursives Chaos und
Ablenkungsmanöver

Horst **MÜLLER**
Theoretische Wurzeln und Arbeitsaufgaben des
Praxiskonzepts

Wolfdietrich **SCHMIED-KOWARZIK**
Marx als Denker im Zeitalter des Post-
Kommunismus

REZENSIONEN, z. B.:
BMI: Islamismus. Texte zur Inneren Sicherheit
Eric Hobsbawm: Gefährlich Zeiten. Ein Leben
im 20. Jahrhundert

Der **HINTERGRUND** erscheint 4x im Jahr - ca. 60 S.
Einzelheft: 2,60 EUR, Jahresabo incl. (Inland-)Porto:
13,60 EUR. Bestellungen bitte an: **HINTERGRUND-**
Redaktion; Zum Rott 24, 49078 Osnabrück.
☎ (05 41) 44 42 29 • FAX (05 41) 44 53 73 • Email:
H-Krauss@t-online.de. Wir liefern gerne ein Probe-
heft und/oder ein Verzeichnis aller bisher erschienenen
HINTERGRUND-Ausgaben.

Jahr 2004 so laufen könnte wie 1989. Das aber war reines Wunschdenken.

Fakt ist, daß selbst zum Höhepunkt der Bewegung maximal 10 Prozent der ostdeutschen Erwerbslosen auf der Straße waren.

Des weiteren lässt sich die Situation in der DDR 1989 in keiner Weise mit der Situation der BRD heute vergleichen. Obwohl es Destabilisierungsanzeichen gibt, ist dieser Staat nach wie vor, sowohl ökonomisch wie auch ideologisch, ungeheuer stabil. Das ist genau der Unterschied zur DDR 1989. Sie war ökonomisch und ideologisch so ausgehöhlt, daß es nur weniger Schläge bedurfte, um sie in sich zusammenbrechen zu lassen.

Um die Schröderregierung, sowie die anderen neoliberalen Parteien wirklich unter Druck zu setzen und zu einem Politikwechsel zu bringen, hätte es einer generellen Bewegung in der ganzen BRD bedurft. Das heißt, sie hätte auch den Westen in nennenswertem Umfang erfassen müssen und vor allem in die Betriebe getragen werden müssen.

Auf örtlicher Ebene gab es durchaus Versuche die Erwerbslosenbewegung mit einer Bewegung aus den Betrieben zu verbinden. Sie war aber abhängig vom Engagement einzelner Funktionäre, sowohl aus dem hauptamtlichen Bereich, wie auch aus dem Bereich der Vertrauensleute und Betriebsräte. Damit musste der Versuch erfolglos bleiben. Der DGB und

die Spitzen der Einzelgewerkschaften wollten sich nicht ernsthaft in die Bewegung, aus den oben genannten Gründen, einklinken. Man sprach sich halbherzig für die Unterstützung



der Montagsdemos aus und behinderte auch örtliches gewerkschaftliches Engagement in den einzelnen Initiativen nicht. Auf der anderen Seite gab es die Erklärung des DGB, daß der Bundesvorstand nicht zur Teilnahme an den Aktionen aufrufen werde. In der gleichen Erklärung wird vor „politischen Extremisten“ gewarnt und man drückte die Sorge aus, daß Gewerkschafter unter brau-

nen Parolen demonstrieren könnten. Man solle sich deshalb die Teilnahme an den Aktionen gut überlegen.

Das ganze Verhalten – dieses sowohl als auch – des DGB und der Einzelgewerkschaften war pure Heuchelei, mit der die Gewerkschaftsspitzen ihr Nichtstun kaschierten.

Das Nichtstun, den Karren so weiter so laufen zu lassen, wie er jetzt gerade läuft, ist eine verantwortungslose Politik gegenüber der Mitgliedschaft und der Arbeiterklasse. Eine gesamtdeutsche Bewegung unter Einschluss der Werk-tätigen in den Betrieben wäre möglich gewesen. Allerdings hätte man dazu Führung zeigen müssen und Position - vor allem auch gegen die Sozialdemokratie - beziehen müssen. Hätte man den Schritt gewagt, wäre die Bewegung zustande gekommen. Das hätte bedeutet, daß die Gewerkschaften vom Druck unter dem sie stehen, befreit worden wären und sie einige Probleme weniger gehabt hätten. Das hätte die Gewerkschaften auch durch Mitgliederzuwachs gestärkt. Die Werk-tätigen hätten wieder eine Orientierung zum Handeln bekommen und die Bereitschaft wäre gewachsen, für die eigenen Interessen zu kämpfen.

Die Kapitalisten wissen sehr gut, wann sie angreifen können und wann es besser ist, erst einmal ruhig zu sein. Diese Chance hat man beim DGB und seinen Gewerkschaften vertan. Durch Nichtstun und durch nicht wollen! Mit einer solchen Politik gehen aber die gewerkschaftlichen Organisationen vor die Hunde.

Die Gewerkschaften haben keine Wahl. Dem Generalangriff der Kapitalisten und ihrer Handlanger muss der Widerstand der Beschäftigten und der Erwerbslosen entgegengesetzt werden. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, diesen Widerstand zu organisieren. Tun sie das nicht, werden sie in der Bedeutungslosigkeit versinken. Vermutlich werden die Montagsdemos im Januar, wenn für alle Erwerbslosen das ALG II wirklich spürbar wird, die Proteste erneut ausbrechen. Das wäre dann eine weitere Chance. Man darf bei den Gewerkschaftsspitzen nur nicht davon ausgehen, daß sich diese beliebig oft wiederholen.

Anzeige

Jakob Moneta wird 90!



JAKOB MONETA
SOLIDARITÄT
im Zeitalter des Skeptizismus
Kolumnen aus drei Jahrzehnten

SoZ

SOLIDARITÄT im Zeitalter des Skeptizismus

Kolumnen aus drei Jahrzehnten

Broschüre • 80 Seiten • 3 Euro

Bestellung an (gegen Vorkasse)

SoZ-Verlag • Dasselstr. 75-77 • 50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 • Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de • www.soz-plus.de

19. 10. 2004

Eine neue Partei – aber keine „Linkspartei“ – oder doch?

Dem grundsätzlichen Verständnis unserer Gruppe nach sollte bei unserer Betrachtung des Themas m.E. als zentraler Punkt die

Frage stehen: *Nützt oder schadet eine neue reformistische Partei bei der langfristigen Herausbildung von Klassenbewußtsein?*

Zur Begriffsklärung vorweg: „Reformismus“ bedeutete ursprünglich: durch friedliche Reformen zum Sozialismus. Das war der Kern der SPD-Politik im späten Kaiserreich und der frühen Weimarer Zeit. Heute hat sich eingebürgert, daß man unter „Reformismus“ eine Politik der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen durch Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems versteht. Um letzteres geht es also.

Zur Anregung der Diskussion möchte ich einige Überlegungen und einige Fakten einbringen. Im übrigen verweise ich auf die beiden Artikel in der letzten *Arbeiterstimme* (Nr. 145), auf den von Manfred Behrend und jenen der „Gruppe Arbeiterpolitik“. Wir setzen damit die Diskussion um die beabsichtigte Gründung einer Partei fort, die aus der WASG, der Wählerinitiative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ entstehen soll, falls sich der Agenda-2010-Kurs der SPD bis dorthin nicht ändert. Letztere Begründung der WASG ist ja ziemlich naiv und wohl mehr ein Alibi gegenüber den bisherigen „Parteifreunden“. In unseren Artikeln und anderen Diskussionen kamen Meinungen zum Ausdruck, die nicht sehr weit auseinander lagen. Ich brauche diese Aussagen – vor allem wo sie den Bezug zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen und zur Gewerkschaftsbewegung herstellen – nicht mehr zu wiederholen.

Die Bestrebungen der nun vereinigten Wählerinitiativen liefen, obwohl eine Parteigründung offiziell immer offen gelassen wurde, zunehmend gezielter auf die Vorbereitung des Aufbaus von Parteistrukturen hinaus. Die WASG hat nun über 220



örtliche und regionale Gruppen und die Mitgliedsbeiträge sollen die 5.000 überschritten haben. Täglich kommen neue Beitrittsklärungen in der Fürther Geschäftsstelle bei Thomas Händel und Anny Heike an. Beide sind hauptamtliche IGM-Funktionäre. Der Fürther IGM-Bevollmächtigte Thomas Händel und der Schweinfurter IGM-Bevollmächtigte Klaus Ernst sind die organisatorischen Köpfe der Wählerinitiative. Die Vorstandsrige besteht aus 14 Personen, darunter sind vier Vorsitzende. Klaus Ernst, ein glänzender Rhetoriker, wurde zum Geschäftsführer bestellt. Es gibt einen wöchentlichen Rundbrief, wobei die Kommunikation vor allem über das Internet erfolgt. Ende März wurde z.B. über 192.000 Homepage-Zugriffe und 1.200 Fax-Interessierter berichtet. Im Lauf des Jahres wurden mehrere Konferenzen abgehalten. Der Kongreß im Sommer in Berlin hatte ca. 700 Teilnehmer, vorwiegend Ältere und wenige Frauen. Ein beträchtlicher Teil der AktivistInnen seien neue Leute, so wird berichtet, auch wenn sie meist SPD- oder Gewerkschaftsmitglieder und den Lohn- und Gehaltsabhängigen zuzurechnen sind. Dem Führungskreis gehören hauptamtliche Funktionäre der IGM, von ver.di, in Berlin

von der IG Bau an sowie Leute um die Zeitschrift „Sozialismus“, mit Joachim Bischoff an der Spitze, ferner von attac usw. Dazu gehören Wirtschaftswissenschaftler, die als Keynesianer bekannt sind, wie Professor Schui. In Bayern sind von Anfang an fünf IG Metall-Chefs dabei, darunter der 1. Bevollmächtigte der IGM-Nürnberg und Mitglied des IGM-Bundesvorstandes Gerd Lobodda. Aus Düsseldorf ist der IGM-Sekretär Aydin dabei, aus

Kaiserslautern IGM-Bevollmächtigter A. Ulrich, aus Dortmund ver.di-Sekretär Ralf Krämer, aus Emden der DGB-Vorsitzende Goldschmidt, ferner der jahrzehntelange Vorsitzende des DGB Hessen, Dieter Hooge. Als Mitglieder oder nahestehend werden namhafte Gewerkschaftsführer genannt, wie Detlev Hensche, der kürzlich in Fürth sprach, Bernd Riexinger, Schmidthener und, man schließe die Augen, – auch vom abgehalfterten Steinkühler wird gesprochen...

Gibt es auch keinen relevanten Drang nach einer neuen Partei aus den Betrieben, so haben doch viele in der WASG engagierte Gewerkschaftsfunktionäre eine gewisse Anhängerschaft und Einfluß in ihrem Bereich. Ein Beispiel gab es in Nürnberg, als es Gerd Lobodda – trotz der Zurückhaltung auch in der hiesigen IGM – gelang, ca. 200 Funktionäre bei einer Lafontaine-Veranstaltung zu versammeln, die ihrem Oskar lebhaft Beifall zollten. In Bayern hat die Mitgliederzahl die 700 schon überschritten, in Niedersachsen sind es erst 450.

Gewerkschaftsvorstände (mit SPD-Parteibuch), auch die der IGM, hatten kürzlich einem wütenden Kanzler versichert, daß von ihren Organisationen keine Unterstützung zur Gründung einer Konkurrenzpar-

tei ausginge. Das sei auch mit der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften nicht vereinbar. Wie sich Funktionäre politisch engagierten, sei deren private Angelegenheit. In der Realität ist jedoch nicht zu übersehen, daß von den Apparaten aus die WASG-Aktivitäten zumindest geduldet, wenn nicht indirekt unterstützt werden. Manche Gewerkschaftsbosse könnten mit dem Gedanken spielen, die SPD so doch noch etwas unter Druck setzen zu können. Eigentlich sollten sie längst erkannt haben, daß auch das Manöver Münterfering den SPD-Kurs inhaltlich überhaupt nicht geändert hat.

Von den Aufbaugerüsten her könnte die neue Partei starten.

Zu den Erfolgsaussichten einer entstehenden reformistischen Partei gibt es unterschiedliche Umfrageergebnisse, die natürlich nur von hier und heute ausgehen können und bei denen es auf die Fragestellung ankommt. Bis 2006 ist es noch lang. Die 18 % von Forsa gehören wohl in das Reich der Fabel.

Man braucht nur an die Propagandaschlacht denken, die uns im Jahr 2006 heimsuchen wird. Abgesehen vom

inhaltlichen wird die neue Partei nicht mal in Mikrogröße jene Geldsummen aufbringen können, die die etablierten Parteien zur Verfügung haben. Sie hätte nicht einmal die finanziellen Möglichkeiten, die die PDS noch hat. Bei der politischen Einstellung der Medien – Fernsehen und Zeitungen – weiß man schon heute, daß es ihr ähnlich wie der PDS im Westen ergehen wird: entweder man schweigt sie tot oder berichtet nur Negatives. Nach einem „Spiegel“-Bericht sollen 5 % der Wähler bereit sein, einer solchen neuen Partei ihre Stimme zu geben. Das wäre schon

kommen, wäre wirklich illusionär. Die etablierten Parteien werden bis 2006 nicht untätig sein. Das zeigt auch der Ausspruch von Klaus Ernst: „Daß wir nur dann bundesweit antreten, wenn wir reale Chancen haben, hinzukommen.“ Es gehe darum, durch die Kandidatur nicht den Rechtskräften von Union und FDP zur Regierung zu verhelfen, ist die Argumentation. Eine taktische Entscheidung ist also unumgänglich. Die PDS-Strategen Bisky und André Brie haben schon einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Demnach soll die PDS nur im Osten kandidieren, die

neue reformistische Partei nur im Westen. Eine Listenverbindung (wo unklar ist, wie das überhaupt gehen soll) soll die Stimmen vereinen, um die 5 %-Sperrklausel zu überwinden. Die WASG hat durch ihren Sprecher Peter Maier sofort abgelehnt. Schon in der ersten Gründungsphase hatte sie sich von der PDS distanziert: „Die PDS hat sich mit ihren Regierungsbeteiligungen in Berlin und Schwerin völlig desavouiert.“



viel und würde voraussetzen, daß Oskar Lafontaine tatsächlich einsteigt, um auch die populistische Flanke abzudecken.

Die SPD, die 1999 noch 919.000 Mitglieder hatte, ist nun auf 630.000 gesunken und die Absetzbewegung geht weiter. Bei der letzten Bundestagswahl haben 18 Millionen SPD gewählt, bei der Europawahl nur noch 5 Millionen. Es ist aber eine alte Erfahrung, daß der Niedergang einer Partei nur zu einem geringen Teil einer alternativ sein wollenden Neugruppierung zugute kommt.

Treten PDS und die neue reformistische Partei bei der Bundestagswahl getrennt an, werden beide wahrscheinlich an der 5 %-Hürde scheitern. WASG-Sprecher Ernst meinte zwar: „Gegenwärtig werden wir bei 11 % gelistet.“ Wir wissen nicht, ist das Zweckoptimismus, oder war kurze Zeit eine solche Stimmung in der Bevölkerung, also vorübergehend, tatsächlich da. Darauf zu bauen, getrennt über die 5 %-Hürde zu

NRW-Landeskoordinator Gewerkschaftssekretär Hüseyin Adin betonte erst kürzlich, daß eine Kooperation mit der PDS „nicht in Frage kommt“. Bundesgeschäftsführer Ernst war schon vorsichtiger: die von Bisky und Brie aufgeworfenen Fragen stellten sich derzeit nicht. Die behauptete politische Unterscheidung zur PDS könnte dann problematisch für die neue Partei werden, wenn sie Erfolg hat. Dann wäre sie in ähnlicher Versuchung und in einer ähnlichen Zwickmühle wie die PDS jetzt schon. Die WASG tritt gegen die Politik des „kleineren Übels“ auf – und nimmt nun schon im Anfangsstadium taktische Rücksichten auf die SPD, um nicht den Rechtsparteien den Weg in die Landesregierungen frei zu machen. Bei der großen Schwäche der Linken bleibt ja manchmal tatsächlich nichts anderes übrig als eine „Politik des kleineren Übels“, will sie nicht auf jede Einflußmöglichkeit im beschissenen Hier und Jetzt verzichten. Unverzichtbare Voraussetzung ist,

Anzeige



61

Niemand kann sie zählen: Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben. „Ohne Papiere“ meint, dass sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben. Es sind Männer, Frauen und Kinder, und es sind Hunderttausende.



Ohne Papiere in Deutschland

- Rahmenbedingungen
- Lebenssituation von Papierlosen in Deutschland
- Forderungen zur Verbesserung der Situation von Papierlosen
- Beratung, Unterstützung und Hilfe

48 Seiten, Mai 2003, 2 Euro

Magazin Verlag
Schweffelstr. 6, 24118 Kiel

die Grenze zum Opportunismus dabei nicht zu überschreiten, wie es die PDS getan hat und damit unglaubwürdig wurde.

Mittlerweile steht nun soviel wie fest: Am 20.11.2004 wird in der Bundesrepublik eine neue Partei auf der Linken das Licht der Welt erblicken. Doch geplant ist keine Linkssozialistische Partei, das wird ganz klar von den Initiatoren abgelehnt. Die Hauptströmung hat die Tendenz zur Wiedererrichtung der alten Sozialdemokratie, nur mit noch flacherer politischen Tendenz. Geißler, Blüm und andere vom „Arbeitnehmerflügel“ der CDU werden als Wunschkandidaten genannt.

Wer dem rein parlamentarischen Denken im Rahmen der bürgerlichen Demokratie verhaftet ist, wird der These zustimmen, daß aufgrund des Vertrauensverlustes der Berliner Parteien und infolge des Niedergangs der neoliberalen SPD im deutschen Parteienspektrum eine Lücke frei geworden ist. Nimmt man als Maßstab die Veränderung des Klassenverhältnisses, so ist weit und breit keine Grundlage für eine Neuformierung von Lohnabhängigen festzustellen. Im Gegenteil: Die Arbeiterbewegung ist nicht im Aufschwung, sondern in einer Phase erschreckenden Niedergangs und das Klassenbewußtsein zeigt einen Tiefstand in Deutschland, der ohnegleichen in der jüngeren Geschichte ist.

Die Parteigründer haben das erkannt und glauben nur dann Erfolg zu haben, wenn sie sich diesem Tiefstand anpassen und sich bewußt beschränken auf die angeblichen Möglichkeiten innerhalb des kapitalistischen Systems, die sozialen Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, den Sozialabbau zu bremsen. Daß der Neoliberalismus zu den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems gehört, da die Globalisierung der Produktion und des Marktes den Notwendigkeiten einer explosionsartigen Entwicklung der Produktivkräfte entspricht, also der Massenproduktion der multinationalen Konzerne, bleibt bei diesen Parteineugrüdern außen vor, obwohl die meisten ihrer führenden Leute dies durchaus wissen. Doch die Illusion über eventuellen parlamentarischen Einfluß trifft sich, wie es scheint, mit dem Mut

der Verzweiflung, der Ohnmacht der Linken damit ein Stück zu entkommen. Da ihre potentiellen Anhänger kein Verständnis haben, daß die Wurzel allen Übels im kapitalistischen System selbst liegt, verleugnet man, um sie als Wähler zu gewinnen, die eigenen Erkenntnisse. Die Enthüllung der Ursachen wird zurückgestellt. So ist es kein Zufall, daß die Gesellschaftskritik ebenso fehlt wie eine weltanschauliche Bindung. So glaubt die WASG, die zu gründende Partei könne mit der Mobilisierung gegen die Folgen des Kapitalismus, der in seiner Weiterentwicklung Menschen und Natur verwüstet, politisch voran kommen. Und das angesichts nicht endender Offensiven des Kapitals gegen die Massen der Lohnabhängigen, des täglichen Terrors und der Erpressung durch die Kapitalistenklasse, die nun alle Dämme zu sprengen droht.

Nachdem die Menschen auch in unserem Land unter dem Druck von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und sozialer Unsicherheit wieder mehr vom „Kapitalismus“ reden, sogar vom „Raubtierkapitalismus“, wobei auch dieses Profitsystem Stück um Stück kenntlicher wird, kann es doch nicht Aufgabe von Linken sein, den inhumanen kriegs- und krisenhaften Charakter dieses Systems zu vertuschen. Vielmehr sollten die Ansätze genutzt werden, diesen bloßzustellen und den Sozialismus als Alternative wieder ins Spiel zu bringen, so schwer das gegenwärtig noch ist. Indem man das System nicht angreift, stützt man - objektiv gesehen - dieses System. Wenn man den Weg rückwärts weist zur traditionellen SPD (für deren Konsenspolitik die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Grundlagen verschwunden sind), so verzichtet man von vornherein auf eine Kritik der Geschichte und des Wesens der Sozialdemokratie. Man wird dann das Verständnis über den Systemcharakter der SPD verbauen. Man wird dann keine Klarheit bekommen, warum sie im I. Weltkrieg den Kriegskrediten zustimmte, warum Hitlers außenpolitischer Erklärung 1933, warum sie kampfflos kapitulierte und ihre Gewerkschaftsführer sogar zur Beteiligung an den Nazi-Aufmärschen am 1. Mai aufriefen. Ohne grundlegenden Selbstkritik schleppen die SPD-

Rebellen dann ihr falsches Geschichtsbewußtsein in die neue Partei, die sie damit prägen.

Um es sich mit dem Gewerkschaftsapparat nicht zu verderben, ist auch von einer Generalkritik an den Gewerkschaften nichts zu vernehmen. Hätte die WASG doch gerade jetzt Anlaß dazu, wo DGB-Chef Som-

Wahlergebnisse der Linken

PDS, PDS/Offene Liste

Aachen: 2,4%
 Bielefeld: 2,7%, 2 Sitze
 Bochum: 3,4%, 3 Sitze
 Bonn: 1,8%
 Dortmund: 2,8%
 Duisburg: 5,2%, 4 Sitze
 Düren: 3,3%, 2 Sitze
 Essen: 3,1%, 2 Sitze
 Gelsenkirchen: 3,2%, 2 Sitze
 Hagen: 2,6%, 2 Sitze
 Herne: 3,4%, 2 Sitze
 Köln: 3,0%, 3 Sitze
 Münster: 1,5%, 1 Sitz
 Oberhausen: 6%, 4 Sitze
 Recklinghausen: 3,5%, 2 Sitze
 Velbert: 4,3%, 2 Sitze
 Witten: 2,1%, 1 Sitz
 Wuppertal: 3,6%, 3 Sitze

MLPD

Bergkamen: 4,3%, 2 Sitze
 Essen: 0,8%, 1 Sitz
 Gelsenkirchen: 3,0%, 2 Sitze
 Herten: 2,4%, 1 Sitz
 Leverkusen: 1,2%, 1 Sitz
 Mülheim: 2,8%, 2 Sitze
 Neukirchen-Vluyn: 5,3%, 2 Sitze
 Solingen: 2,7%, 2 Sitze
 Witten: 1,6%, 1 Sitz

Bündnislisten

Düsseldorf, PDS/Linke Liste: 2,9%, 2 Sitze
 Köln, Gemeinsam gegen Sozialraub: 0,6%, 1 Sitz
 Marl, Alternative Liste: 3,4%, 1 Sitz
 Paderborn, Demokratische Initiative: 3,7%
 Ratingen, Rater Linke: 0,9%, 1 Sitz
 Recklinghausen, Liste »Basta!«: 1,5%, 1 Sitz

Andere

Aachen, SAV u. a., 0,7%, 1 Sitz
 Bochum, DKP u. a., 2,8%, 2 Sitze
 Bottrop, DKP: 6,5%, 4 Sitze
 Dortmund, DKP, 0,8%, 1 Sitz
 Essen, DKP: 0,8%, 1 Sitz
 Gladbeck, DKP, 2 Sitze
 Köln, ÖkoLi: 0,4%
 Wülfrath, Demokratische Linke: 16,8%, 6 Sitze

mer alles auf den Kopf stellt, als wären die Proteste und Aktionen der letzten Jahre ein Irrtum gewesen. Denn plötzlich heißt es: „Der DGB-Vorsitzende schließt nicht mehr aus, auch im Jahre 2006 zur Bundestagswahl eine Wahlempfehlung für Rot-Grün zu geben. Man wolle aber vorher prüfen, „wo die größten Schnittmengen da sind.“ Eine Rolle spiele, welche Wahlversprechen die Parteien gehalten hätten.“ (UZ) Da kann man nur noch sagen: Dreimal darf man raten...

Welchen Charakter bekommt die neue Partei?

Wer soviel Rücksicht nimmt wie die WASG, der kommt auch in die Gefahr, seine neue Partei Kräften zu öffnen, wie sie zum Teil auch in den Montagsdemonstrationen mit vorhanden waren. So wurde auch bekannt, der Hamburger WASG-Betreiber Bischoff hätte sich nicht gegen eine Einzelmitgliedschaft ehemaliger Schill-Leute ausgesprochen. Andererseits wurde in NRW vor „Sektierern“ gewarnt. Günter Blocks „Regionalgruppe Mühlheim“ warnte davor, Personen aus dem kommunistisch-trotzkistischen Spektrum wollten die Wahlinitiative unterwandern. In einer Erklärung der WASG hatte es geheißen: „Es geht weder um eine neue Linkspartei zwischen SPD und PDS, noch links von der SPD, sondern um etwas Neues, Anderes und Breiteres.“ (Das hatten wir einst doch schon von den Grünen gehört...) Die Partei dürfe nicht links sein, da viele Irregeleitete erst abgeholt werden müßten. In Rheinland-Pfalz wurde jetzt bei der Landesversammlung dieser Standpunkt untermauert. „Die WASG dürfe keine Linkspartei sein. Sie müsse sich zum Beispiel von DKP und PDS deutlich unterscheiden und Menschen und Schichten ansprechen, „die ein großes politisches Spektrum von Links über die politische Mitte bis hin zu ehemaligen CDU-Anhängern umfassen.“

Als programmatisches Ziel wird „die Erneuerung des Sozialstaates“ genannt. Thomas Händel dazu: „Wir brauchen ein Minimum an Programmik“ – also nur ein Minimum.

Der DKP-Parteivorstand begrüßte in einem Beschluß den von der

Wahlinitiative angestoßenen Prozeß....am 26.6.04. Der Schlußsatz lautet: „Deshalb muß eine Wahlalternative auch kapitalismuskritische und antikapitalistische Positionen und Kräfte einschließen.“ Jetzt wissen wir: sie „muß“. Hat denn der Parteivorstand der DKP verschlafen, daß die Macher der neuen Partei zwecks Wählerfangs bewußt eine politische Verflachung anstreben, unter Ausklammerung marxistischer Positionen und jeglicher weltanschaulicher Grundsätze? Wie sagte doch der WASG-Bundesgeschäftsführer Klaus Ernst: „Letztlich denken wir, daß wir



systemstabilisierend wirken.“ („Freitag“, 30.4.04)

Wer außer den Hauptpunkten (Kampf dem Sozialabbau) alles im Unklaren läßt, verwechselt Partei und Gewerkschaft und bekommt einen heterogenen Haufen. Kommen konkret die einzelnen politischen Problemfelder, wird es Streit, Fraktionierungen oder sogar Abspaltungen geben. Der Konflikt, der nun im Berliner Landesverband ausgebrochen ist, gibt bereits einen Vorgeschmack. Scheitert die neue Partei, werden Enttäuschungen der Linken allgemein den Rücken kehren. Wer aus den heute noch bestehenden schwachen linken Kadern dort mitmacht, hinterläßt eine Lücke, die kaum mehr geschlossen werden kann.

Den Marxismus zu verleugnen, das Wesen der Klassengesellschaft zu ignorieren, wie soll auf diese Weise in Sozialkämpfen Klassenbewußtsein entstehen?

Es genügt eben nicht, den Widerstand anzufachen. Ob Niederlage oder Erfolg, entscheidend wird sein, was der oder die Einzelne aus diesen Auseinandersetzungen an politi-

schen Lehren zieht. Bewußtsein muß nach wie vor in die Sozialkämpfe hineingetragen werden und das kann man nicht, wenn man die Ursachen dieses Herrschafts- und Ausbeutungssystems ebenso verschweigt wie die sozialistische Alternative. Kann denn eine solch eindimensional geplante Partei eine Anziehungskraft sein, die dem Aufschwung der Rechtsradikalen etwas entgegensetzen kann?

Lenin hatte einst zwischen zwei Arten von Reformismus unterschieden: Wirkliche Reformen hätten in der kapitalistischen Gesellschaft Doppelcharakter. Erkämpfte, selbsterrungene wären bewußtseinsfördernd. Nur daseinsverbessernde, zugestandene seien systemstabilisierend.

Nun, die neue Partei ist erst im Entstehen, wir dürfen das Ganze nicht statisch sehen und wir müssen abwarten, wie sie sich entwickelt. Doch, die Bedenken rechtzeitig zu äußern, ist unsere Aufgabe. Besonders, wenn starke gesellschaftliche Brüche auftreten und soziale Bewegungen entstehen, könnte sich die WASG, trotz Kopfgeburt, unter diesem Zustrom dynamisch wandeln. Einen Vorgeschmack, daß nicht alles so läuft, wie es sich die großen Taktierer ausgedacht hatten, gab die Mitgliederversammlung des 1.100 Mitglieder zählenden Landesverbandes NRW. Die 400 Anwesenden hörten zwar zu, als Klaus Ernst verkündete, man müsse „die Mitte des linken Zentrums“ gewinnen. Die Mehrzahl folgte aber der Führung nicht, als diese eine Beteiligung an den NRW-Landtagswahlen 2005 verhindern wollte, um der SPD nicht die zum regieren nötigen Stimmen wegzunehmen.

Wir müssen also die weiteren Entwicklungen dort abwarten und bleiben dabei: Wir beteiligen uns am Widerstand, müssen aber gleichzeitig politisch die Unzulänglichkeit und Systemgebundenheit von Abwehrmaßnahmen im bürgerlichen Rahmen anprangern und ihnen die Perspektive absprechen.

Am Selbstverständnis unserer Gruppe ändert sich durch die Gründung einer neuen reformistischen Partei nichts.

Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag

Die Führung der Partei des Demokratischen Sozialismus setzt ihren mit radikalen Phrasen kassierten Kurs zur Einordnung ins neoliberal-kapitalistische System fort und bejubelt den seit Juni 2004 wesentlich ohne eigenes Zutun erreichten Anstieg der Wähleranteile. Linksstehende Genossen sehen in dem Kurs die ent-



scheidende Ursache einer schwerwiegenden, möglicherweise tödlich verlaufenden Krise. Nächst Ingo Wagner, dessen Broschüre in der *Arsti* 144 vorgestellt wurde, zog am 21. 5. Winfried Wolf beim Begründen seines PDS-Austritts den Schluss, dies sei „nicht nur keine sozialistische Partei mehr“, sondern auch keine, „die denen, die auf eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft orientieren, eine politische Wirkungsmöglichkeit und eine politische Plattform bietet“. Er belegte das mit dem Abbau sozialistisch-demokratischer Positionen, der in den 90er Jahren begann, in die Wahlniederlage von 2002 mündete, den Putsch gegen den in Gera neugewählten Bundesvorstand nach sich zog und das nichtsozialistische Chemnitzer Programm zur Folge hatte. Wolf ging gleichzeitig auf das Versagen der Parteilinken ein, die, zersplittert und größtenteils aufs Dogma unbedingten Organisationserhalts fixiert, dem innerparteilichen Rechtstrend nicht erfolgreich wehren konnten.

Am 4. 4. 2004 erklärte der PDS-Kreisvorstand Bad Doberan (Mecklenburg-Vorpommern): „Die Duldung und Mitverantwortung unserer Partei am Sozialabbau ist mit unserem Anspruch ‚Sozial und solidarisch‘ einfach nicht mehr zu vereinbaren... Zur Zeit gibt es fast keine

Schicht der Gesellschaft, die wir mit unserer Landespolitik nicht verprellt haben. Lehrer, Schüler, Eltern, Verbände, Schiffbauer, Gewerkschafter, Erzieher und Rentner, alle fühlen sich betrogen und verraten.“ Vergebens beantragte der Vorstand einen Landesparteitag zur Beschlussfassung über eine neue Strategie, notfalls auch zum Ausstieg aus der Regierungskohalition.

Elf Mitglieder des SprecherInnen- und Koordinierungsrats des Geraer Dialogs/Sozialistischen Dialogs konstatierten Anfang Juli, die PDS sei „an einer entscheidenden (letzten) Weggabelung angekommen... Die oppositionelle Grundsubstanz der Partei befindet sich in Auflösung.“ Die „Reformmehrheit“ habe außer demotivierender Regierungspraxis nur Vorschläge anzubieten, für die es keine gesellschaftliche Grundlage gibt. Die innerparteiliche Macht liege nicht beim Bundesvorstand, sondern bei „Fürstentümern in den Ostprovinzen“, womit deren Landesvorstände gemeint sind. Eine Strukturkrise habe den Rückgang des Mitgliederbestands mitbewirkt, von dem inzwischen 60 Prozent über 65 Jahre alt sind. Eine Krise der politischen Kultur führte dazu, dass es in der Partei „keine widerständige Lebendigkeit“ mehr gibt und „das tote Deutsch des Reformismus gespro-

chen“ wird, das sich kaum noch von der Sprache der Herrschenden unterscheidet. Gleichwohl hoffen die Elf auf Selbstveränderung der Partei.

Ungewohnt deutlich wurde Ehrenvorsitzender Hans Modrow in seinem Mai/Juni 2004 verfassten Exposé „Zu den krisenhaften Erscheinungen in der PDS und den Wegen zu ihrer Überwin-

dung“. Er skizzierte die PDS-Aufstiegsphase bis in die 90er Jahre und Ursachen für die damals ausgebrochene Krise, zu denen Verletzungen von Grundprinzipien wie der Solidarität und Demokratie untereinander, die Entfremdung eines Teils der Führung von der Basis und der kraftraubende Streit um das – sachlich überflüssige – neue Parteiprogramm ebenso zählten wie Fehlleistungen von Führungskräften, darunter der Verzicht auf kritische Analysen des Tolerierungsmodells in Sachsen-Anhalt und der Schweriner wie Berliner Koalition, die beschämend unterwürfige Reaktion des Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Roland Claus auf Bushs Berlinbesuch und die Paralyse der Vorstandstätigkeit nach Gera. Der Bruch von Wahlversprechungen und die Teilhabe an der Versteufelung von DDR-Geschichte hätten viele Mitglieder und Sympathisanten enttäuscht. Als Wege zur Krisenüberwindung nannte Modrow die erneute Ausprägung der PDS als Ostpartei, klare Forderungen im Sinne der eigenen Programmatik an vorhandene Koalitionen, den Verzicht auf „Einheit und Geschlossenheit“ zugunsten des Pluralismus, die Stärkung des Bundesvorstands als Führungszentrum auch Landesverbänden und Fraktionen gegenüber, ein Informations- und Delegierungssys-

tem, das vor allem den Einfluss von unten sichert, und Stärkung des Charakters als antikapitalistische, linke, demokratisch-sozialistische Partei, die dann auch neue Mitglieder gewinnen könnte.

Fortsetzung verderblicher Anpassungspolitik

Fakten und Vorgänge belegen die Fortdauer der von Führungsspitze und Apparat forcierten, für die PDS als sozialistische Organisation verderblichen Politik. Im Januar 2004 enthüllte die Berlin-Lichtenberger PDS-Bürgermeisterin Emmerich gemeinsam mit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes BIRTHLER eine Gedenktafel an der ehemaligen MfS-Zentrale, welche die einstige SED-Herrschaft ausschließlich auf „politische Willkür, Terror und Überwachung“ zurückführt. In Schwerin wurde mit Billigung einer PDS-Beamtin die „Gedenkstätte für verdiente Kämpfer für Demokratie und Sozialismus“ abgerissen. Als Genossen am Berliner Karl-Liebknecht-Haus Plakate zu einer Veranstaltung mit der PDS-Kandidatin für die Europawahl Wagenknecht anbrachten, ließ die Leitung des Hauses sie entfernen. In der PDS-Wahlkampfzeitung wurde Konstantin Weckers Aussage getilgt, Sahra Wagenknecht und Tobias Pflüger seien glaub- und daher wahlwürdig. Sachsen-Anhalts Landtagsfraktion unter Petra Sitte votierte entgegen programmatischen Aussagen der Partei für Unterstützung der Gentechnik-Forschung. Die Ökologische Plattform bei der PDS stellte dazu fest, gentechnisch manipulierte Pflanzen breiteten sich unkontrollierbar aus, verursachten Allergien und könnten irreparable Umweltschäden zur Folge haben. Die These, man könne mit ihnen Hunger und Unterernährung überwinden, sei eine Werbelüge. Der Koordinierungsrat der Plattform konstatierte im ND vom 22. 3. zum Magdeburger Fraktionsvotum, es öffne „die Tore für die großen Konzerne, die... unsere Lebensgrundlagen zerstören“.

Bei der Präsentation seines Buches „Zukunft statt ‚Reformen‘ – Arbeit für alle“ erklärte dessen Autor, der Parteiideologe Dieter Klein, die PDS müsse lernen, „Notwendiges

mitzutragen“; dazu gehöre, dass Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnneinbußen nicht zu haben sei. Eine Umfrage unter Parlamentsangehörigen ergab, dass die Bereitschaft, Bürgern weitere Einschränkungen zuzumuten, unter Vertretern der PDS mit 58 Prozent sechs Prozent größer ist als bei der SPD. 23 Prozent der PDS-Parlamentarier sehen in Gewerkschaften den „Hauptbremsen auf dem Arbeitsmarkt“. 15 Prozent würden es unterstützen, wenn sich der Staat auf soziale Grundsicherungen beschränkte. Nach einer anderen Umfrage waren gegen die EU-Aufnahme der Türkei 47 Prozent der Unionsanhänger, 24 Prozent der FDP-, 17 bzw. 10 Prozent der SPD- und Grünen- und 30 Prozent der PDS-Anhänger. Wahrhaftig, die Besten der Partei sind in der alten BRD „angekommen“!

In Anwesenheit des Landesvorsitzenden Ralf Christoffers und der Spitzenkandidatin zur Landtagswahl Dagmar Enkelmann wurde am 12. 4. in Potsdam ein Landesverband der PDS-Jugend Berlin-Brandenburg aus der Taufe gehoben. Er ist entgegen der AG Junge GenossInnen und dem Jugendverband „solid“ direkt der Partei zugehörig, soll als „Kaderschmiede“ Führungskräfte heranbilden helfen und an Parlamenten, Schulen, Hochschulen, Jugendzentren und Stammtischen agieren. Der Verband bejaht die Länderfusion Brandenburg-Berlin, Renten erst ab 70 und den Abbau der Flächentarifverträge. Enkelmann bezeichnete ihn als Sauerstoff für die PDS, die ihn durch Teilung ihres Jugendfonds sofort zu bezuschussen begann. Der forsche, aus Frankfurt/Main stammende Vorsitzende Seibert schoss indes übers Ziel hinaus, als er für Schließung des in Lichtenberg gelegenen, ungemein populären Berliner Tierparks eintrat. 15 Jahre nach dem Ende der Mauer, so Seibert, müsse die PDS in der Lage sein, Altlasten aus der Zeit der Teilung zu beseitigen. Sollte ihr deshalb die Parteibasis auf Dach steigen, müssten deren Führer „einfach mal die Arschbacken zusammenknüpfen und entscheiden, was wichtiger ist“, nämlich der Berliner Stadthaushalt. Mit seinem Vorschlag folgte Seibert den Spuren Finanzsenator Sarrazins (SPD), der den Tierpark als „wahrscheinlich teuersten Zoo Deutschlands“ attackiert und

dessen Etat für 2004/05 um fast achtmal soviel Mittel wie den des Westberliner Zoologischen Gartens erleichtert hatte. Der katastrophalen Rückwirkungen einer Tierparkschließung auf die Wähler wegen wandten sich auch rechte PDS-Politiker und – Sympathisanten gegen Seiberts „Spiel mit dem Feuer“, weshalb der Verbandsvorsitzende sich zur Rücknahme seines Vorschlags gezwungen sah.

Der Kurs des sogenannten **rot-roten Senats von Berlin und seiner Koalitionsfraktionen** sorgte für neue Höhepunkte beim Begünstigen der Reichen und Mächtigen zu Lasten der Arbeitenden und Armen. Mit der Schlüsselübergabe an die European School of Management and Technology stellte der in solchen Fällen großzügige Senat am 4. 3. 2004 das ehemalige DDR-Staatsratsgebäude, zeitweilig auch Residenz zweier aufeinander folgender Bundeskanzler, für 65 Jahre unentgeltlich der deutschen Unternehmerelite zur Verfügung. 14 Tage später erzwangen SPD und PDS gegen sämtliche Oppositionsparteien das Ende der Berliner Symphoniker, eines seit Jahren auch im gesellschaftlichen Bereich aktiven exzellenten Klangkörpers, da sich dieser „nicht rechnet“. Ebenfalls am 18. 3. verabschiedete die Koalition den Doppelhaushalt 2004/05. Für ihn und seine Folgen sind Kürzungen am Blindengeld, Nachteile für Eltern mit Kindern, Schüler, Studierende, Frauen, Angestellte und Arbeiter kennzeichnend. Die Bezüge im öffentlichen Dienst verringern sich um 10, in einigen Bereichen um 30 Prozent. Die Armutsgrenze der Stadt steigt bis 2005 auf ein Viertel der Einwohner. Gleichzeitig nehmen infolge Teilprivatisierung die Wasserpreise zu. Fraktions- und Landesvorsitzender Stefan Liebich pries namens der PDS den Doppelhaushalt als „rot-rotes Meisterwerk“; seine Genossin Elke Breitenbach, einst HBV-Gewerkschafterin, feierte ihn als „sozial gerecht und ausbalanciert“.

Wissenschaftssenator Thomas Flierl (PDS) erlitt im Frühjahr aus unterschiedlichen Gründen zwei Niederlagen. Die erste durch den Regierenden Bürgermeister Wowereit (SPD), der ihn wegen seines Vorschlags einer versöhnlichen Geste gegenüber den beim Anschluss ge-

schassten DDR-Wissenschaftlern der Hauptstadt, darunter dem einzigen demokratisch gewählten Rektor in der Geschichte der Humboldt-Universität Heinrich Fink, abstrafte. Der PDS-Landesparteitag am 4. 4. fügte Flierl einen diesmal verdienten Misserfolg zu, indem er in Erinnerung an vorangegangene Studentenproteste die vom Senator geforderte Einführung von Studienkonten, d. h. des Einstiegs in Studiengebühren, zurückwies. Ein weiterer Landesparteitag am 16. 5. hatte zum Inhalt, die von Wirtschaftssenator Harald Wolf, Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters, vorgelegte schöngefärbte Halbzeitbilanz des Mitregierens in Berlin abzusegnen. Es ist bezeichnend für das niedrige politische Niveau der Landesverbandselite, dass Wolf hierfür und für die Behauptung, stets nur „den sozialen Zusammenhalt der Stadt im Blick“ gehabt zu haben, „in der Platz für alle sein soll, in Würde zu leben“, rundum Beifall fand. Kritische Anträge wurden unter dem Stichwort „Nichtbefassung“ zurückgewiesen. Die Kommunistische Plattform fand nicht alles in der Stadt in Ordnung, war aber gegen Rücktrittsforderungen an den Senat.

Eine Abfuhr wurde der PDS-Fraktion durch Michael Prütz von der Initiative „Volksbegehren Soziales Berlin“ zuteil, die außerparlamentarisch für einen grundlegenden Wandel hauptstädtischer Politik streitet. Er antwortete auf die Frage der Fraktion, was die Initiative mit ihren Forderungen nach Rücknahme der Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich sowie nach einem Stop der Privatisierung von Landesbetrieben im Sinn habe, ob nur die angeführten Beispiele gemeint seien, mit einem Offenen Brief des Inhalts: „Die explizit genannten Kürzungen stehen exemplarisch für eine unsoziale Senatspolitik. Wir teilen die Einschätzung der Berliner Wahlalternative, dass die Politik des Senats bereits jetzt bei großen Teilen der Berliner Bevölkerung jegliche Legitimation verloren hat... Ohne Entschuldigung Berlins über die in der Klage beim Bundesverfassungsgericht geforderten 35 Mrd. Euro hinaus, Über-

nahme teilungs- und haushaltsbedingter Sonderlasten... und einer für die Kommunal- und Landesfinanzen relevanten Kurskorrektur der Steuerpolitik des Bundes verbunden mit Zukunftsinvestitionen für Berlin und Ostdeutschland kann es keine nachhaltige Haushaltssanierung geben. Wer trotzdem weiterkürzt, verharrt in einer beschränkt kameralistischen Sicht, betreibt Sozialraub auf Kosten der Bevölkerung und schädigt zugleich die Zukunftsfähigkeit des Standorts Berlin. Daher lehnen wir jegliche Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich ab.“ Prütz listete markante Einzelfälle auf, vor allem solche, in denen PDS-Größen wie Ex-Wirtschaftssenator Gysi gegen die Interessen Berlins verstießen. Seinen Brief beendete er mit den Worten: „Die Privatisierung öffentlichen Eigentums ist heute eine der zentralen Konfliktlinien zwischen dem globalisierten Neoliberalismus nebst gewendeter Sozialdemokratie einerseits und den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften andererseits. Die Berliner PDS hatte ihre Chance, sich mit diesen Akteuren zu verbünden. Ein ernstliches Interesse (hieran) war nicht erkennbar. Die PDS-Führung hat sich entschieden, auf welcher Seite der Barrikade sie steht. Wir auch.“



Für und wider Hartz IV

Ein Brennpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Parteigängern des Neoliberalismus und der außerparlamentarischen Opposition vornehmlich im Osten, aber speziell auch in Berlin war der durch Kanzler Schröders Agenda 2010 und das Hartz-IV-Gesetz heraufbeschworene

gesellschaftliche und Klassenkonflikt. Die zusammen mit dem Schweriner Arbeitsminister Helmut Holter mit den Vorbereitungen zur Einführung von Hartz IV zum 1. 1. 2005 betrauten Berliner PDS-Senatoren Harald Wolf und Heidi Knake-Werner warnten anfangs vor der asozialen Gewalttat, ließen aber nie Zweifel an ihrer Bereitschaft aufkommen, daran mitzuwirken. An Sturheit beim „Pflichterfüllen“ ging der einstige „Trotzkist“ Wolf über Holter hinaus. Als Ostdeutschlands CDU-Fraktionschefs einen Aufschub der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II vorschlugen, „um eine soziale und menschliche Katastrophe zu verhindern“, verlautbarte er: „Nein, der Zug ist abgefahren.“ Der 1. 1. 2005 sei der Stichtag, „ein Bundesgesetz muss nun mal voll umgesetzt werden“. Mit dank seiner Aktivität beschloss der Berliner Senat als erste Regierung eines Bundeslandes bereits am 20. 7. 2004 Maßnahmen zur Hartz-IV-Umsetzung. Einen Monat später traf er – gleichfalls als erster – entsprechende Vereinbarungen mit der zuständigen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. 460 000 Berliner werden die Opfer sein.

Alle drei PDS-Exekutoren verteidigten ihre Haltung damit, dass sie eigentlich dagegen seien, aber mitmachen müssten, um das Unangenehme so human wie möglich zu gestalten. Der Beweis dafür, dass das stimmt, dürfte nur mit größter Rabulistik und lediglich scheinbar zu führen sein. Beide Senatoren und der Minister tun so, als wären allein sie imstande, den Opfern von Hartz IV die kargen Bezüge zu sichern, weshalb sie unbedingt im Amt bleiben müssten – ein Pseudoargument, dasbarer Unsinn ist. Ihre Argumentation weist z. T. Varianten auf. Für Wolf sind populistische Sprüche des Inhalts charakteristisch, dass nach dem sauber umzusetzenden Gesetz „auch ein studierter Mensch körperliche Arbeit machen kann, während er verlangt, dass andere in der Gesellschaft diese Arbeit verrichten“. Ebenfalls kennzeichnend für ihn sind obrigkeitstaatliche Aussagen wie die, wer

ein bestimmtes Beschäftigungsangebot nicht annehme, dem müsse man „die Leistung kürzen“. Beim Begründen der Nichtteilnahme von Senatoren an Montagsdemos gegen Hartz IV wurde er von Knake-Werner übertroffen, die kundtat: „Diese Demonstrationen sind das Anliegen der Menschen, die direkt betroffen sind..., aber das ist nicht mein Part als Sozialsenatorin.“ Die PDS-Parole „Hartz muss weg“ sei griffig, aber unpolitisch. Ehegatte Harald Werner äußerte, es wäre ein Leichtes, beim Anti-Hartz-Protest mit 100 PDS-Fahnen vorneweg zu marschieren. Doch wäre dies unangemessen, weil die Leute bei Montagsdemos um ihre Interessen kämpften. Er und Seinesgleichen, ist zu schlussfolgern, kämpfen offenbar dagegen.

Am 12. 10. 2004 kündigte H. Wolf fürs nächste Jahr 40 000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse an, darunter 33 000 Ein-Euro-Jobs. Als Roger Schaumburg vom Leipziger Sozialforum hierauf den Rücktritt bzw. Parteiausschluss des Senators wegen antisozialen Verhaltens verlangte, nahmen Elke Breitenbach und der Thüringer PDS-Fraktionschef Ramelow diesen in Schutz. Letztgenannter brachte die bemerkenswert falsche These vor, die Rausschmissforderung erinnere „an unselige Parteiausschlussverfahren in der SED“.

Bei einer Klausur vom 24. bis 26. 9. in Szczecin stimmte die Berliner Abgeordnetenhausfraktion der PDS einer Wolfschen Empfehlung zu, mit der SPD über das Jahr 2006 hinaus zusammenzugehen. Bei sogenannten notwendigen Strukturmaßnahmen solle man künftig offensiv argumentieren und sich nicht mehr hinter Haushaltserfordernissen verstecken.

Ein Landesparteitag im mecklenburgischen Pasewalk trat am 25. 9. einem linksstehenden Delegierten entgegen, der meinte, durch Mitarbeit am Durchsetzen von Hartz IV mache sich die Partei zum „Erfüllungsgehilfen der SPD“. Er pflichtete dem tatsächlichen Gehilfen Holter bei, der einen möglichen Koalitionsaustritt politischen Selbstmord nannte.

Die **Konflikte um Hartz IV und die Agenda 2010** müssen auch **unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten** betrachtet werden. Dass es bei den sogenannten Reformen am

allerwenigsten darum geht, normale Arbeitsplätze zu schaffen, vielmehr um rigoroses Abzocken derer, die wenig, zugunsten jener, die viel haben, möglicherweise auch um die Schaffung von Voraussetzungen für einen neuen Arbeitsdienst, ist vielen Ostdeutschen frühzeitig geläufig gewesen. Zudem hatten diese 1989 eine anfangs erfolgreiche politische Revolution erlebt, die allerdings von reaktionären Kräften des In- und westdeutschen Auslands abgewürgt wurde. Ihre Antwort auf den neuerlich verschärften Sozialraub waren jene Montagsdemonstrationen, die am 26. 7. 2004 begannen, wesentlich auf den Osten beschränkt blieben und im August einen großen Aufschwung nahmen, im September/Okttober aber abzuflauen begannen. Die Demos liefen spontan an. Sie beriefen sich mit der Parole „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!“ auf die Tradition von 1989 und hielten zu etablierten Parteien Distanz – auch zur PDS, obwohl deren Basis an den Umzügen teilnahm und sich mitunter Prominente, so Liebich und Gysi, sehen ließen.

An den Entscheidungen, die zu Hartz IV und zur Agenda führten, hatten Vertreter dieser Partei frühzeitig mitgewirkt, wenngleich nicht derart nachhaltig wie die Bundeskoalitions- und bürgerlichen Oppositionsparteien. Schwerins Arbeitsminister Holter schloss im Juli 2000 mit Billigung Gysis und Biskys jenen Kuhhandel mit Kanzler Schröder, bei dem er sich gegen geringfügige und nachher nicht realisierte finanzielle Zugeständnisse des Bundes an sein Land die Billigung der sogenannten Steuerreform abkaufen ließ. Sie hatte neue enorme Vergünstigungen für das Kapital zum Inhalt, die hochgradig dazu beitrugen, die Staatskasse zu leeren sowie Bedarf an zusätzlichen Mitteln, damit an Sparfeldzügen auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit zu schaffen. Als erste PDS-Politikerin stimmte im Oktober 2000 Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Martina Bunge der zunächst noch probeweisen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Kernstück des späteren Hartz-IV-Gesetzes, zu.

Vier Jahre danach wurde die innenpolitische Lage in Deutschland prekär. Es sah nach Klassenkampf – erstmals in diesem Umfang auch von

unten – aus. Die gegen Linke in der eigenen Partei erfolgreiche PDS-Spitze agierte als Hilfwillige der Regierenden, in zwei Ländern gehörten ihre Vertreter diesen an. Andererseits konnte sich die Führung nach Zusammenstößen mit eigenen Genossen und potentieller Wählerschaft wegen sozialreaktionärer Maßnahmen nicht offen dem neoliberalen Lager anschließen. Die Folge waren eklatante Widersprüche in den Aussagen und Handlungen von PDS-Politikern, welche diese als schizophoren erscheinen ließen und demagogisch waren.

Voran ging diesmal Bundesvorsitzender Lothar Bisky. Einerseits verteidigte er die Anti-Hartz-Demos und die zeitweilige Teilnahme von PDS-Größen daran. Andererseits bekundete er Nibelungentreue zu Gesetzen und Koalitionspartnern, die jedoch durch Bekundungen von Humanität gegenüber den einfachen Leuten zu begleiten seien. Charakteristisch ist sein Ausspruch: „Wer in der Regierung ist, muss sich an die Gesetze halten. Also werden die PDS-Minister Hartz IV umsetzen müssen, obwohl sie dagegen sind... Wir haben uns verständigt, dass wir versuchen müssen, das mit großer Menschlichkeit zu tun.“ Clement und Bütikofer gegenüber verteidigte Bisky die Proteste, den Seniorpartnern in SPD-PDS-Regierungen Ringstorff und Wowereit gegenüber, die der PDS Populismus vorwarfen, die doppelzüngige Politik seiner Partei. „Wenn wir“, so der Vorsitzende, „wirklich populistisch wären, würden wir sofort diese beiden Landesregierungen verlassen. Das würde uns möglicherweise Zustimmung und Stimmen bringen. Aber den Betroffenen wäre damit nicht geholfen. Wir wollen in ihrem Interesse verantwortungsvolle Politik treiben.“ Er und andere PDS-Politiker taten so, als wäre Mitmischen bei Hartz IV gleichbedeutend mit dem Ausüben von Verantwortung dem Volk gegenüber und nicht krasser Opportunismus.

Gregor Gysi behauptete zwecks Rechtfertigung fleißigen Mitmachens, das Dilemma bestünde „nur darin, dass die PDS nicht den Einfluss hat, Bundesgesetze zu korrigieren. Das gilt aber auch für jeden PDS-Bürgermeister, sogar für jede Mitarbeiterin in einem Sozial- oder Arbeitsamt, die Mitglied der PDS ist.“ Dem

Trick, Lohnabhängige mit Ministern gleichzusetzen, fügte er hinzu, das Räumen von Regierungsposten wäre unsinnig.

Bisky suchte inzwischen die Gemüter mit dem Vorschlag einer „Neuausrichtung“ von Hartz IV zu beruhigen. Er regte an, die nach West und Ost gestaffelten Regelsätze für das ALG II einheitlich auf 400 Euro monatlich festzusetzen, was auch bei weitem zu wenig wäre, dazu den Partner-Freibetrag auf 1000 Euro anzuheben, bei Vermögensanrechnung und Zumutbarkeit angebotener Beschäftigungen die bisherigen Regeln und zur Finanzierung von Korrekturen den Spitzensteuersatz von 45 statt anvisierter 42 Prozent beizubehalten. Für Betroffene wäre die „Neuausrichtung“ etwas weniger schlimm. Zugleich würde die Partei dadurch noch aktiver an Maßnahmen zum Sozialstaatsabbau mitwirken.

Außenpolitische Aktivitäten der PDS beschränkten sich wesentlich auf den EU-Bereich. Am 8./9. 5. 2004 in Rom zählte sie zu den Gründern der Europäischen Linkspartei (ELP). Diese umfasst unterschiedlich große Organisationen vornehmlich Westeuropas mit einer Gesamtstärke von 1 303 700 Mitgliedern, deren Führer meist Anhänger des modernen „Regierungssozialismus“ sind. Die 101 000 Mitglieder starke KP Böhmens und Mährens verließ den Gründungsparteitag wegen einer antistalinistischen Passage im Statut. Die DKP, portugiesische und griechische sowie die meisten osteuropäischen kommunistischen Parteien sind in der ELP nicht vertreten. Die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL), die u. a. „trotzkistische“ Organisationen vereinigt, zählt zur Konkurrenz.

Wahlerfolge und weiteres Buhlen um die Gunst der SPD

Hervorragend wichtig waren für die PDS Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. 6. und die gleichzeitige Thüringer Landtagswahl. Die Partei erlangte durch sie erstmals nach 2002 wieder Erfolge. Sie profitierte vom weiteren Rückgang der Wahlteilnehmerzahlen sowie der über Monate hinweg wachsenden Unzufriedenheit Hunderttausender Bürger mit der SPD, bisweilen

auch der CDU. Die PDS gewann aus dem Potential anderer Parteien und dem Nichtwählerpotential Sympathisanten hinzu, verlor aber selbst Anhänger an die Nichtwählerschaft. Bei sozialistisch-demokratischer Parteipolitik wären die Resultate für sie erheblich höher gewesen. Doch treibt die PDS keine derartige Politik und ist dazu wohl auch nicht mehr imstande.

Detailergebnisse der Wahlen von 2004 waren folgende: Bei der Europawahl erhöhte die Partei ihren Anteil 1999 gegenüber von 5,8 auf 6,1 Prozent – in den alten Bundesländern und Westberlin von 1,3 auf 1,7, in der Ex-DDR und Ostberlin von 23 auf 25,2. Die Wahl in Thüringen brachte einen Anstieg von 21,3 auf 23,2, eine Kommunalwahl am 27. 6. im selben Land den von 17,9 auf 24,6 Prozent. Die PDS überrundete die Thüringer SPD und ist nach der CDU zweitstärkste Kraft. Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg am 19. 9. trugen ihr ebenfalls Erfolge ein. Im ersten Fall brachte sie es von 22,2 auf 23,2, im zweiten von 23,3 auf 28 Prozent. Das sächsische Ergebnis ist deshalb bemerkenswert, weil gegnerische politische Kräfte und das Gros der heimischen Presse eine anfangs z. T. erfolgreiche, danach scheiternde Kampagne gegen den PDS-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Peter Porsch wegen angeblicher früherer IM-Tätigkeit für die Stasi losgetreten hatten. Sachsens CDU-Wissenschaftsminister kündigte ihm die Professorenstelle an der Leipziger Universität.

Sowohl hinsichtlich Sachsens als auch Brandenburgs wandten sich die Spitzen dreier Unternehmerverbände dagegen, PDS zu wählen. Die Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und des Verbandes Groß- und Außenhandel kündigten Rückgänge ausländischer Investitionen an, falls diese Partei oder die Rechtsradikalen erstarken sollten. BDI-Präsident Rogowski wertete nach der Wahl den Einzug von NPD und DVU ins Dresdner resp. Potsdamer Parlament als Vorgänge, welche die Investoren nicht störten. Hingegen wäre die Aufnahme der PDS in Brandenburgs Regierung „ein völlig falsches Signal“. Brauchen die Unternehmerverbände sie als loyale Opposition?

Beim Feiern der Europawahlergebnisse am 13. 6. durch die Parteispitze hatte Gysi erklärt, dies sei der Tag, „an dem die PDS ihren Anspruch auf Rückkehr in den Bundestag spätestens 2006 angemeldet hat. Unsere politischen Gegner werden wieder ganz anders auf die PDS sehen.“ Spitzenkandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann nutzte die Gelegenheit, um das Ja ihrer Partei zur EU-Verfassung anzumahnen, obwohl darin neben fortdauernd neoliberaler kapitalistischer Wirtschaft eine gemeinsame Rüstung und gemeinsame Interventionsstreitkräfte festgeschrieben sind. Sie meinte, die PDS müsse nun „entscheiden, ob sie sich in der Tradition der KPD bewegt, die das Grundgesetz ablehnte und sich damit ins gesellschaftliche Abseits katapultierte.“ Die Begründung zeugt von historischer Unkenntnis. Die KPD hatte sich nicht dadurch ein Bein gestellt, dass sie dem GG nicht zustimmte, ebenso wenig wie die CSU das hierdurch tat. Sie scheiterte vielmehr an ihrer durch Weisungen Moskaus und Ostberlins gesteuerten falschen Politik. Bei der Abstimmung am 2. 7. 2004 im Bundestag votierten beide PDS-Abgeordnete gegen die EU-Verfassung. Kaufmann ließ sich weder hierdurch, noch durch ihre Isolierung innerhalb der linken EP-Fraktion vom Kurs nach rechts zwecks Festschreibung einer prinzipiell reaktionären und hochgerüsteten Europaunion abbringen, die sie 2003, damals in pazifistischem Gewand, verneint hatte.

Im Brandenburger Wahlkampf trat die PDS zwar gegen die bestehende „Koalition des Versagens und der Verschwendung“ an, die für horrenden Schulden und wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich sei, attackierte aber in der Praxis fast nur die CDU und schonte die SPD. Nach der Wahl bemühte sie sich unter dem Fraktionsvorsitzenden Bisky und dessen Amtsnachfolgerin Enkelmann um Beitritt zur neuen Regierung Platzeck, obwohl das die Verpflichtung bedeutet hätte, auch hier den Einstieg in Hartz IV mitzumachen. Sie kündigte Zugeständnisse im Hinblick auf den Ausbau Schönefelds zum Großflughafen an, und Gysi erklärte, die Sozialdemokraten wüssten auf Grund der Berliner Erfahrungen, dass die PDS loyal und bereit sei,

unangenehme Dinge mitzutragen. Gleich den Brandenburger Jungsozialisten traten der neue Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller und weitere SPD-Funktionäre der Hauptstadt für Aufnahme der PDS ins Brandenburger Kabinett ein, u. a. mit der Begründung, sie würde dann auch hier „entzaubert, wenn sie stärker drangenommen wird“. Dennoch kam der Deal nicht zustande, koalierte stattdessen der Wahlverlierer SPD mit dem Wahlverlierer CDU. Ausgerechnet die Unternehmerverbandspräsidenten hatten offenbar eine Gnadenfrist für die PDS bewirkt, in der sie wenigstens in Brandenburg nicht mitregieren und sich blamieren muss. Die Partei hat nochmals Zeit zum Nachdenken, wird sie aber sicher nicht nutzen.

Bei westdeutschen Wahlen zog die PDS am 29. 2. in Hamburg den Kürzeren. An der Saar brachten ihr am 5. 9. Landtagswahlen 2,3 Prozent ein, was gleichzeitig das bisher beste Flächenland-Ergebnis im Westen war. Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ließen ihren Anteil am 26. 9. von 0,8 auf 1,4 Prozent steigen.

Im Hinblick auf **erstrebte Kooperationsbeziehungen der PDS** ist Folgendes charakteristisch: Die Erfahrungen mit ihrer Rolle als Juniorpartnerin von SPD-Regierungen waren für alle sozialistisch gesinnten Zeitgenossen niederschmetternd. Indes drängen die Parteiobere weiter auf Bündnisse vor allem mit der Schröder-Partei. Im Fall Thüringen sagte Bisky dieser das Ministerpräsidentenamt auch dann zu, wenn die PDS stärker als sie werden sollte. Beim Spitzentreffen seiner Partei im Juli gab er generell die Parole aus: „Die PDS will Regierungsbeteiligungen als immanenten Bestandteil ihrer Politik begreifen“ – und behauptete zugleich, aus Vergangem gelernt zu haben.

Im Bewusstsein, als nicht in Funktionen verstrickter Strategie Narrenfreiheit zu haben, suchte Gregor Gysi inzwischen auch mit der CDU anzubandeln. Er trat für ein „unverkrafftetes Verhältnis“ zu und Kooperation mit ihr in Notfällen ein, etwa bei Gefahr einer rechtsextremen Machtergreifung oder der Verwicklung der SPD in schwerwiegende Skandale. Der Taktiker Gysi vergaß dabei zweierlei: Erstens, dass deutsche Rechtskonservative den Rechts-

extremen stets weit näher als einer formell sozialistischen oder sozialdemokratischen Partei gestanden haben. Zweitens, dass CDU/CSU-allemal schwerwiegender als SPD-Skandale gewesen sind, wobei der Union regelmäßig mildernde Umstände zugebilligt wurden. Gysi selbst half seinerzeit mit, Kanzler Kohl vor unliebsamen Auswirkungen der MfS-Akten auf seine Regentschaft zu bewahren.

Die Herausbildung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit und Bestrebungen ihrer Weiterentwicklung zur Partei, die von enttäuschten SPD-Mitgliedern und –Gewerkschaftern ausgingen, erscheinen der PDS-Führung weniger als Möglichkeit, gemeinsam mit überwiegend außerparlamentarischen Kräften gegen die neoliberale Abzockerpolitik vorzugehen, denn als Chance zu neuen Parteienkombinationen. Zu Beginn bekundete Bisky, froh zu sein, „wenn wieder mehr Leute in Deutschland über ein linkes Gegenkonzept zur vorherrschenden Politik nachdenken“; anders als die SPD werde seine Partei keine Mitglieder ausschließen, die sich in Wahlalternativen engagieren. Bald darauf erörterte Europaabgeordneter André Brie schon das Kandidieren von Vertretern beider Parteien, seiner und der im Spätherbst zu gründenden neuen, auf Listen der jeweils anderen. Er ärgerte sich darüber, dass manch außerparlamentarisch Aktiver von der PDS wegen ihrer Politik nichts wissen will, und meinte, ein Ausschluss seiner Partei aus der Diskussion würde der alternativen Bewegung schaden.

Gregor Gysi legte im August eine neue Variante möglichen Zusammenwirkens dar. Wer im Westen mit der SPD unzufrieden sei, meinte er, werde am wenigsten zur PDS kommen. Diese sei nicht in der Lage, die im Westen durch Abwanderung der Sozialdemokratie ins neoliberale Lager entstandene Lücke zu füllen. „Eine Kooperation zwischen einer neuen Linkspartei im Westen und der PDS im Osten nützte beiden. Manche denken dabei auch an Oskar Lafontaine und mich.“ Gysis Parteigenossen Liebich, Christoffers und Pau waren über die Aussicht auf ein West-Ost-Bündnis nicht erbaut, vielleicht weil sie davon altbundes-

deutsche Dominanz befürchten. Unter Verweis auf jüngste westliche Wahlresultate halten sie die Westausdehnung der PDS weiter für aussichtsreich. Lothar Bisky äußerte unterdes, die Kombination Lafontaine im Westen, Gysi im Westen sei verlockend. Bekannt ist, dass beide hier genannten Führungspersonen egozentrisch sind und sich so geben, dass es einen an Lassalle erinnert. Lafontaines Rede bei der Montagsdemonstration am 30. 8. in Leipzig war allerdings treffender als das, was Gysi bei ähnlicher Gelegenheit in Sachsen-Anhalt kundtat.

Erste Tagung des 9. PDS-Bundestageitags

In der Caligari-Halle des Film-parks Potsdam-Babelsberg absolvierte die nun 65 500 Mitglieder starke PDS am 30./31. 10. 2004 die erste Tagung ihres 9. Parteitage. Schwerins Arbeitsminister Holter fand, dies sei der ruhigste gewesen, den er miterlebte. Der Verlauf – so die „Berliner Zeitung“ vom 1. 11. – war für PDS-Verhältnisse „geradezu harmonisch“. Die Führung habe zuvor verstärkt darauf geachtet, wen die Landesverbände nach Potsdam schickten, so dass jeder zweite der rund 400 Delegierten ein neuer oder ein Mandatsträger war. Es habe keine existenziellen Themen, wohl aber die Wahlerfolge seit Juni gegeben. Wesentlich zu „Harmonie“ und „Ruhe“ trug die extreme Schwäche der verbliebenen Parteilinken bei. Zwar brachte sie einige – in der Regel abgewiesene – Anträge ein und wagte z. T. milde Kritik, forderte aber weder den Austritt aus Koalitionen noch einen Anti-Hartz-Boykott.

Die Rede des Ehrenvorsitzenden Modrow fiel ebenfalls schwach aus und galt vor allem der Unterstützung des Parteichefs. **Lothar Biskys Referat** vom 30. 10. zielte darauf ab, die PDS ohne ernstliche Kurskorrektur 2006 in Fraktionsstärke in den Bundestag zurückzubringen, in dem mangels dieser Fraktion „Ostdeutschland nicht mehr stattfindet“. Seit dem Sonderparteitag 2003 habe sich, so Bisky, der Bundesvorstand „in ein arbeitsfähiges Gremium verwandelt“, sei es gelungen, das „veraltete Prinzip der Kurfürstenmentalität in den Ländern tapfer zu durch-

brechen“ (!). Der Redner polemisierte gegen hochgestellte altbundesdeutsche Einpeitscher des Sozialstaatsabbaus, unterstützte aber erneut die Fortsetzung der SPD-PDS-Koalitionen in Berlin und Schwerin. Er erteilte dem Projekt einer „Regionalpartei Ost“ eine Absage und kündigte weiteren Westaufbau der PDS an.

Gehaltvoller war die **Rede Gregor Gysis** am 31. 10., der sich dafür 40 statt der vereinbarten 15 Minuten Zeit nahm. Er wurde lautstark bejubelt. Nach ersten Andeutungen des Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow am Vortag in dieser Richtung ging Gysi auf die Befindlichkeit der Westdeutschen nach 1990 ein. Sie hätten die Vereinigung als „Feuerwerk“ erlebt, dann aber eine vorher als Eventualität gelegnete Steuererhöhung und weitere Verschlechterungen hinnehmen müssen, während man ihnen höhere Lebensqualität durch Übernahme ostdeutscher sozialer Vorzüge „aus rein ideologischen Gründen nicht

gegönnt“ habe. Jetzt erführen sie täglich in den Medien, dass Millionen Euro nach Osten flössen, der aber nicht auf eigene Füße käme, dass die ehemaligen DDR-Bürger „rumnörgelten, sich als undankbar erwiesen und komisch wählten“. Es entstehe eine Stimmung gegen den Osten. Gysi trat dafür ein, „dass sich die Gesellschaft nicht an den falschen Stellen entsolidarisieren lässt, sondern sich mit den eigentlichen Widersprüchen beschäftigt, und das sind immer noch die zwischen Unten und Oben, die zwischen Arm und Reich. Und nicht die zwischen Ost und West, die im Kern nur von der eigentlichen gesellschaftlichen Problematik ablenken.“

Ausgerechnet die Bundesregierung, die mitsamt ihrer Vorgängerin und der altbundesdeutschen herrschenden Klasse die Misere verursacht hat, sollte dem Redner zufolge diese wesentlich zutreffende Sicht verbreiten. Sie müsse animiert werden, „Aufklärung einmal in den alten Bundesländern durchzuführen. Den Menschen dort muss erklärt werden, dass der Osten deindustrialisiert worden ist und dass er sich deshalb als ein Fass ohne Boden darstellt.“ Gleichzeitig sei den Westdeutschen mitzuteilen, die Transfersummen in den Osten stimmten nicht. Beispielsweise würden vom Bund dort kassierte Einnahmen nicht von der Summe abgerechnet, wohl aber würden ihr die Kosten von Bundeswehrstandorten in der ehemaligen DDR hinzugefügt. Gysi fiel während seiner Rede ein, dass die Verursacher der Misere unmöglich über diese sachlich aufklären könnten. Er machte nun die PDS für die notwendige Kampagne verantwortlich. Sie müsse „wirklich die Partei der deutschen Einheit werden“, eine, die jede Benachteiligung von Menschen aus Ost und West allein wegen ihrer regionalen Herkunft ausschließt.

Trotz Mangels an einer entscheidenden Funktion und gesundheitlicher Anfälligkeit weiter der starke Mann der PDS, griff der Redner massiv in deren Personalpolitik ein. Er lobte die junge stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping wegen ihrer Selbstbewusstheit gegenüber den „arroganten, alten, geilen Böcken“ in der Sendung Sabine Christiansens, trat wie vordem Bisky dafür

ein, den „Kämpfer vor dem Herrn“ Ramelow zu fördern und zu nutzen, d. h. in den Bundesvorstand aufzunehmen, und verlangte zudem, zwei übel beleumdete Ex-Führer, Roland Claus und Dietmar Bartsch, „in die Verantwortung zurückzuholen“. Angesichts des Drängens auf eine neue Linkspartei im Westen, die nicht von der PDS gestellt werden könne, verlangte Gysi, der Wahlalternative, sollte sie sich zusammenraufen, Kooperationsbeziehungen anzubieten. Axel Troost vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) erklärte hierzu gegenüber der „jungen Welt“ vom 2. 11., formal seien derartige Bündnisse im Parteiengesetz nicht vorgesehen und daher auch nicht möglich; inhaltlich aber wolle die WASG keine Linkspartei sein, sondern ein breites, gegen die herrschenden Parteien antretendes Bündnis, das sich nicht auf eine Kooperation nur mit der PDS einrichten könne.

In der kurz bemessenen Zeit für **Diskussionen während des Parteitag**s kritisierte die Vertreterin der Kommunistischen Plattform **Ellen Brombacher** eine Reihe von der Berliner SPD-PDS-Koalition verwirklichter asozialer Maßnahmen, so die Erhöhung der Kita-Kosten, der Preise für Wasser und das Sozialticket im Nahverkehr, das zeitweilig sogar abgeschafft worden war. Zu Hartz IV sagte sie: „Was in der Sache schlecht ist, sollte man nicht unbedingt gut umsetzen wollen.“ Sozialsenatorin **Knake-Werner** bestand hingegen auf weiterem Mitwirken. Zum auch von ihr als menschenfeindlich gekennzeichneten Hartz-Gesetz erklärte sie, hieran sei allein die Bundesregierung, assistiert von der CDU/CSU, schuld; es werde einzig von der Bundesanstalt für Arbeit, nicht von Bürgermeisterinnen oder einer Sozialsenatorin durchgesetzt. Dass Letzteres unwahr ist, geht selbst aus ihrer Rede hervor. „Für uns in der Regierung“, so K.-W., „steht das Ringen um soziale und menschlichere Regelungen an.“ Sie meine dafür sorgen zu können, dass 1-Euro-Jobs nicht zur Zwangsarbeit verkommen, dass sie mit Qualifizierung verbunden und reguläre Anschlussjobs organisiert werden würden. „Sollen wir das alles lassen, Ellen?“

Die Mehrzahl der Delegierten hat Partei- oder Mandatsfunktionen!

Der Parteitag bestand aus 418 gewählten Delegierten. Über ihre Abhängigkeit von der Partei und Parteiführung berichtet der Pressedienst „Disput“ der PDS:

Aus den vorliegenden 399 Mandatsprüfungsbögen ermittelten wir folgende Angaben:

290 Delegierte haben eine Funktion in der PDS, davon

- 88 in einer Basisorganisation,
- 181 auf der Ebene eines Gebietsverbandes,
- 91 auf Landesebene,
- 55 auf Bundesebene,
- 2 im Vorstand der Partei der Europäischen Linken.

201 Delegierte haben ein Abgeordnetenmandat der PDS, davon

- 167 in Kommunalvertretungen,
- 49 in Landtagen,
- 2 im Deutschen Bundestag,
- 2 im Europäischen Parlament.
- 14 Delegierte sind Wahlbeamte, das entspricht 3,4 Prozent der Delegierten.

49 Delegierte sind hauptamtlich bei der PDS beschäftigt. Das ist ein Anteil an der Gesamtzahl der Delegierten von 11,8 Prozent. 22 Delegierte sind bei PDS-Vorständen und 27 Delegierte bei PDS-Fraktionen oder bei PDS-Abgeordneten beschäftigt.

Der Berliner Landes- und Fraktionschef **Stefan Liebich** pries ein Steuerkonzept der PDS, das Steuererhöhungen für Vermögende, aber auch Nachteile für andere vorsieht. Zugleich stellte er die provokatorische Frage, wen in der Gesellschaft „die xte Aufführung des Stücks Regieren oder Nicht-Regieren...“, ein Exposé der vermeintlichen Krise in der PDS – das Hans Modrows – und „der Kampf gegen die EU-Verfassung“ interessiere.

Von der Delegiertenmehrheit abgelehnt wurde ein **Gegenantrag zum** von den Landesvorsitzenden unterstützten **Leitantrag des Parteivorstands**, den Linke wie Brombacher, Heinz Marohn, Dorothee Menzner und Sahra Wagenknecht eingebracht hatten. Sie übernahmen darin große Teile des Letztgenannten, verlangten aber, konkreter auf die Lage im Land einzugehen und deutlich zu machen, ob es heute vor allem wichtig sei, „unverwechselbare Oppositionskraft zu sein, oder ob wir weiter Rot-Roten Koalitionen das Prä geben wollen, die nach unseren Erfahrungen die Glaubwürdigkeit der PDS als konsequente Oppositionskraft beschädigen“. Ohne deren Urheber zu nennen, wandten sich die Unterzeichner gleichzeitig gegen taktische Experimente, bei denen die PDS zur auf Ostdeutschland beschränkten Regionalpartei werden kann, und jede Debatte über ein eventuelles Zusammengehen mit der CDU.

Beim Parteitag unbeachtet blieb ein **Brief des Geraer Dialogs/Sozialistischen Dialogs**, in dem der eben skizzierte Antrag unterstützt und festgestellt wurde: „Wer sich derzeit regierungspolitisch auf Bundes- und Landesebene betätigt, nimmt billiger in Kauf, sich am Sozialraub und seiner Rechtfertigung zu beteiligen.“ Es müsse „Schluss gemacht werden mit einer Politik der zwei Zungen, wie sie gegenwärtig für maßgebende Politiker der PDS charakteristisch ist.“

Beschlüsse des Parteitags

Der am 23. 8. 2004 vom Bundesvorstand verabschiedete Leitantrag **„Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag“** wurde größtenteils unverändert zum

Parteitagbeschluss erhoben. Er geht von sogenannten Herausforderungen an die BRD durch Globalisierung, weltweite Strukturänderungen in Wirtschaft, Produktivkraftentwicklung und „moderner Wissenschaftsgesellschaft“ sowie Veränderungen in Arbeitswelt und Lebensweise aus, die sämtlich nicht analysiert werden. Mit dem Satz: „Niemand kann sich der Notwendigkeit eines Umbaus entziehen, auch die PDS will das nicht“, unterwirft sich der Vorstand dem Standpunkt des Neoliberalismus, den er an anderer Stelle attackiert. Er unterstellt wahrheitswidrig, dass solch „Umbau“ objektiv bedingt sei. Die „Antworten der Machteliten“ auf den gegenwärtigen Zustand seien allerdings inakzeptabel. Wie bereits im Chemnitzer Programm plädiert die PDS für „grundlegende Freiheitsgüter“, die anzustreben seien. Sie verspricht, „eigenständige sozialistische Politik“ zu treiben, und legt fest: „Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.“ (Anträge zu dem Zweck, oppositionellem Verhalten höheres Gewicht zu geben, wurden beim Parteitag abgeschmettert.) Neben der Teilnahme am Alternativenstreit mit anderen Kräften ist der PDS die Bereitschaft wichtig, „gegebenenfalls Regierungsverantwortung zu übernehmen“. Eine Koalition mit SPD und Grünen auf Bundesebene sei derzeit auszuschließen. Der Agenda 2010 soll die PDS-„Agenda Sozial“ entgegengestellt werden. Dazu gehörende Reformvorschläge sind aus früheren Schriftstücken bekannt. Zugrunde liegen soll der Agenda der PDS eine neue Wirtschaftsstrategie zwecks Stärkung der Massenkaukraft, Förderung nachhaltigen Wachstums und beschäftigungswirksamer, umweltfreundlicher Regionalentwicklung. Die Partei tritt für steuerliche Veranlagung der Unternehmen nach der Wertschöpfung ein. Weitere Forderungen sind erneuerte Vermögenssteuern, Steuern auf Börsengeschäfte und Spekulation, eine solidarische Erwerbstätigen- und dito Bürgerversicherung, die schrittweise Einführung sozialer Grundsicherungen sowie ein – wie es heißt – „neuer Schub

für die Beteiligung der Ostdeutschen an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung“, so als ob es jemals einen „alten Schub“ gegeben hätte. Zugleich werden mehr gesellschaftliche Demokratie, Bürgerbeteiligung, eine menschenrechtlich orientierte Einwanderungspolitik und die Eingliederung illegal hier lebender Migranten verlangt. Die PDS sei und bleibe „eine konsequente Friedenspartei, die ohne Wenn und Aber Krieg als Mittel der Politik ausschließt“. Sie werde sich für eine europaweite Volksabstimmung am 8. 5. 2005 über die EU-Verfassung einsetzen. Im letzten, speziell der PDS gewidmeten Abschnitt kündigt sie eine Parteireform als Prozess der „Erneuerung unserer politischen Kultur, der Kommunikations- und Entscheidungsprozesse“ an. Eine Analyse der Wahlschlappe von 2002 oder des Putschs gegen die beim Geraer Parteitag gewählte Parteiführung unterbleibt erneut. Das in vorangegangenen, teilweise in den Leitantrag aufgenommenen Vorstandsthesen zur Strategie abgegebene Versprechen, sich „selbstkritisch und offen“ mit dem eigenen Wirken auseinander zu setzen und „eine offene Debatte über alle Erfolge, Fehler und Niederlagen in Koalitionen“ zu führen, wird nicht wiederholt. Resümierend heißt es, die PDS sei „die einflussreichste linke Partei in Deutschland, die für einen Richtungswechsel gesellschaftlicher Entwicklung steht“.

Die dem Beschluss zugrunde liegende Programmatik ist in manchem Punkt radikaldemokratisch, in keinem sozialistisch. Zutreffend sind Feststellungen Ekkehard Lieberams während einer Mitgliederversammlung des Geraer Dialogs am 27. 9., dem damaligen Leitantrag (und nunmehrigen Beschluss) fehle eine überzeugende Analyse der kapitalistischen Gesellschaft von heute; diejenigen, die den „Umbau Deutschlands“ im Sinne der Agenda 2010 wollten und davon profitierten, würden im Dunkeln gelassen. Die PDS ordne sich derart in die Strategie der Herrschenden ein. Sie laufe aber ohne Gegenstrategien Gefahr, für einen „Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz“ zu stehen.

Zwei unterschiedlich große, begrüßenswerte Abschnitte wurden während des Parteitags dem Be-

schluss hinzugefügt.. Im ersten erinnert die Partei an ihr Nein zur Privatisierung der Deutschen Bahnen 1993 und wendet sich – auch unter Hinweis auf die Erfahrungen Großbritanniens – gegen eine drohende Mega-Privatisierung. Sie verlangt, die Bahn müsse den Interessen der Allgemeinheit und nicht künftiger Aktionäre dienen. Ihre Leitung brauche keine Manager aus der konkurrierenden Luftfahrt- und Autoindustrie, sondern Bahnexperten. Vertrauenspersonen der Beschäftigten, der Gewerkschaften und Kunden seien in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Der zweite beigefügte Abschnitt gilt dem Kampf gegen **Rechtspopulismus und Rechtsextremismus**. Diese gehen, wie es zutreffend heißt, „auch von der Mitte der Gesellschaft aus. Geschichtsrevisionismus, Gleichsetzung von Rechten und Linken, rassistische und antisemitische Vorurteile, Verharmlosung von Nazi-verbrechen, Krieg und Gewalt... finden sich in vielen Formen bei gesellschaftlichen Institutionen und politischen Kräften wieder, die eine Verbindung zu den offen neofaschistischen Kräften von sich weisen.“ Neonazis und Rechtsextreme nutzten die Unzufriedenheit und den Protest vieler Bürger gegen die rot-grüne Abbruchpolitik und suchten sie für sich zu instrumentalisieren. Das erfordere seitens außerparlamentarischer Bewegungen eine höhere Trennschärfe gegenüber rechtsextremen Organisationen, Personen und Gedankengut. Es könne aber die PDS nicht daran hindern, sozialen und politischen Protest zu initiieren und zu unterstützen. Sie verwehre sich dagegen, mit Rechtsextremisten gleichgesetzt zu werden, und gegen die Brandmarkung Ostdeutschlands nach den letzten Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen als „braun“. Gleichzeitig dränge sie auf verstärkte gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Statt bei Jugendprojekten finanzielle Mittel für die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen zu verwenden, müssten antifaschistische Gruppen unterstützt und die demokratische Gedenkkultur fortentwickelt werden. Vorstände und Strukturen der PDS auf allen Ebenen sollten sich mit Rechtsextremismus und Antisemitismus befassen, unter Einbeziehung

der Situation vor Ort. Fraktionen und Abgeordnete müssten entsprechende Entschlüsse einbringen, Mittel für Projekte beantragen, die zu Aufbau und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und damit zum antifaschistischen Widerstand beitragen und sich dort, wo rechtsextreme Parteien vertreten sind, auf ein koordiniertes, öffentlich vermittelbares Vorgehen verständigen.

Unter den weiteren vom Parteitag verabschiedeten Resolutionen ist die **zum 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus** von Interesse. Sie gilt auch dem neuerlichen Anstieg des Rechtsextremismus. Als Ursachen dafür bezeichnet sie u. a. den „Antikommunismus als ideologisches und politisches Mittel zur Durchsetzung antisozialer, antidemokratischer, neoliberaler Politik“, das Faktum, dass in der Öffentlichkeit der 8. 5. 1945 „als Tag der Niederlage und als Tragödie für Deutschland ins Bewusstsein gerückt“ wird, und die mit der Gleichsetzung NPD-PDS praktizierte Wiederaufnahme der „Tradition der Verdummung“ durch maßgebliche Medien.

Kurt Julius Goldstein, Ehrenvorsitzender des Auschwitz-Komitees, erklärte während des Parteitags, dass angesichts der wachsenden Perspektivlosigkeit vieler Menschen NPD-Parolen offenkundig auf fruchtbaren Boden fielen. „Für die Zukunft ist mit den Nazis zu rechnen, wenn ihnen das Feld überlassen wird.“ Der Thüringer Delegierte Sabine Berninger zufolge stieg der Anteil rechtsextrem Eingestellter in ihrem Land 2001-2003 von 18,6 auf 22,7, der der Ausländergegner 2002-2003 um ein auf 43,1 Prozent. Im ländlichen Raum sei versäumt worden, antifaschistische Bündnisse zu organisieren. NS-Gegner kämen nur schwer an Informationen über aktuelle Vorgänge heran.

Ebenfalls am 31. 10. wurde eine von MdB Gesine Löttsch und zwölf anderen Delegierten vorgeschlagene Entschlüsse angenommen, den zwei Tage zuvor unterfertigten **Vertrag über die EU-Verfassung zurückzuweisen**. Ziel des Vertrages sei „die weitere Militarisierung der Europäischen Union hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit“. Gleichzeitig mit der europäischen Aufrüstung bekämen die Prinzipien des Neoliberalis-

mus – einer vom Sozialen freien Marktwirtschaft – Verfassungsrang. Trotz Teilfortschritten auf anderen Gebieten mache das die Verwirklichung eines friedlichen, sozialen und demokratischen Europa unmöglich. Zugleich werden in der Resolution umfassende Korrekturen am augenblicklichen Text vorgeschlagen, so das Verbot weltweiter Interventionspolitik, eigenständiger europäischer Truppen und jeden Zwangs zu wirtschaftlicher Privatisierung, ein Bekenntnis zum Kampf gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus und die Demokratisierung der Entscheidungspraxis der EU. Die PDS wolle parlamentarisch und außerparlamentarisch vorgehen, um das Inkrafttreten des jetzigen Verfassungsvertrags zu verhindern.

Diese Vorstellungen sind auf längere Sicht nicht realisierbar und darum auch nichts für „Realpolitiker“. Für eine demokratische Partei aber ist die Resolution gerade wegen ihrer klaren Absage an eine neoliberale, imperialistisch-militaristische EU goldrichtig. Entgegen der Mehrheit votierte jedoch ein gutes Drittel der Delegierten mit Nein oder enthielt sich. S.-Y. Kaufmann erklärte, sie akzeptiere die „strategisch falsche Entscheidung“ des Parteitags. Um die PDS nicht als Anti-EU-Partei erscheinen zu lassen, müsse weiter „diskutiert werden“.

Bei der **Vorstandswahl** stimmten 89,9 Prozent, zwölf Prozent mehr als im vorangegangenen Jahr, für Lothar Bisky als Parteichef. Alle anderen Vertreter der engeren Führung und die meisten Vorstandsmitglieder wurden gleichfalls wiedergewählt. Ruth Fischer und Klaus Köster schieden aus dem Bundesvorstand aus. Bodo Ramelow und der Hannoveraner Jan Korte rückten mit 67,9 bzw. 73,7 Prozent der Stimmen dort ein. Die rechtstehende Edda Rydzy-Seifert fiel auch bei der Stichwahl durch. Neben den Mitgliedern zweier Parteigremien wurden die zehn Delegierten zum ersten ELP-Parteitag gewählt.

B. M.

Quelle für diesen Artikel war: „Disput 11/04 – Pressedienst 45/46: PDS 1. Tagung des 9. Parteitages Potsdam, 30./31. Oktober 2004“

Unkenntnis und Verleumdung in „offensiv“ 6/2004

Die Leverkusener Konferenz vom 24./25. Januar 2004, an der verschiedene kommunistische Richtungen sich endlich an einen Tisch setzten und sachlich diskutierten, hat im nachhinein einigen Wirbel erzeugt. Während Trotzlisten in der „jungen welt“ eine Stalinismusdebatte lostraten und damit wiederum die alten Gegensätzlichkeiten der Vergangenheit in den Vordergrund stellten – statt sich auf die Aufgaben von heute zu konzentrieren – kam auch schwerer Beschuß von einer anderen Seite. Stalinistische und andere Kräfte in der DKP kritisieren seit langem den Kurs ihrer Parteiführung und sehen darin revisionistische Tendenzen. Da kam ihnen die von der Marx-Engels-Stiftung einberufene Leverkusener Tagung unter hauptsächlich Initiative von Robert Steigerwald gerade recht. Der Teilnehmerkreis selbst (siehe *Arsti* Nr. 143, Frühjahr 2004) wird schon als Sündenfall angesehen. Besonders gegen die Teilnahme von Trotzlisten richtet sich der Angriff, so als hätte Steigerwald und der offener diskutierende Kreis der DKP den Teufel selbst hereingelassen. Dabei zeichnet sich die Zeitschrift „offensiv“ (Juli/August 2004 / Hrsg. Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover) besonders aus. Sie sieht in der Leverkusener Diskussion „eine ideologi-

sche Aufwertung des Trotzismus und der Trotzlisten.“ (S. 20) In dieser Nummer wird auch erwähnt, daß die Gruppen „Arbeiterstimme“ und „Arbeiterpolitik“ teilgenommen haben. Die Verfasser Opperskalski, Heinrich und Flegel greifen auf S. 18 und 20 ihres Blattes beide Gruppen und die Vorläuferpartei „Kommunistische Partei Opposition“ (KPO) in herabwürdigender Weise an. Außerdem strotzt der Absatz von Falschinformationen. So wird behauptet, die „Gruppe Arbeiterpolitik“ habe sich von der „Gruppe Arbeiterstimme“ abgespalten. In Wirklichkeit war es 1971 gerade andersherum. Die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ bezeichnen sie als „halb-trotzkistische Zeitung“, was blanker Unsinn ist und wofür sie keine Belege anführen können. Beide Gruppen, so wird richtig festgestellt, sehen sich in der Tradition der KPD-Opportunisten der Weimarer Zeit. Diese wird von diesen „Sachverständigen“ als „rechtsopportunistische, liquidatorische Spalterorganisation“ beschimpft und diskreditiert. Das sind Töne wie in der schlimmsten Thälmann- und Stalinzeit! Als „rechtsopportunistisch“ galten damals jene, die eine marxistische Analyse anstelle des Zickzack-Kurses der von Stalin beherrschten KI setzen wollten. Der verheerenden Sozialfaschismus-These und RGO-Politik setzte die KPO die Forderung nach proletarischer Einheitsfront entgegen, die alle Arbeiter-

parteien und -gruppen einschloß. Sollte es dabei Berührungen mit trotzkistischen Gruppen gegeben haben, dann in diesem Rahmen und in Verbindung mit der POUM im Spanischen Bürgerkrieg. Bekannt ist, daß sich sogar Trotzki von der POUM distanzierte und der Theoretiker der KPO August Thalheimer in mehreren Artikeln die trotzkistischen Auffassungen scharf angriff. „Liquidatorisch“ waren in Wirklichkeit jene Führer der KPD, die ihre Partei vom ultralinken in den rechten Straßengraben der sogenannten „Volksfrontpolitik“ führten. Dieses entsprach dem außenpolitischen Verlangen der Sowjet-Union und beinhaltete Bündnisse über die Klassengrenzen hinweg mit dem angeblich progressiven Teil der Bourgeoisie. Die kampflose Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegen die Nazis hat nicht nur in der folgeträchtigen Systembindung der Sozialdemokratie ihre Ursache, sondern auch in der falschen Strategie und Taktik der moskauhörigen KPD-Führung jener Schicksalsjahre.

Das schlimmste ist nicht Fehler zu machen sondern darauf zu beharren und selbst nach dem kampflosen Zusammenbruch des Realsozialismus sich zu weigern, die Lehren daraus zu ziehen. Statt dessen schwingt man die Keule des bösen Trotzismus wie in den schlechtesten Tagen des Bruderkampfes.

„Offensiv“ kann man so gegen die mächtigen kapitalistischen Feinde nicht werden...

Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer

Zu einer imperialistischen Politik gehören Krieg und kriegerische Einsätze nahezu an jedem Punkt der Welt, sei es auch im 5.000 km von Deutschland entfernten Afghanistan. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion können die USA ungestraft ihren Weltbeherrschungsanspruch durchsetzen, unter Bruch der UN-Charta und des Völkerrechts. Präsident Bush bekennt sich offen zur permanenten Kriegsbereitschaft, die bereits zum Krieg gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan und gegen den Irak geführt hat. Nun stehen andere Länder im Visier des Pentagon. Bei der Aggres-

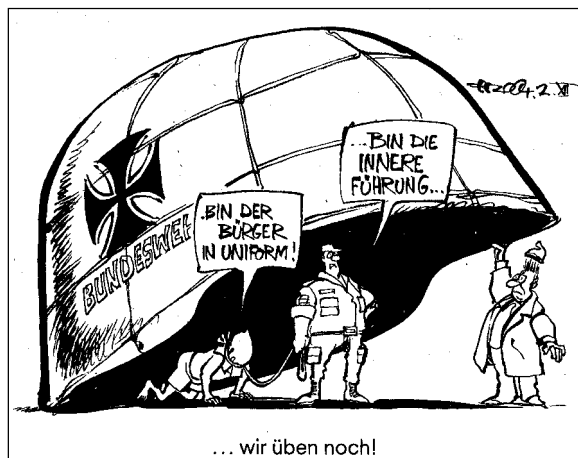
sion gegen Jugoslawien waren europäische Mächte beteiligt, und Deutschland war das erste Mal dabei. Beim Krieg gegen den Irak war die EU gespalten, doch auch Deutschland unterstützt indirekt immer mehr die US-Besatzungsmacht und ihre irakischen Marionetten, sowohl finanziell, als auch als Ausbilder an militärischem Gerät, Waffenlieferant und als Etappe für die verwundeten US-Krieger. Das alles geschah unter Bruch der Genfer Konvention und des Völkerrechts durch die USA, trotz des ungeheuerlichen Folter-Skandals von Abu Ghoreib und der KZ-ähnlichen Behandlung der Gefangenen auf Guan-

tanamo sowie dem gnadenlosen Vorgehen der US-Soldateska in Falludscha. Doch die Reaktionen der bundesdeutschen Öffentlichkeit darauf sind nach den erfolglosen Antikriegsdemonstrationen nur noch verhalten. Deutschlands rosa-olivgrüne Regierung und die Rechtsopposition schaffen sich nun freie Bahn für künftige weltweite eigene Militärinterventionen oder auch solche im Rahmen der EU, NATO usw.. Dabei geht es nicht nur um die „Tributpflicht“ gegenüber dem mächtigen „Verbündeten“ USA. Das kapitalistische Deutschland hat auch weltweit eigene Interessen. Dabei geht es nach einer älteren mili-

tärpolitischen Richtlinie um „Absatzmärkte“ und „Rohstoffquellen“. Der Kampf gegen „islamistische Terroristen“ ist in weiten Teilen nur Vorwand. So blieb die Bundeswehr nicht mehr nur bei ihrer Funktion als Drohkulisse, sondern sie beteiligte sich immer mehr gewaltträchtigen Konflikten, auch deutsche Soldaten nicht nur zur Abschreckung Patrouille fahren. Als Instrument der Regierungspolitik werden sie nun selbst verletzt und selbst verletzt werden, selbst zutören und selbst töten und selbst getötet werden.

Im Zuge dieser strategischen Umwandlung der Bundeswehr, die schon längere Zeit im Gange ist, wandeln sich auch das Selbstverständnis und der innere Zustand der Truppe. Wird es ernst mit Gewalt und Gewaltbereitschaft, dann kommt zum Vorschein, daß jede Kriegsführung ein totalitäres Klima erzeugt. Der besonders in Deutschland durch zwei verlorene Weltkriege schwer belastete deutsche Militarismus zieht schrittweise wieder in die Gesellschaft ein. Das ist der Hintergrund für die sogenannten Rekrutenmißhandlungen in der Bundeswehr, die man anfangs noch als „Einzelfälle“ abtun wollte. Selbst wenn es Struck („Ein deutscher Soldat foltert nicht.“) und seinen Generälen gelingen sollte, bei der Rekrutenausbildung der Wehrpflichtigen (die eigentlich Wehrwillige sind) künftig Ramboausbildungsmethoden einzuschränken, so ändert das nichts an der ja auch ausgesprochenen Notwendigkeit, die Interventionstruppe solchen „Kräftetests“, die zu Exzessen auszuarten pflegen, auszusetzen. In diesem Sinne hat sich auch der militärpolitische Sprecher der Union, MdB Schmidt (Fürth), ausgesprochen. Er meinte, möglicherweise müßten Konsequenzen daraus gezogen werden, daß sich die Bundeswehr im Wandel zu einer Einsatzarmee befinde. (FAZ). Der Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“ war längst zur Schimäre verkommen. Traditionalisten in der Armee sprechen stets verächtlich vom „Inneren Gewürge“, statt von „Innerer Führung“. Auch der wissenschaftliche Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr, Wilfried Gerhard, mußte zugeben: „Es gibt das Be-

mühen, Militär wieder zum Militär zu machen“ (FR), was nichts anderes heißt als daß der alte Geist aus der Flasche entwichen ist. Der Zeitpunkt ist kein Zufall, wird doch vermehrt ein Soldatentypus verlangt, der kriegsnah ausgebildet und zur „Härte“ bereit ist. Der Inspekteur des Heeres, General Budde, verlangt einen „archaischen Kämpfer, der den High-Tech-Krieg führen kann“. Schon 1991 hatte General Graf von Kielmansegg festgestellt: „Gar keine Frage: Der Zivilisierungsmöglichkeit einer Armee, die einsatzfähig sein soll, sind verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt.“



„Es wäre ... unklug, sie (die Bundeswehrsoldaten) nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. Deutschland wird um eine Beteiligung an diesen Kriegen gebeten werden... Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“ Das schrieb der Ausbildungsexperte Oberstleutnant Reinhard Herden für die Bundeswehrzeitschrift „Truppenpraxis/Wehrausbildung“ Nr. 2/3 1996 nieder.

Bei solchen Vorgaben von oben braucht man sich nicht über die Einstellung und Handlungsweise vieler Ausbilder zu wundern, die nicht erst seit gestern mit Rambomethoden und rechtsradikalen Sprüchen ihre Rekruten schikanieren.

Manche linke Kritiker sprechen nun von Folter und sehen eine Enttabuisierung, auch im Zusammenhang mit den Vorgängen um den Daschner-Prozeß. Nun müssen Mißhandlungen nicht gleich Folter sein, doch die Gren-

zen sind fließend. So kommt es nicht allein auf den Sachverhalt an, sondern auch darauf, ob sich der Misshandelte gefoltert fühlt.

Der Stein ist eher durch Zufall ins Rollen gekommen – eine Verhöhnung der Funktion des Wehrbeauftragten Penner, der Coesfeld gleich als „Einzelfall“ herunterspielen wollte. Inzwischen werden immer mehr Mißhandlungen bekannt, an den Standorten Ahlen, Nienburg, Kempten usw.. Was noch unter der Decke schwelt, kann man nur ahnen.

Die Ausbildungsmethoden in Coesfeld überschritten die Grenzen zum Sadismus. Nach einem Bericht in der FR wurden die Rekruten mit Stromstößen gequält. Sie wurden gefesselt, ihnen wurde Wasser in den Rachen geschüttet, sie wurden geschlagen, ihnen wurden Säcke über den Kopf gestülpt und sie wurden mit Fußtritten „behandelt“. Man spricht von 80 betroffenen Rekruten. Ihre Vorgänger hatten den Neuankömmlingen „viel Spaß in der Hölle“ gewünscht. Nur einer der Gequälten hatte den Mut, das vereinbarte Codewort „Tiffany“ zu rufen, um die Gewalttätigkeiten zu beenden.

Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Truppe. Das Klima der Kameraderie, des Zwangsgehorsams und der Angst muß in der Bundeswehr dermaßen stark sein, daß ein Ausbrechen aus der militaristischen Zwangsjacke gar nicht mehr in Betracht gezogen wird. Da erhebt sich die Frage, wie sich solchermaßen ge-drillte Soldaten im Ernstfall gegenüber ihrem Gegner wohl verhalten würden. Die Verrohung, die durch die Auslandseinsätze verstärkt wird, läßt Schlimmes vermuten. Gegen 20 Unteroffiziere und einen Hauptmann wird wegen der Coesfelder Mißhandlungen nun von der Staatsanwaltschaft ermittelt.

Kriegsminister Struck tut entsetzt, wie die Dienstaufsicht versagt habe. Als ob ein solches Verhalten ein Wunder wäre bei dem Ungeist, der nicht nur die Truppe durchzieht, sondern für den auch jene Politiker verantwortlich sind, die die politische Richtung bestimmen und dann innenpolitisch die Konsequenzen fürchten, die ihre imperialistische Politik erfordert.

Zum Tod von Heinz Drab

Er starb am 3. September in Nürnberg, wo er jahrzehntelang unermüdlich politisch gewirkt hatte, nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren. Wie alle anderen seines Jahrgangs bestimmten Nazi-Diktatur, die Schrecken des Krieges und die anschließenden Notjahre seine Kindheit. Heinz zog im Laufe der Zeit daraus seine Schlüsse und wurde zum entschiedenen Kriegsgegner. Daß er einmal eine solch bedeutende Rolle als Linker einnehmen sollte, war ihm nicht in die Wiege gelegt, entstammte er doch einem deutschnationalen Elternhaus. Sein Vater war Anhänger von Hitlers Komplizen, dem General Ludendorff. Doch Heinz gehörte zu den Wenigen, die nicht nur Lehren zogen aus der schrecklichen Vergangenheit, sondern auch selbst politisch im Geiste des „nie wieder“ aktiv wurden und sich politisch weiterentwickelten.

Nachdem er den Abschluß der Wirtschaftsoberschule nachgeholt hatte, arbeitete er auf dem Bau. Als ihm das aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich war, wurde er Funktionär der IG Bau, Steine, Erden. Aus dieser Zeit stammen seine Beziehungen zu den hiesigen Gewerkschaften, was ihm seine spätere Bündnisarbeit erleichterte. „Heinz Drab war in den fünfziger Jahren eine der wichtigsten Persönlichkeiten beim Wiederaufbau der DFG in der Bundesrepublik und der Friedensbewegung in Nürnberg nach dem Krieg“, hieß es in einem Nachruf in der „Zivilcourage“. Als Landesvorsitzender der „Deutschen Friedensgesellschaft“ in Bayern hat er viele junge Mitstreiter befruchtet und war zum Vorbild geworden.

Als die Proteste gegen den Vietnamkrieg einsetzten, wurde er auch da zum Motor und Koordinator der Demonstrationen. Auf Grund seines bedächtigen und vermittelnden Wesens gelang es ihm immer wieder, die unterschiedlichsten Kräfte in der Aktion zusammenzufassen. Auch bei anderen Aktionen des Widerstandes verstand er es, zwischen verfeindeten Kräften zu vermitteln, wobei dann Gewerkschafter mit Ultralinken, Kommunisten mit Christen zu-

sammen zur Tat schritten. Heinz war dabei, als die DFG und die IdK die Ostermärsche organisierten, beim Kampf gegen den Atomtod, gegen Raketenstationierung der Schmidt-Regierung usw.

Alle Bündnisse mußten erst geduldig geschmiedet werden, sollten die Demonstrationen gelingen. Heinz hatte seinen Beruf gewechselt und betrieb einen Schreibwarenladen im Nürnberger Stadtteil Wöhrd. Das Hinterzimmer des Ladens wurde zur Drehscheibe der Linken und der Friedensbewegung. Dort diskutierte und beriet er mit der illegalen KPD genauso, wie mit Studenten der APO-Bewegung. Daraus entstand sehr oft eine enge politische Freundschaft und Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Mitstreitern, wobei besonders die mit Alfred Sauer (KPD/DKP) hervorzuheben ist. Was Heinz Drab auszeichnete, war seine Zähigkeit und Ausdauer sein Leben lang, über manche persönliche Hindernisse hinweg. Die Koordination war seine besondere Begabung.

Besonders in Erinnerung wird der riesige Ostermarsch 1968 in Fürth bleiben, an dessen organisatorischen Vorbereitungen er großen Anteil hatte. Es war der Höhepunkt der APO-Bewegung in Bayern und traf mit dem Anschlag auf Rudi Dutschke zusammen. Heinz tritt mit den APO-Studenten und mit seiner Glaubwürdigkeit konnte er sie zum gemeinsamen Handeln zusammenbringen. (Umso missverständlicher ist es, daß ein Buch über die APO-Bewegung in Nürnberg nicht einmal seinen Namen erwähnt.)

Ein spezielles Anliegen von Heinz war der Kontakt zu Friedensgruppen in der Tschechoslowakei und der DDR Mitte der achtziger Jahre. Heinz setzte seine ganze Kraft in den Aufbau der Deutschen Friedensunion, wurde Landesvorsitzender von Bayern und hauptamtlicher Geschäftsführer der DFU. Der Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers erfolgte zur selben Zeit, als sein gesundheitlicher Zustand immer schlechter wurde, und er zu aktiver Arbeit nicht mehr in der Lage war.

Über seine Kriegsgegnerschaft hinaus war Heinz auch ein scharfer Kritiker der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Er war im strengen Sinne kein Marxist, jedoch kritischer Anhänger des Sozialismus. Seine guten Beziehungen zur KPD/DKP hinderten ihn nicht, seit ca. 1960 mit unserer Gruppe „Arbeiterpolitik Nürnberg“ und später „Arbeiterstimme“ guten Kontakt zu pflegen. Er unterstützte uns, vor allem mit Hinweisen und Informationen.

Anfang der sechziger Jahre, in der Zeit der sogenannten politischen „Friedhofsruhe“, war die „Gruppe Arbeiterpolitik Nürnberg“ auf wenige Genossen abgeschmolzen. Der sie zusammenhielt, war der Altgenosse Karl Grönsfelder (Spartakusführer in Nürnberg, KPD-Führer, Landtagsabgeordneter und KPO-Leiter). Etwa 1962 nahm er unsere Anregung auf und wir luden Heinz Drab ein, ein Referat in unserem kleinen Kreis zu halten. Karl freute sich, daß es noch junge Menschen in dieser Zeit des schärfsten Anti-Kommunismus gab, die unkonformistisch und kritisch waren. Heinz hatte durch seine Sachlichkeit und Kenntnis überzeugt.

Obwohl manchmal mit anderer Ansicht und anderen Prioritäten, war die lange persönliche und politische Beziehung zwischen Heiner und mir stets fruchtbar.

Hans Steiger

Anzeige

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen

Tel.: 0551 - 770 80 08 (Di. & Do. 15⁰⁰ - 20⁰⁰ Uhr)

Fax: 0551 - 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de

www.rote-hilfe.de



Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.

Kontonummer:

19 11 00 - 462

BLZ:

440 100 46

Postbank Dortmund

„Linken kann nur die Wahrheit helfen.“

„Linken kann nur die Wahrheit helfen.“ Ein echter Kernsatz in dem Beitrag von Günter Grenzroth „Zur jüngsten Stalinismusdebatte“ (Arbeiterstimme, Herbst 2004, S. 23 ff). Doch inwiefern hat er sich selbst der Wahrheit angenähert, als er über die Diskussion in der „Jungen Welt“ (JW) anlässlich der Veröffentlichung eines Artikels von Christoph Jünke im Ergebnis der Konferenz linker Gruppen in Leverkusen berichtete? Da ich nun derjenige war, der die Teilnahme von „Arbeiterstimme“ (Arsti) und „Arbeiterpolitik“ (Arpo) an dieser Konferenz angeregt hat, da ich aber auch derjenige bin, dem Günter Grenzroth die „Palme“ überreicht und sogar einen „Rang“ verleiht, gestatte ich mir, ganz im Sinne seiner Forderung: „Argumente müssen wahrheitsgetreu interpretiert und beantwortet werden“, Stellung zu nehmen. Vorausgeschickt sei: Weil ich der Auffassung bin, daß die Geschichte der KPD nicht ohne die Geschichte der KPD (O) geschrieben werden kann, sie also voller Widersprüche ist, die nicht einfach in die Gegenwart übertragbar sind, wurde ich in den „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ der Dekadenz verdächtigt (meine Erwiderung blieb unveröffentlicht). Weil ich in den „Marxistischen Blättern“ 1-04 den Artikel „Trotz alledem! Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte“ (es ging um den „Kurzen Lehrgang“) veröffentlichte, der u. a. den Satz enthält: das „handlungsorientierte Selbstverständnis der kommunistischen Partei kann nicht vom Geschichtsverlust des 'einigen Marxisten' Stalin hergeleitet werden“, wurde ich von ehemaligen Genossen der DKP und jetzigen Mitgliedern der KPD zum „Trotzkisten“ ernannt. Der Vorgang wiederholte sich als ich für die Verbreitung des gemeinsamen Berichtes von Arsti und Arpo über die Leverkusener Konferenz sorgte. Meine sehr prinzipielle Kritik an dem Totschweigen der Konferenz in der Zeitung „Unsere Zeit“ blieb vom Adressaten, dem Parteivorstand der DKP, leider unbeantwortet. Weil ich Christoph Jünke in der JW widersprochen habe, denn ich halte die Position von Isaac Deutscher, wie ich es Christoph in Leverkusen unmißverständlich gesagt habe, für die weitaus ausgewogenere und richtigere,

werde ich jetzt wohl als „Stalinist“ bezeichnet. Ja so sind die Linken. Ein Königreich für ein Schubfach!

Persönlich würde es mir völlig ausreichen *Marxist* zu sein. Aber auf den Gedanken, daß sich die Teilnehmer von Leverkusen möglicherweise gerade auf diesen für sie eigentlich kleinsten gemeinsamen Nenner einigen könnten, ist noch nicht einmal Günter Grenzroth gekommen. Ebenso wenig auf den Gedanken, der ein Gedanke von Brecht ist, daß die in Leverkusen versammelten Gruppen vor dem vier Monate später einsetzenden Streit zwar zu erschrecken haben, aber deshalb noch lange nicht verzweifeln brauchen. Denn der Kontakt kann nicht nur in der Form der Umarmung, sondern auch in der Form des „Faustschlags“ erfolgen. Sicherlich eine ungewöhnliche dialektische Betrachtung, die von denjenigen nicht verstanden wird, die meinen, in der JW-Debatte sind kaum Marxisten zu Wort gekommen. In Wirklichkeit aber geht es um die Folgen und Ursachen einer verheerenden Niederlage, die sachliche Kritik als Lebelement der Arbeiterbewegung und darum, im Interesse der Lösung gemeinsamer *heutiger* Aufgaben, nicht die Geduld zu verlieren. Was nach einem sehr sinnvollen Ausspruch von Hegel bedeutet, nicht das Unmögliche zu verlangen, nämlich die Erreichung des Ziels - so u. a. die Einheit der Linken - ohne die Mittel. Und er fügt hinzu: „Einesteils ist die *Länge* dieses Wegs zu ertragen, denn jedes Moment ist notwendig; - andernteils ist bei jedem sich zu *verweilen*, denn jedes ist selbst eine individuelle ganze Gestalt und wird nur absolut betrachtet, insofern seine Bestimmtheit als Ganzes oder Konkretes oder das Ganze in der Eigentümlichkeit dieser Bestimmung betrachtet wird.“ (Phänomenologie des Geistes, in: G. W. F. Hegel, Werke in zwanzig Bänden, Bd. 3, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1970, S. 33)

Nun zu Faktischem. Wenn Günter Grenzroth es ernst meint mit seinen sehr wichtigen, von mir unterstützten Vorschlägen zur Streitkultur unter den Linken, dann darf man nicht nur die „mutige Tat“ der JW loben, sondern hat auch die mutige Tat der „Marxistischen Blätter“ zu erwähnen, die alle Konfe-

Leserzuschrift zu: Günter Grenzroth, Zur jüngsten Stalinismusdebatte, Arbeiterstimme, Herbst 2004, S. 23 ff.

renzbeiträge unverändert veröffentlicht haben, darunter das Referat von Hans Krusch, das sich u. a. gegen die Oktoberberlegende von 1923 wendet und sogar einen Beitrag zur Geschichte des Aktionsprogramms der KPD, ein Konfliktstoff besonderer Art. Weiter. Ich gehe davon aus, daß es auch in den Augen von Günter Grenzroth durchaus kein Makel ist, Mitglied der Programmkommission der DKP zu sein. Oder etwa doch? Immerhin war es die dieser Partei nahe stehende „Marx-Engels-Stiftung“, die zur gemeinsamen Diskussion eingeladen hat, eine Diskussion, in der niemand ausschließlich das Zepter in der Hand hielt. Dies also vorausgesetzt komme ich nunmehr zur Wiedergabe und Interpretation meines Leserbriefes an die JW durch den von mir wegen seiner historischen Kenntnis und offenen, erfrischenden Art geschätzten Kritiker.

Zunächst verwundert es mich, daß in einem Zitat das Wort „desorientiert“ durch „desavouiert“ ersetzt wurde, was nun doch etwas anderes ist. Dann fällt auf, daß Günter Grenzroth behauptet, ich hätte eine Frage von Clara Zetkin weggelassen, während sie völlig beabsichtigt - und keineswegs zufällig - ausführlich wiedergegeben wird. Aber das ist wohl ein Druckfehler. Daß mir der Autor das Verschweigen des Erscheinungsjahres der Schrift von Clara Zetkin vorwirft, kreide ich ihm natürlich nicht an. Schließlich kann er nicht wissen, daß ich die Quelle ausführlich belegt habe, dies aber - ähnlich wie bei Christoph Jünke - redaktionell, also ohne mein Zutun gekürzt wurde. Allerdings, so ganz unbedeutend ist die Quelle nicht. Handelt es sich doch um die in der DDR erschienenen „Gesammelten Schriften“ von Clara Zetkin; also wer die Arbeit lesen wollte, konnte das mühelos tun. Was aber selbst heute noch wenig bekannt ist, sollte nun doch endlich durch uns bekannt gemacht werden. Die Behauptung, ich hätte verschwiegen, daß sich Clara Zetkin nicht auf „Stalins bürokratische Diktatur“ bezieht ist unerheblich. Denn bei mir heißt es: In dem Buch „geht es nicht um Stalin, aber um die Diktatur des Proletariats und die Versuche, Rosa Luxemburgs Stellung zum Bolschewismus zu verfä-

schen“. Angesichts dessen, wie Rosa Luxemburg in die „Stalinismusdebatte“ und die Debatte um die Oktoberrevolution heute oftmals eingeführt wird - nämlich als bürgerliche Pazifistin -, wäre dies allein schon Grund genug, Clara Zetkins Darstellung ausführlich vorzustellen.

Wie steht es nun aber um den Zweck meines Leserbriefes in den Augen von Günter Grenzroth? Auch hier verwundert mich der recht sorglose Umgang des Kritikers mit dem Text. Er sieht den Brief wohl eher als die Spitze eines Komplotts an statt als Versuch, die Debatte, die bei mir durchaus ähnliche Empfindungen wie bei ihm hervorgerufen hat, auf eine solidere Basis zu stellen. Damit bedient sich der Kritiker genau jener Methode, die er selbst in Frage stellen will. Das alte Model „Stalinismus-Antistalinismus“ bleibt erhalten. Zwar hat er erkannt, daß der Beitrag nicht in das übliche Schema „Stalinisten und Trotzkisten gegeneinander“ paßt, aber er übergeht schon den prinzipiellen Ausgangspunkt, daß man als Marxist die politischen Formen nicht von ihrer gesellschaftlichen Unterlage trennen darf. Die Bürokratie für sich genommen (auch als soziale Schicht) erklärt noch gar nichts, weil sie nämlich selbst erst erklärt werden muß. Man hat sich also auch im Falle Stalins mit dem Zustand der Arbeiterklasse, ihrer Organisationen, der sozialökonomischen Verhältnisse und der Produktivkräfte zu befassen, national wie international. Erst dann wird klar, welche Bedeutung die Persönlichkeit für die Ausgestaltung des politischen Überbaus tatsächlich hat. Aus dem Stalin-Kultus entstand die Stalin-Legende, die, weil sie eine große Kraft und Zähigkeit entwickelte, niemals allein auf absichtlicher und planmäßiger Fälschung beruhen konnte, wenngleich sie von dieser unterstützt wurde - bis hin zur physischen Vernichtung ehemaliger Kampfgefährten. Diese Legende, die das Vertrauen des Volkes in den Leninschen Führungsstil nutzte, war der ideologische Überbau einer bestimmten ökonomisch-politischen Entwicklung, wie das mit jeder historischen Legende der Fall ist. So verhält es sich auch mit dem „Einlandsozialismus“, der aus dem Zwang zum Überleben geboren wurde.

Doch kommen wir zum Kern. Meinen Kritiker stört nicht zuletzt der Ausdruck „welcher Weg angenehmer als der Stalinsche sei“. Ganz bewußt

greife ich hier einen Gedanken von Heinrich Brandler in seinem Brief an Isaac Deutscher vom 20. März 1960 auf: „Die Wirklichkeit drängt z. Z. in der kapitalistischen Gesellschaft die Werktätigen noch nicht zur Erkenntnis der Sozialistischen Revolution, sondern zum Ausweg einer Verständigung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Frieden und Koexistenz. Dieser Umweg ist populär, den Massen angenehmer als der Stalinsche.“ (Unabhängige Kommunisten, Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967, Herausgegeben von Hermann Weber, Berlin 1981, S. 197) In diesem Sinn wäre es Christoph Jünkes Aufgabe gewesen, den Zustand zu enthüllen, der der Illusion bedarf, daß die harten Zwangsmaßnahmen in der Stalinzeit in jeder Beziehung außerhalb der politischen Notwendigkeit lagen, also überhaupt nichts mit den Interessen der Revolution zu tun hatten. Was dies bedeutet, bringt die von der Gruppe Arbeiterpolitik herausgegebene Broschüre „Weiße Flecken, Über die Geschichte der Sowjetunion“ sehr anschaulich zum Ausdruck. Hier werden die Zwangsmaßnahmen in ihren Widersprüchen begriffen - und anders sind sie nicht zu begreifen, es sei denn, man spricht vom „Zentrum des Bösen“.

Die sozialistische Revolution das ist das Kernproblem. Das Mittel ist die Diktatur des Proletariats, somit die Aufhebung der Objektstellung der Arbeiterklasse, ja aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Volkes. Und würde mein Kritiker in Zitaten nach alter Manier nicht fälschlich nur angebliche Beweise (Zetkins Zitat beweist gar nichts), sondern *methodische Orientierungen* entdecken, dann wäre ihm natürlich aufgefallen, daß mein Artikel *historische Konkretheit* fordert, sonst wird die Rolle der Gewalt in ihren zwei Formen (als spontane elementare Gewalt der Volksmassen und als organisierte staatliche Gewalt) in der Geschichte entstellt. Diese Konkretheit - und dabei bleibe ich natürlich - ist bei Christoph Jünke nicht gegeben. Wendet man aber die Gesichtspunkte von Clara Zetkin als eine Art „Leitfaden zum Studium“ auf die Geschichte an, dann leistet man wirklich einen Beitrag zum Erkennen und zur Erklärung all jener Entwicklungen und Deformationen, die in der „Stalinismusdebatte“ auf dem Prüfstand stehen, ohne dem Antikommunismus Beifall zu klatschen. Dann wird auch klar, weshalb

man nicht von den „Verbrechen der kommunistischen Weltbewegung“ sprechen darf und weshalb Stalin nicht schlechthin ein Verbrecher war, obwohl er sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht hat. Geahnt hat das mein Kritiker, aber ausgesprochen hat er es nicht. Warum nicht?

Will man das verhängnisvolle Schema „Stalinisten gegen Trotzkisten“ durchbrechen, dann muß man die Diskussion auf die *grundsätzliche Frage* nach der Diktatur des Proletariats im Zetkinschen Sinne ausrichten. Ich habe Christoph Jünke, wie mein Kritiker wider besseren Wissens behauptet, gerade nicht vorgeworfen, daß er die Frage der Diktatur des Proletariats mit Hilfe der „Stalinismusdebatte“ *überhaupt* umgeht, sondern daß er sie in „*ihrer Konkretheit*“ umgeht - und das ist nun doch etwas anderes. Ich überlasse es Günter Grenzroth, das Gegenteil zu beweisen. Doch für die geistige Befreiung des Proletariats, die natürlich primär keine Sache der Propaganda ist, sollten wir unbedingt gemeinsam kämpfen, denn auch was den Arbeiter bewegt muß durch seinen Kopf hindurch. Aber die „Messer und Gabel Frage“ als Motiv des Handelns kann verschiedene Formen in diesem Kopf annehmen. Das Sein bestimmt das Bewußtsein, der Eigentumslosigkeit kann nur die Illusionslosigkeit entsprechen. Dies ist unser Trumpf. Streiten wir also um eine Aufklärung und Taktik, die die Arbeiterklasse zur Selbstbefreiung befähigt, die sie vom Einfluß der Bourgeoisie löst. Organisieren wir uns - durch die „Umarmung“ und - wenn nicht anders möglich - auch durch den „Faustschlag“, aber in jedem Fall für die Arbeiter verständlich. Bleiben wir im Gespräch, denn der Zirkel hat sich genau dann überlebt, wenn es uns gemeinsam danach drängt, die Grundfragen in aller Schärfe aufzuwerfen und zu beantworten. Eine solche Frage ist jedoch auch, welche Tendenzen zur Isolation der Beitrag von Christoph Jünke enthält. Diese Frage verschweigt mein Kritiker, der doch ansonsten gerade dem Verschwiegenen auf den Grund gehen will. Schade. Ob das wohl Christoph und uns allen hilft? Übrigens, ich bin für die Veröffentlichung einer Antwort von Christoph Jünke in der JW eingetreten. So verschlungen sind die Wege der Kritiker!

Herbert Münchow

Nachdruck aus: uz - Zeitung der DKP

Wohin steuert Venezuela?

Zwischen Bolívar und Marx liegt ein Quantensprung - Gedanken über Herkunft und Zukunft der „Bolivarianischen Revolution“

Nach langem Zögern sowohl bei der traditionellen als auch bei der sich selbst „unorthodox“ nennenden Linken Europas ist das südamerikanische Venezuela mit der Niederschlagung des Putschs gegen Präsident Hugo Chávez Frías im April 2002 zu einem Kristallisationspunkt für einen brauchbaren Ansatz im Kampf gegen den Kapitalismus geworden - oder vielleicht doch nur gegen dessen neue Kleider, den Neoliberalismus.

In der Ungenauigkeit der Zieldefinition hat das zu erörternde Problem einen Teil seines Ursprungs. Denn die nicht nur für Marxistinnen und Marxisten wichtige Frage ist, ob das venezolanische Modell dabei eben noch zum Herunterreißen der Kleider reicht (und vor dem nackten Kapitalismus danach mangels Konzept zurückschrecken muss) oder ob es die derzeit vielversprechendste Möglichkeit zur Überwindung des Klassensystems ist. Nicht von ungefähr wird im Zusammenhang mit Venezuela von den einen oft vom „Gegenmodell“ oder einer „Alternative zum Neoliberalismus“ gesprochen, und wenig von der Überwindung des Kapitalismus. Gleichzeitig aber weckt der verwendete Begriff „Revolution“ Hoffnungen bei den anderen. Es ist hilfreich eine Bestands- und Begriffsanalyse vorzunehmen.

Venezuela braucht Solidarität

Vorab: der bolivarianische Prozess, auch „Bolivarianische Revolution“ genannt, verdient unsere Solidarität. Die Beteiligung des Volkes an Entscheidungen, die Selbstorganisation von bis dahin politisch desillusionierten Menschen, die von oben nach unten laufende Ermunterung zur Partizipation, die von unten nach oben gegebene Aufforderung zur Fortführung der bolivarianischen Revolution: das sind innere Stärken des Prozesses, die uns hier in mancher Hinsicht fehlen und auch deswe-



gen stärkere Beachtung finden sollten. In ihm steckt der Kern für eine neue Souveränität in Lateinamerika, in erster Linie die, selbst über die strategischen Ressourcen bestimmen zu dürfen. Damit verbunden ist eine Wiederbelebung der Blockfreienbewegung, wie sie sich jetzt mit der Zusammenarbeit mit Brasilien, Indien, Südafrika, China und anderen „Schwellenländern“ abzeichnet. Ganz abgesehen von taktischen Elementen wie einer möglichen Atempause für das sozialistische Kuba gegenüber der andauernden imperialistischen Aggression durch die USA und die Europäische Union.

Aus der historischen Etappe nach der Implosion des realen Sozialismus und der damit verbundenen Perspektivlosigkeit saugt Venezuela seine Attraktivität für alle, die nach einem - für die eine oder andere der genannten Zielstellungen - gangbaren Modell suchen. Dass sich hier von Marxisten bis attac eine ganze Reihe unterschiedlicher Strömungen treffen, funktioniert aus zwei Gründen: das Scheitern des größten Teils der sozialistischen Staatenwelt lässt aktuell mehr Raum für Debatten um verschiedene ideologische Spielarten - und mit der scheinbaren oder realen Stärke des Gegners ist das Greifen nach Strohhalmen fast aller Art bei einigen Teil der Selbstvergewisserung oder

zuweilen leider auch Anzeichen für das Abhandenkommen revolutionärer, mit Antonio Skármeta gesprochen: brennender, Geduld geworden.

Den zweiten Grund beiseite lassend, der bei einigen Linken zu einer mehr als fragwürdigen Bezugnahme auf egal welchen Widerstand führen kann, wenn er denn die USA (oder „den Imperialismus“) zum Gegner hat (Beispiel Irak), lohnt sich vielmehr der Blick auf die Frage, ob in Venezuela Reform oder Revolution vonstatten geht.

Wenn auch nach Lenin „wirkliche Reformen in der kapitalistischen Gesellschaft Doppelcharakter haben“, so sind die selbst errungenen und nicht vom Kapital taktisch zugestandenen Reformen bewusstseinsfördernde (weil Grenzen des Systems aufzeigende) und nicht nur daseinsverbessernde (und so zuweilen systemstützende) Maßnahmen. In Venezuela handelt es sich zweifelsfrei um selbst erkämpfte Reformen, daher im Leninschen Sinne unterstützenswerte. Sehr interessant ist in dieser Hinsicht die (hier nicht erörterte) Frage, ob die Tatsache, dass diese Reformen in Venezuela mit und nicht gegen eine Regierung durchgesetzt werden, den weiteren Verlauf der Bolivarianischen Revolution positiv oder negativ beeinflussen wird.

Reform- oder Revolutionsprozess?

Drei wesentliche Anhaltspunkte lassen die nach Analyse der real vor sich gehenden Prozesse an sich leicht (nämlich bislang mit Nein) zu beantwortende Frage, ob nicht sogar revolutionäre Prozesse ablaufen, zunächst schwierig erscheinen, da sie zur Verwirrung beitragen können.

Die Begrifflichkeit der „Bolivarianischen Revolution“: „Die Revolution erstrebt eine bewusste, totale und endgültige Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse“, so eine brauchbare Definition. Die Französische Revolution machte mit der Abschaffung der Monarchie dem Bürgertum Platz, und die Oktoberrevolution ermöglichte mit dem Sturz des Zarismus den Sozialismus. Andere Klassen traten an die Stelle der alten Herrschaftsstrukturen. Wer oder was aber macht in Venezuela wem Platz? Und wieso Simón Bolívar statt Lenin?

Zu verstehen ist der bolivarianische Prozess nur mit einem Rückgriff in die Ereignisse vor zweihundert Jahren. Zwischen Mexiko und Argentinien machten sich überall militärisch-politische Führer, in der Regel Criollos (in Amerika geborene Nachfahren von spanischen Einwanderern, die zur wirtschaftlich dominanten Schicht gehörten, aber politisch den Weisungen der kastilischen Könige in Madrid unterstanden), daran die verschiedenen Vizekönigreiche und Generalkapitanate von der Fremdherrschaft zu befreien. Simón Bolívar (1783-1830) griff nach seinem Europaaufenthalt zwar erst 1807 in die Kämpfe ein, war aber in der Folge im Zusammenwirken von militärischen und politischen Strategien nicht nur der genialste der Befreier, sondern auch einer derer, die mehr als die Verbesserung der persönlichen Position im Auge hatten. Seine Revolution, die das Konzept der absoluten Souveränität und einer lateinamerikanischen Einheit im Sinne einer „Nation von Republiken“ verfolgte, aber kurz vor seinem Tod auf Nationalstaaten hinauslief, brachte ähnlich dem Vorbild der Französischen Revolution eine nun auch politisch mächtige Bourgeoisie hervor. Hinsichtlich des Besitzes der Produktionsmittel wollte Bolívar auch nie mehr als das, aber im Gegensatz zu den bürgerlichen Gesellschaften Europas wurden die jungen Nationalstaa-

ten nach Bolívars Tod nicht einmal souverän. Der revolutionäre Prozess, erfolgreich bei der Ablösung der Monarchie, blieb unvollendet hinsichtlich der Eigenständigkeit. Da also die Befreiung von Spanien (im Falle Brasiliens von Portugal) für die Linke in Lateinamerika nie mehr als eine „erste, unvollständige Befreiung“ sein konnte, ist die folglich notwendige „zweite Befreiung“ eine erneute, dieses Mal mit Erfolg durchzuführende, Bolivarianische Revolution. Die soziale Befreiung, ab 1961/62 nur auf Kuba eingeleitet, steht auf einem anderen Blatt, das zwei Jahrzehnte später Marx und Engels und nicht Simón Bolívar beschrieben hatte. Dessen Revolution war klassisch-bürgerlich, mit dem Schwerpunkt auf Souveränität gegenüber Europa. Paradoxe Weise basiert der laufende Prozess in Venezuela genau auf dem Scheitern Bolívars vor hundertfünfundsiebzig Jahren.

Die Zusammenarbeit mit Kuba

Oft ist von einem kommenden „zweiten Kuba“ die Rede. Tatsächlich gibt es Zusammenarbeit. In mehreren der zur Zeit zehn „Missionen“, den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsprogrammen, die die venezolanische Regierung in Zusammenarbeit mit Stadtteilkomitees und gesellschaftlichen Organisationen durchführt, gibt es kubanische Hilfe logistischer und personeller Art. Kuba wurde in den „Pakt von San José“ aufgenommen, mit dem Mexiko und Venezuela Länder der Karibik und Zentralamerikas mit Öl und Krediten zu Vorzugspreisen versorgen. Es existiert eine große Übereinstimmung zwischen Fidel Castro und Hugo Chávez mit Blick auf die lateinamerikanische Integration; Parallelen gibt es auch zur Herkunft der Kubanischen Revolution, die unter Bezug auf José Martí als nationale Befreiungs- und nicht als antikapitalistische Bewegung begann. Die Befreiung von Spanien 1898 blieb unvollendet, da sie von einer Abhängigkeit von den USA abgelöst wurde. 1959 war die Revolution zunächst „nur“ eine Befreiung von der Diktatur und ein Schritt zur Souveränität. Über die punktuelle Zusammenarbeit hinaus aber gibt es keine Art von Beistandspakt, geschweige denn einer ideologischen Übereinstimmung; die Beziehung erinnert mit der

souveränen Außenpolitik Venezuelas sehr an das Verhältnis zwischen Mexiko und Kuba zwischen 1959 und 2000.

Die Reaktion der USA und eines Teils der venezolanischen Bourgeoisie

Im Dezember 2001 beglückwünschte Fidel Castro Hugo Chávez, als sich dieser einem massiven Unternehmerstreik gegenüber sah: „Dann geht es doch in die richtige Richtung!“ Es ist oft mehr der Hass und die Reaktion des Gegners, der den Reformprozess vorantreibt und ihm - wie mit der US-gesteuerten Invasion Kubas in der Schweinebucht im April 1961 - eine revolutionäre Wendung geben könnte. Im Februar 2003 äußerte Juan Pablo Torres, venezolanischer Konsul in New York: „Die Richtung dieser Revolution bestimmen nicht wir. Sie wird beschleunigt durch die oligarchische Reaktion, durch die Massenmedien, die ihren Interessen dienen, und durch äußere Faktoren. Wir wissen nicht einmal, ob die Revolution uns verfolgt oder wir sie.“ In Zeiten, wo sich fast überall auf der Welt die Besitzenden in der Offensive befinden, ist die Reaktion einer im Hintertreffen befindlichen Kapitalistenklasse umso heftiger, schon wenn ihr kleinste Zugeständnisse abverlangt werden. Ihr „Kommunismus!“-Geschrei einerseits, ihre putschistisch-mörderischen Aktionen andererseits sind aber kein Hinweis auf den bevorstehenden Verlust ihrer Macht, sondern lediglich Beweis für den erlittenen Verlust von einigen Privilegien. Durchaus möglich, dass ihre Irrationalität dem Prozess revolutionäre Impulse geben wird. Das internationale Kapital ist da pragmatischer, wie die ruhigen Börsen nach dem Referendumssieg von Hugo Chávez belegen.

Gegen den Strom - aber bis zur Quelle?

Diese Aspekte, gepaart mit anti-imperialistischen Ansätzen und vor allem einer massiven Mobilisierungsfähigkeit der Basisbewegungen aus Arbeiterklasse und informellem Sektor, lassen Venezuela vielen als revolutionär erscheinen. Ein Blick auf die bisherigen Maßnahmen (samt und besonders als positiv hervorzuhebende Programme im sozialen, gesundheitlichen und edukativen Bereich) zeigt aber, dass

nichts jenseits einer bis vor fünfzehn Jahren z. B. von der europäischen Sozialdemokratie als machbar gepriesenen Politik liegt. Die neue Bolivarianische Verfassung garantiert weltweit fast einzigartige partizipativ-demokratische Rechte, ist aber auch ein Sozialvertrag, der das Privateigentum ausdrücklich schützt. Das (die transnationalen Konzerne begünstigende) Doppelbesteuerungsabkommen mit den Vereinigten Staaten wurde nicht verändert; auch die unter den bürgerlichen Vorgängerregierungen aufgestaute Auslandsschuld wird zurückgezahlt (das revolutionäre Kuba zahlt nur nach der Revolution erhaltene Kredite zurück).

In seinem Artikel „Zum Verhältnis von Reform und Revolution“ erwähnt Willi Gerns in der UZ vom 3. September das „Konzept (der damaligen DKP-Oppositionellen) des kontinuierlichen Voranschreitens zum Sozialismus durch Reformen ohne Brüche in den Macht- und Eigentumsverhältnissen“. Er analysiert, dass der Reformprozess aber blockiert werden wird, wenn neben dem außerparlamentarischen Kampf nicht auch neue Kräfteverhältnisse in Parlament und Regierung hergestellt werden, die die Bourgeoisie an einer gewaltsamen Verteidigung ihres Besitzes hindern. An diesem Punkt ist Venezuela angelangt, inklusive der neuen politischen Machtverhältnisse.

Mit den 1999/2000 eingeleiteten Veränderungen, der neuen Verfassung und dem folgenden 47-Gesetze-Paket begann Venezuela die Ideologie des Neoliberalismus in Frage zu stellen. Aber antineoliberal zu sein ist nicht automatisch gleichbedeutend mit Antikapitalismus. Auch Antiimperialismus ist dies nicht zwingend. Ein Blick auf Südafrikas ANC, der die Apartheid opfer- und erfolgreich bekämpfte, aber offenbar vor dem Kapitalismus kapituliert, ist hilfreich. Es verwundert kaum, dass Venezuela unter besonderer Obhut von attac Frankreich (Bernard Cassen) und „Le Monde Diplomatique“ (Ignacio Ramonet) ist. Denn im Falle Venezuelas sind die gewendete Sozialdemokratie und ihre „Sozialistische Internationale“ weder willens noch in der Lage den Portugal-Coup zu wiederholen. Sie setzen auf ihren SI-Freund, den ehemaligen venezolanischen Präsidenten Carlos Andrés Pérez, dessen Mordaufrufe gegen

Hugo Chávez sie bisher nirgendwo gerügt haben.

Bislang ähnelt der venezolanische Prozess den ersten Jahrzehnten des revolutionären Mexiko und - bei allen notwendigen Einschränkungen - dem peronistischen Argentinien; besonders auffällig aber sind die Parallelen zu den sozialrevolutionären Maßnahmen von Omar Torrijos in Panama. Auch dort half eine neue Verfassung das Volk für seine sozialen Belange zu mobilisieren.

Eine Schwierigkeit für die Revolutionäre unter den „Chavistas“ (zu denen durchaus auch der Staatspräsident selbst zählen mag) über den Antineoliberalismus hinauszukommen ist, dass die Regierungskoalition in ihren Reihen auch viele Konservative hat, die mit Chávez das Projekt „Souveränität“, aber nicht das Projekt „Soziale Gerechtigkeit“ bis in die letzte Konsequenz teilen. Genau hier verlief auch die Spaltung nach den militärischen Siegen Bolívars, die in die politische Niederlage der Nationalstaatlichkeit führte.

Das Problem hat das Politbüro der KP Venezuelas treffend analysiert, wenn es im August 2003 konstatierte: „Wir bekräftigen ohne jeden Zweifel, dass - trotz der Fehler und Defizite, die Momenten von sozial-institutionellen Brüchen innewohnen und Produkt von Unreife und fehlendem ideologischem Zusammenhalt des nationalistisch-patriotisch-revolutionären Blocks sind, der erhebliche Anzeichen von Sektarismus oder verengtem Blickwinkel zeigt, die die Einheit erschweren - wir heute unserem Volk eine erfolgreiche und positive Bilanz der Regierungsarbeit vorlegen können.“ Und es ist klug genug angesichts der starken Opposition die Erfolge in den Vordergrund zu stellen

In welche Richtung es weitergeht, hängt gerade auch vom Erfolg der Kommunisten und anderer Linker in Venezuela ab. Willi Gerns formulierte die Bedingung in dem erwähnten Beitrag so: „Worauf es vor allem ankommt, und wodurch wir uns von Reformisten unterscheiden ist, dass wir im Kampf um Reformen niemals unser sozialistisches Ziel aus dem Auge verlieren.“

Günter Pohl

UZ Zeitung der DKP, erscheint wöchentlich.

Abo-Verwaltung
Telefonisch: 02 01/2 48 64 82
Schriftlich: Pro-Abo-Service,
Postfach 14 07, 48237 Dülmen

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 145 Herbst 2004, 40 S.

- Angriff auf die Tarifverträge
- Kuba in Gefahr
- Kuba und die Linke
- Zur Diskussion über die neue Partei
- Die angestrebte Abwahl des Berliner Senats
- Rote Hilfe (Rezension)

Nr. 144 Sommer 2004, 40 S.

- Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?
- Zur Perspektiven sozialistischer Revolutionen
- Sozialistische Revolution/subjektiver Faktor
- Bildung (noch) für alle?
- Die Thalheimers (Rezension)
- 1923 Die abgesagte Revolution (Rezension)

Nr. 143 Frühjahr 2004, 40 S.

- Panik bei der SPD Nomenklatura zeigt Wirkung
- Tarifabschluß Metall
- Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus
- Streiks im Wintersemester
- PDS im politischen Wechselbad
- Einkommensverteilung in der BRD

Nr. 142 Winter 2003, 44 S.

- Gerster: Der neolibérale Sonnenkönig
- Zur Gründung einer neuen Linkspartei
- Gewerkschaften am Scheideweg
- Die Klassenoffensive des Sozialabbaus
- Oktober 1923: Eine Legende wird 80
- Nr. 141 Herbst 2003, 44 S.
- Die Niederlage (zum Streik im Osten)
- PDS - Triumph der „Reformlinken“
- GATS - Weltrecht des Kapitals
- Der Putsch in Chile vor 30 Jahren

Nr. 140 Sommer 2003, 40 S.

- Die alte Sozialdemokratie ist tot
- Steht die PDS vor dem Aus?
- Nach dem Irakkrieg
- Der bittere Weg der POUM
- Um den 17. Juni 1953

Nr. 139. 32. Jg. Frühjahr 2003, 40 S.

- Faustrecht (zum Krieg gegen den Irak)
- Verwirrung der Linken im Fall Nordkorea
- Rechte Anpassungspolitik der PDS
- Gesundheitsreform
- Tarifabschluß im öffentlichen Dienst

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Zum neuen Biographienlexikon

Einige Begleitumstände bei Erscheinen dieses Werkes sind mitteilenswert. Es kam auch deshalb zustande, weil die Fritz-Thyssen-Stiftung (benannt nach jenem Großindustriellen, der ab 1923 die NSDAP bezahlte, sich später aber mit dem NS-Regime überwarf) und die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung das Unternehmen bezuschussten. Herauskommen sollte es schon 2003 und ist auch so datiert, wurde aber erst während der Leipziger Buchmesse vom 25. bis 28. 3., danach am 1. 4. 2004 im Berliner Roten Rathaus der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu letztgenannter Veranstaltung eingeladen hatten die von Rainer Eppelmann geleitete „Stiftung Aufarbeitung“ und der aus einer ehemaligen SED-Institution heraus entstandene Karl Dietz Verlag. Die Laudatio hielt Wolfgang Leonhard, Ende der 40er Jahre Dozent an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“. Anschließend saß er mit Hermann Weber, einem seiner damaligen Schüler, beim Podiumsgespräch zusammen, das von der früheren Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe, tätig bei der Evangelischen Akademie, moderiert wurde.

Das Buch hat mehrere Vorläufer: Arbeiten Webers von 1969 und 1989, das „Biographische Lexikon“ der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Ostberlin 1970, und den biographischen Anhang zu Theodor Bergmanns KPDO-Geschichte „Gegen den Strom“, Hamburg 1987, die 2001 in erweiterter Form neu aufgelegt wurde. Zusätzliches Material fiel aus Moskauer Archiven und solchen der ehemaligen DDR an. Der Band enthält rund 1400 Biographien und 800 Fotos, wesentlich mehr als die vorangegangenen Veröffentlichungen.

Webers Einleitung ermöglicht einen Überblick über die Entwicklung der KPD-Mitgliedschaft, ihrer Funktionäre und Führer seit 1918. Der Autor verzeichnet überwiegend negative, leider wesentlich zutreffende Erscheinungen wie die, dass sich die kommunistischen Organisationen durch Hinausdrängen Oppositioneller „weg vom Typus moderner Parteien und hin zu einem strenggläubigen, hyperzentralistisch strukturierten ‚Orden‘“ mauserten und dieser „Kommunismus“ die einzige Bewegung in der jüngsten Geschichte war, „die mehr ihrer eigenen Führer, Funktionäre und Mitglieder umgebracht hat, als das ihre Feinde taten“. (S. 33 und 42) Gleichzeitig wurde gerade der KPD 1933-1945 ein extrem hoher Blutzoll durch den deut-

schen Faschismus abgefordert. Stalin seinerseits ließ auch Angehörige Karl Liebknechts verfolgen, der ihm wahrscheinlich durch seine entschiedene Absage gegen politischen Kadavergehorsam suspekt war. (S. 460) Er war – was hier nicht festgehalten ist – desgleichen für die Liquidierung von Angehörigen Richard Sorges nach dessen Hinrichtung in Japan verantwortlich. Der KPDO-Genosse Alfred Schmidt stand in der Weimarer Republik, unter Hitler und nach dem zweiten Weltkrieg vor Gericht. Das dritte, sowjetische Militärtribunal bestrafte ihn am härtesten, auch wenn das ursprüngliche Todesurteil zum Glück nicht vollstreckt wurde. (S. 672)

Zu den Auswahlkriterien gehört, dass neben den 59 Spitzenführern, darunter 47 Politbüromitglieder, die Funktionäre vom ZK bis zur Ebene mancher Städte Aufnahme fanden, ebenso Chefredakteure, Parteitag delegierte, Reichs- und Preußische Landtagsabgeordnete, ferner bekannte kommunistische Persönlichkeiten ohne Parteifunktion. Vielen Lebensläufen ist gemeinsam, dass der Weg der Betroffenen von der SPD über USPD und/oder Spartakusbund zur KPD, später bisweilen zu KAPD, KPDO, Leninbund, SAP oder „trozkistischen“ Gruppen führte. Aus bürgerlichen Kreisen stammende Genossen zählten häufig zu den Freiwilligen im ersten Weltkrieg, die unter dem Eindruck des großen Mordens zugunsten des großen Kapitals zu Gegnern imperialistischen Gemetzels wurden. Arbeitermitglieder gingen häufig nüchterner an den Krieg heran. Innerhalb der Bewegung betätigten sich z. T. sehr unterschiedliche Charaktere. Unter den mit ihrer Biographie Vertretenen sind aufrechte Kämpfer für eine bessere Welt – so Luxemburg, Liebknecht, Mehring, Jogiches und Zetkin, die später aus der KPD verstoßenen „Rechten“ Brandler, Thalheimer, Frölich und Walcher, die ebenfalls ausgestoßenen „Linken“ Fischer, Maslow usw. und eigenwillige Leute wie der Herausgeber der „Aktion“ Franz Pfemfert, der Psychoanalytiker Reich, Max Hoelz und sein Pendant Karl Plättner, Karl Retzlaw, der 1920 den ersten illegalen KPD-Apparat aufbaute und später Briefe Leo Sedows in die UdSSR mitnahm, oder Karl Radatz, der 1962 u. a. wegen Kritik an Walter Ulbricht in der DDR ins Zuchthaus kam. Zu den hier Vertretenen zählen stalinistische Führer und Apparatschiks wie Ernst Thälmann, der eben genannte Ul-

bricht und sein Kontrahent Herbert Wehner, Funktionäre, bei denen Rangeleien um Posten und das Intrigieren gegeneinander zum Tagespensum gehörten; zählen Mitglieder, die durch die Stalinisierung ihrer Partei verbogen und korrumpiert wurden, im Kampf gegen die Hitlerdiktatur aber Heldenmut bewiesen, Genossinnen und Genossen, die ehrlich bis zuletzt ihre Pflicht erfüllten – jedoch auch Denunzianten gegenüber NKWD und Gestapo. Unter Letztgenannten ragte Heinrich Schlagewerth hervor, der ganze Apparate der KPD, der KPDO und der Anarcho-Syndikalisten sowie trozkistische Gruppen auffliegen ließ (S. 665 f.), desgleichen Heinrich Fomferra, welcher ungeachtet des Faktums, dass durch seine Aussagen die „Rote Kapelle“ dezimiert wurde, später auf DDR-Gebiet im Innen- und Staatssicherheitsministerium, bei Grenzpolizei und Nationaler Volksarmee Dienst tun durfte. (S. 212) Dem sowjetischen Geheimdienst waren Gustav von Wangenheim und Ulbrichts Sekretärin bei der Komintern, Henny Stibi, untertan, die dem Rezensenten als Kaderchefin des Berliner Verlages Anfang der 50er Jahre in übler Erinnerung ist. Aus dem KPD-Bereich nach rechts sind Ernst Reuter, der Leiter des ersten SPD-Ostbüros Siegmund Neumann, SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Mommer und Henry Johansen gewandert, der als Ernest J. Salter gekonnt, aber auch entschieden antikommunistisch in der amerikanischen „Neuen Zeitung“ und im Sender Freies Berlin – die im Buche nicht vermerkt sind – Ost- und DDR-Entwicklungen kommentierte.

Die Herausgeber und gleichzeitigen Autoren Weber und Herbst haben sich um die historische Wahrheit bemüht. Sie waren weithin erfolgreich, versagten aber im Falle des Berliner Stadtverordneten Hermann Grothe, 1922-1924 Vorsitzender des Reichsausschusses der Betriebsräte. Dieser war weder Anhänger Ruth Fischers, noch schwankte er zu Thälmann um oder verbrachte später Jahre in französischer Emigration wie hier behauptet wird. (S. 270 f.) Er gehörte vielmehr zur sogenannten Parteirechten, dann zur KPDO, und brachte die ganze Hitlerzeit in Deutschland zu, u. a. im Zuchthaus. Da sie die Zweitaufgabe von Bergmanns „Gegen den Strom“ offenbar nicht kannten, wussten die Herausgeber auch von dem mit Ausschluss endenden SED-Partieverfahren 1951 gegen Grothe nichts, in dem er gegen stalinistische Fälschungen der sowjetischen und KPdSU-Geschichte anging und seine Parteiorganisation bemerkenswert lange hinter ihm stand. Im neuen biogra-

phischen Lexikon fehlt die Tätigkeit des einstigen Kampfgefährten Heinz Neumanns und späteren Vizevorsitzenden der westdeutschen KPD Kurt Müller nach seiner Rückkehr in den 50er Jahren aus sowjetischer Haft. Nicht enthalten sind die Lebensläufe Richard Beckers und Willy Perks, welche ebenfalls die Aufnahme in dieses Buch verdient hätten. Beckers Biographie findet sich bei Bergmann. Der KPD-, RFB- und KI-Funktionär Perk, in der Nazizeit KZ-In-sasse, war auch nach 1945 ein wichtiger Mann – so als Mitarbeiter des SED-West-

büros, Chefredakteur des Deutschlandsenders, Vizevorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees, Sekretär des FDGB-Vorstands und des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer.

Trotz solcher Mängel überwiegen die Vorzüge dieses Buches. Dazu gehören die dem üblichen Lexikonstil widersprechenden Spannungselemente, welche garantieren, dass es sich ebenso gut lesen wie nachschlagen lässt. Letzteres ermöglichen außer den Biographien selbst Angaben über Parteitage, Konferenzen, Leitungsgremien und Parla-

mentsmitgliedschaften, die zusammen mit Hinweisen auf Archive, Zeitungs- und Buchliteratur in dem von Herbst erarbeiteten Anhang stehen. Bei Zitaten im Text der Lebensläufe wären Quellenhinweise sinnvoll gewesen.

Günter Grenzroth

Hermann Weber/Andreas Herbst (Hrsg.):
Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945. Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 992 Seiten

Geschichtsverdrehung in Sachen „Mauerfall“ und Ende der SED

Die überwiegend durch sich selbst gleichgeschalteten BRD-Massenmedien kennen nur zwei Gedenktage deutscher Geschichte, die auf den 9. November fallen – den der Grenzöffnung der DDR und den der Reichspogromnacht. Die Novemberrevolution 1918 und der Hitlerputsch 1923 sind hier böhmische Dörfer.

Zur Maueröffnung, dem Geschehen davor und danach wurde auch 2004 viel Unsinn geboten. Gorbatschow, einst Erster Sekretär des ZK der KPdSU und UdSSR-Präsident, meinte in der „Financial Times Deutschland“: „In wenigen Wochen hatte sich in der DDR eine Tausende, später Millionen zählende demokratische Bewegung gegen das Honecker-Regime und im Grunde genommen für die Wiedervereinigung der Nation gebildet, selbst wenn diese Losung etwas später erschien.“ Liebich, Landes- und Fraktionsvorsitzender der PDS Berlin, tat per Pressemitteilung kund: „Es waren Menschen, die am 9. November 1989 die Berliner Mauer zum Einsturz brachten. Der Geist, mit dem am 4. November 500 000 DDR-Bürgerinnen und –Bürger auf dem Alexanderplatz demonstriert hatten, dass sie ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen wollten, brach sich die Bahn.“

Verfochten wird hier eine Geschichtslüge, die den Herren der erweiterten BRD gefällt. In Wahrheit zielte das Aufbegehren einer nennenswerten Minderheit im DDR-Volk, mit Höhepunkten am 9. 10. in Leipzig und 4. 11. in Berlin, auf eine bessere, für Demokratie und Sozialismus offene DDR, nicht auf Selbstaufgabe und Unterwerfung unter den Bonner Staat. Die „Streiter für Deutschland“ gingen auf die Straße, als es ungefährlich war. Von der CDU und rechts-extremen Agitatoren aus der Bundesrepublik mit Material versorgt, machten sie Stimmung für den Anschluss und jagten DDR-Anhänger. Die Mauer aber wurde

nicht von Reise- und Anschlusswilligen „zum Einsturz gebracht“, sondern auf Beschluss des SED-Zentralkomitees und des Ministerrates, letztlich auf Befehl des Staatsratsvorsitzenden Krenz, an den Übergangsstellen aufgetan. Damit war gleichzeitig dem westdeutschen Klassenfeind das Tor zu ungehinderter Einflussnahme auf den geschwächten zweiten deutschen Staat geöffnet, was wesentlich zu dessen baldigem Ableben beitrug.

Perlen der Geschichtsvernebelung lieferten 2004 auch die Verschwörungstheoretiker Eberhard Czichon und Heinz Marohn, Verfasser von „Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf“ (*ArSti* 127, März 2000). Neben Richtigem und teilweise Richtigem – beispielsweise war 1989 nicht „der Sozialismus in der DDR“ reformierbar, wohl aber die Letztgenannte, indes der Sozialismus erst auf den Weg gebracht werden musste – behaupteten sie in der „jungen Welt“ vom 9. 11.: Als Gorbatschow 1990 die DDR preisgab, habe die Perestroika „dahinter gestanden“. Tatsächlich war die Perestroika durch Sabotage der Bürokratie und Unvermögen ihres wichtigsten Propagandisten bereits dahingerafft. Den „Mauerfall“ erwähnen die Autoren, reden jedoch vage davon, dass „in einer Überraschungsaktion spektakulär die Grenze geöffnet“ worden sei, und verschweigen die Verantwortlichen dafür.

Czichon/Marohn tragen andererseits erneut die Mär vom „Parteiputsch der Gorbatschowisten“ Gysi, Brie und Klein vor, der gestartet worden sei, „um die SED auszuschalten“. In Wirklichkeit hat sich Folgendes zugetragen: Nach den Bürgerbewegungen entschlossen sich endlich auch Teile der SED-Basis zum Aufbruch gegen die Führung. Am 8. 11. 1989 zogen Tausende Genossen wesentlich aus Grundorganisationen in Berlin-Mitte vor das ZK-Gebäude, das „Gro-

ße Haus“. Viele forderten vom dort tagenden Zentralkomitee Rechenschaft für den gescheiterten „realsozialistischen“ Kurs und Maßnahmen zu einer gründlichen Reform der Partei, die am besten ein gewählter Parteitag bewirken konnte, nicht die vom Ersten Sekretär Egon Krenz zugestandene Funktionärskonferenz. Unter den Rebellen waren nicht nur Freunde Gysis, sondern auch Genossen wie der aus der SED ausgestoßene Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften Eberhard Czichon, damals Anhänger der Perestroika sowie grundlegender, dringend notwendiger Änderungen in Partei und Staat. Vielleicht hat er das ebenso vergessen wie seine frühe Kritik von 1956/57 an der Thälmann-Legende. Seiner Diktion in der „jW“ vom 9. 11. zufolge war er 1989 ein „Gysi-Putschist“ oder „Naiver“. Das ehrt ihn im nachhinein.

Antwort der Krenz-Führung auf den Parteiaufbruch war die Öffnung der Grenze, um das Volk zu gewinnen und die innerparteiliche Opposition auszutricksen, verbunden mit einer Kundgebung zugunsten dieser Führung tags darauf, die jedoch scheiterte. Der Rücktritt von Politbüro und ZK am 3. 12. und der sich anschließende außerordentliche SED-Parteitag, mit dem die Umwandlung zur PDS begann, folgten dem Aufbegehren der Basis.

Wetten, dass bei nächster Gelegenheit wieder Neunmalkluger aller Richtungen geschichtswidrigen Unsinn reden und schreiben werden, der ihnen in den Kram passt?

Das Lustigste an Novemberlektüre 2004 war eine Artikelüberschrift in der „Berliner Zeitung“ zu selbstkritischen Äußerungen Exkanzler Kohls in Sachen Vereinigungsprozess. Sie lautete „Armleuchter und blühende Landschaften“.

Manfred Behrend

Als der zweite deutsche Staat zugrunde ging

Durch eigene Arbeiten und von ihm herausgegebene Bücher – so „Die kurze Zeit der Utopie“ 1994, „1989 – eine abgebrochene Revolution“ 1999 und „Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland“ 2002 – hat sich Bollinger wiederholt um die jüngste deutsche Geschichte verdient gemacht. Das hier zu rezensierende Buch ist unter den inzwischen mehr als 7000 Publikationen zum Ende der DDR und zu den Umwälzungen danach eines der besten. In 21 Beiträgen sind 19 Autorinnen und Autoren, meist solche aus dem zweiten deutschen Staat, um ein Bild der Vorgänge vornehmlich im letzten, 41. DDR-Jahr bemüht, die von den neuen Herren ganz Deutschlands gern „vergessen“ und verdrängt werden.

Der Problemaufriss des Herausgebers am Buchanfang wird später gewürdigt. Ihm folgen sieben Beiträge über Entwicklungen vor dem Umsturz im Oktober/November 1989 und in den anschließenden Wochen. Zu den Themen zählen Differenzen zwischen KPdSU- und SED-Führung, die Wirtschaftslage der DDR, die Klaus Steinitz zufolge nicht wegen drohenden Bankrotts, wohl aber wegen der Diskrepanz zwischen notwendigen Zukunftsinvestitionen und der Unfähigkeit des Regimes prekär war, sie zu finanzieren, das Schwanken der Führung zwischen Dreinschlagen und Nachgeben angesichts der Bürgerbewegung und die Transformation der SED zur PDS. Die gefährliche Situation von Anfang Oktober 1989 rührte daher, dass Honecker, Mielke, Kefler und andere Großkopfete nach Zusammenstoßen von Polizei und Staatssicherheit mit Ausreisewilligen und Anhängern der Bürgerbewegung in Dresden bzw. Berlin auf Unterdrückung mit Waffengewalt setzten. Der Oberkommandierende der Westgruppe der Sowjetstreitkräfte stärkte ihnen den Rücken. Doch fanden sie weder bei Gorbatschow noch – wie hinzugefügt sei – in der eigenen Partei hinreichend Unterstützung. Der Widerstand selbst machte sie – so Volkskammerpräsident Sindermann – seines gewaltfreien Charakters wegen wehrlos. (S. 115) Die Autorinnen Christa Matte und Carola Wuttke befassen sich mit der Kundgebung vom 4. November 1989, dem Höhepunkt der „friedlichen Revolution“, und dem Appell „Für unser Land“, mit welchem Angehörige der kritischen Intelligenz, unter ihnen die mehrmals vom alten Regime verfeimten Schriftsteller Christa Wolf und Stefan Heym, die DDR zu ret-

ten versuchten. Thomas Falkners Bericht über SED und PDS ist wegen der Darstellung innerparteilicher Gruppen bemerkenswert. Er krankt jedoch an Unkorrektheiten wie der, Anton Ackermanns Appell für den „besonderen Weg zum Sozialismus“ 1946 habe „für Kommunisten völlig neue Thesen“ enthalten. (S. 184) In Wahrheit plädierte schon das von Rosa Luxemburg stammende erste KPD-Programm für eine eigenständige deutsche Revolution. Falkner lässt zugleich unerwähnt, dass ausgerechnet Honecker im Dezember 1988 den Startschuss zur Bildung von Forschungsgruppen abgab, die für den nächsten Parteitag ein Konzept des „Modernen Sozialismus“ entwerfen sollten.

Arbeiten Thomas Kleins und André Hahns gelten Kooperation und Gegeneinander von Rundem Tisch und Modrow-Regierung, die sich danach durch Aufnahme oppositioneller Politiker zur „Regierung der nationalen Verantwortung“ mauserte und derart Teile der bisherigen Opposition aufzog. Es folgen Beiträge zum „marktsozialistischen Konzept“ der Regierung und zur „Wende in der Wende“, worin sich, mit unter starkem BRD-Einfluss, der Wandel von überwiegender Zustimmung zu demokratisch-sozialistischer Entwicklung in der DDR in das Ja der Bevölkerungsmehrheit zur Selbstaufgabe vollzog. Aufschlussreich im Hinblick auf Vergangenheit und Zukunft ist der Hinweis Gunnar Winklers, schon 1988 sei im Umfeld Wirtschaftsdiktator Mittags „falsche Sozialpolitik“ für von den Regierenden verursacht ökonomische Schwierigkeiten verantwortlich gemacht worden. Die Argumente ähnelten frappierend den neoliberalen von heute. (S. 315)

Den Beziehungen DDR-Bundesrepublik, der Haltung von Sowjetunion, USA und Großbritannien zu deutschen Frage und den 2 + 4-Verhandlungen 1990 sind sechs Aufsätze gewidmet. Claus Montag beschreibt den hohen US-Einsatz für eine voll zu Lasten des Ostens gehende deutsche Vereinigung, die gleichzeitig den Vereinigten Staaten nutzen sollte, Hella Kaeselitz den Widerstand der britischen Premierministerin gegen die Vereinigung oder eine allzu rasche Vereinigung. Margaret Thatcher berief sich dabei auf Notwendigkeiten der Balance of Power, des Kräftegleichgewichts zwischen den Mächten in Europa. Die Kapitulation Gorbatschows vor USA- und BRD-Forderungen nach einem voll zur NATO gehörenden Gesamtdeutschland

wird mit in Montags Beitrag dargestellt. In dem sonst passablen Aufsatz Erhard Cromes über die UdSSR-Position findet sich ein arger Schnitzer. Der Verfasser behauptet unter Berufung auf Milovan Djilas, die sogenannte Neue Klasse pseudo-sozialistischer Staaten habe nur „die sehr kleine Führungsgruppe innerhalb der Nomenklaturstufe des Politbüros“ umfasst. (S. 345) In Wahrheit gehörten ihr auch kampfstärke Abteilungen des Apparats an, die Reformen sogar im Intrigenkampf mit Ersten ZK-Sekretären, in der DDR besonders dem alten Ulbricht, be- und verhinderten. Hannes Hofbauers Schilderung der Grenzöffnung Ungarns im Sommer 1989 muss ergänzt werden, hat doch das Honecker-Regime die verheerenden Folgen dieses Akts für die DDR durch Sturheit in Reisefragen ebenso mitverursacht, wie sie es der Sowjetunion durch brüske Ablehnung jeder Art Glasnost und Perestroika erleichterte, ihr westlichstes „Bruderland“ preiszugeben. Wichtig sind Aussagen des Verfassers über die Rolle von IWF, Weltbank und rechten einheimischen Wirtschaftsexperten beim Ablösen „realsozialistischer“ durch neoliberale Ökonomeformen in den Oststaaten und bei deren Übergang von vorwiegend verarbeitender Industrie zu Lieferanten von Rohstoffen, Lebensmitteln und Halbfabrikaten.

Gegenstand Sebastian Gebhardts und Jörg Roeslers sind Währungsunion und Treuhandanstalt. Die WU in der DDR wurde von Referatsleiter Thilo Sarrazin, Abteilungsleiter Gert Haller und Staatssekretär Horst Köhler im Bundesfinanzministerium vorbereitet. Erstgenannter ist uns als Berliner Finanzsenator, der an dritter Stelle Genannte, ein Vertreter des Dritte-Welt-Würgers IWF, als Staatsoberhaupt der erweiterten BRD bekannt. Dass die Währungsunion „das Volkseigentum der DDR zum Konkurs zwingen“ würde, war von vornherein klar. (S. 455) Es ging nur darum, in welchem Ausmaß die DDR-Bürger als Individuen geschöpft werden sollten. Durch Massendemonstrationen erzwangen sie den generellen Geldumtausch 1 : 1. Inhaber von Sparbüchern aber verloren durch eine hierfür festgesetzte Umtauschquote von 2 : 1 insgesamt 60 Mrd. Mark. Die zuvor auf Antrag Wolfgang Ullmanns durch die Volkskammer gebildete erste Treuhandanstalt (THA) hatte Erhalt und Sicherung des gesellschaftlichen Eigentums zur Aufgabe, wobei ein Viertel davon durch Anteilscheine an die Bevölkerung privatisiert werden sollte. Die von westdeutschen Managern befehligte zweite THA zielte darauf ab, DDR-Betriebe vornehmlich westdeutschen

Konzernen - erst in zweiter Linie ausländischen - zu übereignen und den Rest weitgehend zu zerschlagen, besonders damit keine Konkurrenz entstand. Anstalt und Mitarbeiter wurden zu diesem Zweck von Strafverfolgung bei Fahrlässigkeit ausgenommen. Zugleich drückte Kanzler Kohl auf Tempo. Folge waren die bekannten 1-DM-Geschäfte, bei welchen altbundesdeutschen Käufern Milliarden zu Sanierungszwecken hinterhergeworfen wurden. Als die Treuhand Ende 1994 ihre Pforten schloss, waren 6546 industrielle Unternehmen privatisiert, d. h. zu 85 % an altbundesdeutsche, zu 10 % an ausländische und nur zu 5 % an ostdeutsche Bieter gegangen. Der THA-Gewinn betrug 76 Mrd. DM, ein Achtel des ursprünglich veranschlagten Gesamtwerts. Gleichzeitig erbrachten Zuwendungen zugunsten westdeutscher Bieter ein Minus von 264 Mrd. zu Lasten der Steuerzahler.

Ein Artikel Rolf Reißigs, einst Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, nun Chef des Berliner Instituts für sozialwissenschaftliche Studien (BISS), gilt der neuen Situation sozialwissenschaftlicher Forschung, ist aber mangels Konkretheit der schwächste.

Der Beitrag Herausgeber Bollingers zu Beginn des Buches bietet eine Ge-

samtschau über die finale Krise der DDR seit den gefälschten Kommunalwahlen vom 7. 5. 1989. Er konstatiert entgegen ost-westlichen Verschwörungstheoretikern zutreffend, dass der revolutionäre Sturz des „Staatssozialismus sowjetischer Prägung“ notwendig war, „weil die vermeintlich sozialistische Gesellschaft zu einem undemokratischen, gegen das Volk gerichteten System mit vormundschaftlichem, autoritärem und patriarchalem Charakter verkam“. (S. 15 f.) Als jedoch das SED-Zentralkomitee plötzlich die Westgrenze öffnen ließ, um sich vom Druck der Bürgerbewegungen und oppositioneller Genossen zu befreien, seien die revolutionären Vorgänge umgeschlagen. Das ist gleichfalls richtig. Die Einstufung des „Akts der Selbstentlebung“ durch den Autor als Thermidor (S. 20) scheint mir hingegen fragwürdig zu sein. 1794 wurde eine Revolutionspartei liquidiert, die zu weit gegangen war und sich von ihren Unterstützern im Volk isoliert hatte, wurde durch die Hinrichtung Robespierres die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft sichergestellt. 1990 ging - mit infolge der Grenzöffnung - eine Ordnung zugrunde, die formell progressiver als die sie ablösende war. Bollingers Wertung des Gesamtgeschehens als „abgebrochene Revolution“ ist

nicht ganz korrekt. Gewiss stiegen „die Bürgerbewegung und zeitversetzt die SED-Reformer aus ihrer nun eher fremdbestimmten Revolution... aus“ (S. 28), das aber, weil ihnen wegen der BRD-Übermacht und des Mehrheitsvotums der DDR-Bevölkerung vom 18. 3. nichts anderes übrig blieb. Michael Schneiders Definition von 1990, es habe sich um eine „abgetriebene Revolution“ gehandelt, (S. 27) ist treffender und überzeugender als seine eigene. Voll zu trifft Bollingers Feststellung, die Sowjetunion unter Gorbatschow habe als Supermacht gehandelt (besser: zu handeln versucht), indem sie „im Interesse von Sicherheit und wirtschaftlichem Wiederaufbau auf ihr geostrategisches Vorfeld“ verzichtete. Aber: „Mit der Preisgabe Osteuropas und vor allem der DDR verlor sie tatsächlich ihren Supermachtcharakter.“ (S. 43) Der zweite deutsche Staat fiel als reife Frucht der BRD in den Schoß. Sie aber machte eine Kolonie, das Experimentierfeld für asoziale Maßnahmen im ganzen nun erweiterten Machtbereich daraus.

Manfred Behrend

Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe.

Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, 529 Seiten

Interbrigadisten in der DDR

Uhls Buch „Mythos Spanien“ liegt seine 2002 an der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zu Freiburg verteidigte Dissertation zugrunde. Er befasst sich vornehmlich mit ehemaligen Angehörigen der Internationalen Brigaden, die in Ostdeutschland ansässig waren oder sind. Der erste, knapp ein Fünftel des Gesamtumfangs starke Teil bringt Informationen über den Spanischen Bürgerkrieg, über die nach dem Volksarmee-Dekret vom 15. 10. 1936 aufgestellten, aber damals dieser Armee nicht direkt zugehörigen Interbrigaden sowie über die deutschen Freiwilligen darin. Es behandelt Strukturen, nicht den bewaffneten Kampf oder Vorgänge im Hinterland. Doch hält der Verfasser u. a. fest, dass die anfangs zögerliche Werbung für die Brigaden mit einem Geheimbeschluss der Komintern verbunden war, in Frage kommende Kommunisten auf ihre politische Vergangenheit hin zu überprüfen, dass die Moskauer Prozesse ihr spanisches Gegenstück in der Verfol-

gung der POUM fanden und der Abwehrrapparat der KPD sich an Verfolgungsmaßnahmen und NKWD-Razzien beteiligte. (S. 88 f.) Entgegen Walter Janka und anderen konstatiert der Autor, gleich „General Gómez“ (Wilhelm Zaisser) sei der Kaderoffizier und Politlehrer Erich Mielke offenbar nicht in Machenschaften der Geheimdienste verwickelt gewesen. Ebenso habe Walter Ulbricht bei seinem Spanienbesuch im Dezember 1936/Januar 1937 keine schwarzen Listen mit zu verfolgenden „Parteifeinden“ überbracht. (S. 122 ff. und 280)

Abteilung A des weit umfangreicheren zweiten Teils ist den ehemaligen Spanienkämpfern in der DDR gewidmet. Es waren, wie der Verfasser konstatiert, höchstens 600, die zu verschiedenen Zeiten dort lebten. (S. 99) Uhl stellt die Prominenz vor, darunter Franz Dahlem, einst offizieller Vertreter der KPD-Führung in Spanien, der im Gegensatz zum Chef der Internationalen Brigaden André Marty bestrebt war, Kämpfer möglichst zu schonen statt zu verheizen, andererseits aber Hetze gegen die POUM mitorganisier-

te und diese sowie den damaligen SAP-Emissär Willy Brandt noch nach 1945 als imperialistische Agenten verleumdete. (S. 129 f. bzw. 271) Es folgen Kapitel über rentenrechtliche Anerkennung und Versorgung der Spanienkämpfer, die es wohl in der DDR, nicht aber bis 1981 in der BRD gab, welche dafür ehemalige Angehörige von Hitlers „Legion Condor“ hätschelte; über Minderheiten und Randgruppen bei den Interbrigaden - Kämpferinnen, Sozialdemokraten und Anarchisten -, über die Organisation der Kämpfer und ihr Verhältnis zur SED.

Uhl behandelt auch die spanisch-republikanische Emigration in der DDR. Die Exilleitung der KP Spaniens (PCE) unter Dolores Ibárruri stand dieser anfangs ablehnend gegenüber. Andererseits folgten 1968 diverse Emigranten nicht der PCE-Spitze, als sie die sowjetische Invasion der 'SSR verurteilte. (S. 238 f. resp. 266 f.) Ein weiterer Abschnitt gilt dem 1963 gegründeten DDR-Solidaritätskomitee für das spanische Volk, das noch Jahre nach der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung Franco-Spaniens und der DDR im Januar 1983 existierte, nun

aber faktisch bedeutungslos war. Der Autor widmet sich schließlich der 1965 entstandenen Sektion der ehemaligen Spanienkämpfer unter Dahlem und ihren der Werbung für den ostdeutschen Staat dienenden Auslandskontakten.

Das Verhältnis zur SED-Führung war dadurch gekennzeichnet, dass die einstigen Kämpfer generell hinter ihr standen und nicht bei ihr „missliebig“ waren, wie Alfred Kantorowicz behauptete. (S. 500) Manche gerieten in die Mühle der Hexenjagen nach der sogenannten Field-Affäre, so Willi Kreikemeyer und Franz Dahlem, doch war ihr Spanieneinsatz kein Verfolgungsmotiv. (S. 285 ff. und 300) Eine Minderheit der Kämpfer zählte zu den Befürwortern demokratischer Reformen. Andere – z. B. der als Richard Stahlmann bekannte Artur Illner – waren bis zum Schluss im Überwachungs- und Spionageapparat aktiv. 1936-1938 agierte Stahlmann in einer der Partisanenabteilungen, die dem nachher in die USA desertierten Chef der NKWD-Auslandsabteilung in Spanien, General Alexander Orlov, unterstand. 1950 organisierte Stahlmann die Entführung des stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Kurt Müller, 1951 verhaftete er dessen Amtsnachfolger Fritz Sperling am Krankenbett. (S. 320 ff.)

Abteilung B von Buchteil zwei gilt dem Andenken des spanischen Krieges und der Internationalen Brigaden in der DDR. Uhl äußert sich kritisch zum „antifaschistischen Gründungsmythos“ des ostdeutschen Staates, welcher darin bestand, dass sich die DDR entgegen der BRD auf Antifa-Traditionen berief, gleichzeitig aber Leben und Wirken der Helden geglättet und verfälscht, ergo wenig wirkungsvoll, dargeboten wurde. (S. 331) Mit der Kritik an Letztgenanntem hat der Autor Recht. Seine Ausführungen über Zensur und lähmende Stereotypen in der Traditionspflege sind zutreffend. Unrecht hat er (der selbst den pronazistischen und gegen linke Spanienkämpfer gerichteten BRD-Kurs ablehnt) mit seiner für altbundesdeutsche political correctness typischen Abwertung der antifaschistischen DDR-Tradition überhaupt. Es ist gleichzeitig unverständlich, weshalb er Erinnerungen an Spanien in Verbindung mit der Vietnam-Solidarität

als „Instrumentalisierung des Spanischen Bürgerkriegs“ verurteilt. (S. 376) Schließlich handelte es sich bei beiden Kriegen um den Kampf von Völkern gegen ausländische Invasoren und einheimische Reaktionäre. Bemerkenswert ist eine hier zitierte Rede von Spanienkämpfer Heinrich Rau 1947 in Schwerin, worin er die Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands mit den gescheiterten sozialen Reformen in der Spanischen Republik 1936-1939 rechtfertigte und argumentierte, ein demokratisches Regime könne nur bestehen, wenn dessen Feinde, die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, entmachtet, die Verwaltung gesäubert und zuverlässige Sicherheitsorgane geschaffen würden. (S. 379) Das war goldrichtig. Nur hatte Rau vergessen, dass im nichtfranquistischen Spanien gerade auch die staltreuen Kräfte antirevolutionär und mit Erfolg bemüht waren, Sicherheitsorgane in Instrumente zur Eindämmung revolutionärer Arbeiter und Bauern sowie der Vernichtung ihrer Führer zu verwandeln.

Der Abschnitt über den „Kult der Interbrigaden“ und das Kapitel zur Traditionspflege wirken teilweise ermüdend. Es werden offizielle Aktionen aufgezählt, während die spontane Begeisterung vornehmlich junger Menschen für den antifaschistischen Krieg in Spanien und die zeitweise enorme Popularität der Lieder Ernst Buschs unerwähnt bleiben. Interessant ist der Hinweis auf den Zusammenhang zwischen verstärkter Traditionpropaganda und jenem Remilitarisierungsprogramm, das 1952 auf Stalins Geheiß in der DDR anlief. (S. 464 f.)

Im Kapitel „Resümee und Ausblick“ konstatiert Uhl, vor allem ehemalige Spanienkämpfer, unter ihnen Kurt Goldstein und Heinz Priess, hätten sich zur Jahreswende 1989/90 für die Demokratisierung des Komitees der Widerstandskämpfer eingesetzt und unter Abkehr vom Stalinismus einem durchweg humanistischen Antifa-Verständnis zugewandt. Dem gleichen Zweck diene eine Spanienkonferenz der PDS im November 1996, die jedoch von denselben Kämpfern attackiert und boykottiert wurde, vor allem weil sie die stalinistische Legende vom „Putsch der POUM in Barcelona“ 1937 angriff.

Der Verfasser arbeitet den Vorgang und seine Beweggründe leider nicht klar heraus. (S. 504 und 507 f.) Zum Abschluss berichtet er über die 1996 in Spanien einsetzende Welle von Rehabilitierungen einheimischer und internationaler Faschismusgegner, bei welcher Interbrigadisten zu Ehrenbürgern des Landes ernannt wurden, und über das einstimmige Bekenntnis der Cortes im November 2002 zu den Opfern des Franquismus und gegen deren totalitäre Peiniger.

Neben dem Fehlen eines Personenregisters und einer Reihe Falschschreibungen (so immer wieder „Kreikenmeyer“ statt Kreikemeyer und „Kniprod“- statt Kniprodestraße) sind unrichtige Fakten und Aussagen zu bedauern. Vom BRD-Staat behauptet der Verfasser, diesem wäre „die Rolle eines Nachfolgers der NS-Diktatur“ durch die DDR „zugewiesen“ worden. (S. 331) Tatsächlich beruft sich aber die Bundesrepublik selbst auf das Deutsche Reich, zu dem die Hitlerdiktatur gehört, als Vorgänger. Obwohl er weiß, dass u. a. das Nazi-Jagdflieger-As Mölders zu den Vorbildern der Bundeswehr gehört, meint Uhl, dort gebe es nur eine „angebliche ‚reaktionäre‘ Traditionspflege“. (S. 385) Nicht der Kurs Walter Ulbrichts, sondern der des damaligen Ulbricht-Kritikers Rau war ihm zufolge der unmittelbare Aufstandsauslöser für den 17. Juni 1953. (S. 138) Ludwig Renn habe mit seinem Erinnerungsbuch „Im spanischen Krieg“ ein „Roman-Manuskript“ resp. einen „autobiographisch-historischen Roman“ verfasst. (S. 341 bzw. 360) Die These, dass die vom SED-Apparat ins Leben gerufene Abteilung zum Schutz des Volkseigentums „für die Anleitung sowjetischer Sicherheitsorgane in der SBZ“ geschaffen worden sei, ist ebenso weltfremd wie die, das SED-Zentralkomitee habe sich selbst ein „Amt für Literatur und Verlagswesen“ zugelegt. (S. 324 und 366) Summa summarum erhellen diese und andere Schnitzer, dass das Buch dringend einen Lektor gebraucht hätte.

Manfred Behrend

Michael Uhl: Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2004, 556 Seiten, 29,80 Euro

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk von **Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 6,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 2,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 2,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 2,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 2,00 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU (z. Zt. vergriffen) 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,50 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 10,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



**240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5**
Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterstimme

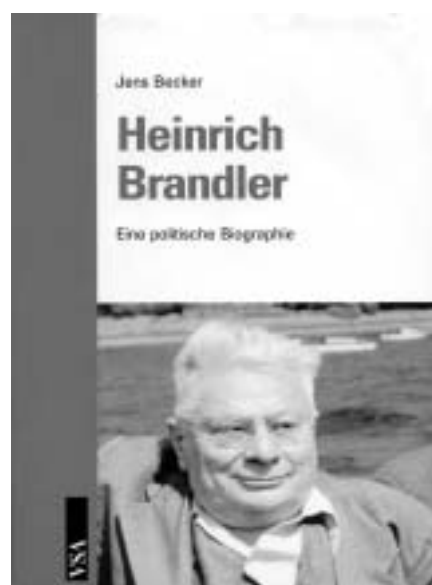
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

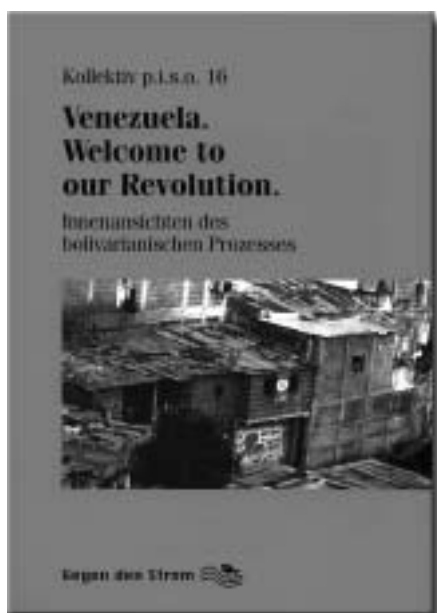
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



**510 Seiten,
Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-767-4**

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



**168 Seiten
€ 10,-
ISBN 3-9809970-1-4**
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



**624 Seiten,
Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-836-0**

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg